

Deutsche Telekom AG

Jahresabschluss und Lagebericht
zum 31. Dezember 2007



Inhalt.

Abkürzungsverzeichnis	4 – 6
Lagebericht der Deutschen Telekom AG	7 – 35
1 Organisationsstruktur und Geschäftstätigkeit	7 – 12
2 Wirtschaftliches Umfeld	12 – 14
3 Geschäftsentwicklung	14 – 20
4 Forschung und Entwicklung	20 – 21
5 Mitarbeiter	21 – 23
6 Nachhaltigkeit und Umweltschutz	23
7 Risiko- und Chancenmanagement	24 – 33
8 Nachtragsbericht	33
9 Sonstige Angaben	33
10 Ausblick	34 – 35
Jahresabschluss der Deutschen Telekom AG	36 – 90
Gewinn- und Verlustrechnung	36
Bilanz	37
Anhang	38 – 90
Grundlagen und Methoden	38 – 42
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	43 – 50
Erläuterungen zur Bilanz	51 – 72
Sonstige Angaben	73 – 90
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	91
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	92
Impressum	93

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Deutschen Telekom AG für das Geschäftsjahr 2007 werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und sind ferner über die Internetseiten des Unternehmensregisters zugänglich.

Abkürzungsverzeichnis.

ADS	American depository share
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AOP	Aktienoptionsplan
ARAP	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BNetzA	Bundesnetzagentur
BoD	Board of Directors
BPS-PT	Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V., Bonn
CHF	Schweizer Franken
Cofiroute	Compagnie Financière et Industrielle des Autoroutes S.A.
CTA	Contractual Trust Agreement
CZK	Tschechische Kronen
DBO	Defined Benefit Obligation
DECT	Digital European Cordless Telecommunication (europäischer Standard für schnurlose Telefone)
Deutsche Telekom	Deutsche Telekom AG, Bonn
DFMG	DFMG Deutsche Funkturm GmbH, Münster
DRS	Deutsche(r) Rechnungslegungs Standard(s)
DSL	Digital Subscriber Line
DT BS	Deutsche Telekom Betriebsrenten-Service e.V., Bonn
DT KS	Deutsche Telekom Kundenservice GmbH, Bonn
DT NP	Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH, Bonn
DT TS	Deutsche Telekom Technischer Service GmbH, Bonn
DTI	DeTelmobilien, Deutsche Telekom Immobilien und Service GmbH, Münster
EBITDA	Earnings before Interest, Tax, Depreciation and Amortization
EMF	Elektromagnetische Felder
Ernst & Young	Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Stuttgart
EstG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union
EVA	Economic Value Added
Fed	Federal Reserve System (Zentralbank-System der Vereinigten Staaten von Amerika)
FTE	Full-time equivalent(s) – Vollzeitbeschäftigte
GBP	Britisches Pfund
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GG	Grundgesetz
GHS	Group Headquarters and Shared Services
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GMG	GMG Generalmietgesellschaft mbH, Münster
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HDTV	High Definition Television (Sammelbegriff für eine Reihe von Fernsehnormen, die sich gegenüber dem herkömmlichen Fernsehen durch eine erhöhte vertikale, horizontale und/oder temporale Auflösung auszeichnen)
HGB	Handelsgesetzbuch
HKD	Hong Kong Dollar
HRB	Handelsregister
HRK	Kroatische Kuna
HUF	Ungarische Forint
i.d.R.	In der Regel
IAS	International Accounting Standards
ICSS	Geschäftseinheit International Carrier Sales & Solutions
ICT	Information and Communication Technology
IFRS	International Financial Reporting Standards
IP	Internet Protocol
ISDN	Integrated Services Digital Network
IT	Information Technology
JPY	Japanische Yen
KapMuG	Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
MTIP	Mid-Term Incentive Plan
PASM	PASM Power and Air Condition Solution Management GmbH & Co. KG, München
PLN	Polnische Zloty
PostBeaKK	Postbeamtenkrankenkasse
Powertel	Powertel, Inc., Bellevue, Washington/USA
PRAP	Passive Rechnungsabgrenzungsposten
PSTN	Public Switched Telephone Network (öffentliches Telefonnetz)
PTNeuOG	Postneuordnungsgesetz
PwC	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main
RECS	Renewable Energy Certificates System (Organisation, welche die Förderung regenerativer Energie zum Ziele hat)
RegTP	Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post
RFID	Radio Frequency Identification
SAR	Stock Appreciation Right

SEC	Securities and Exchange Commission
SGD	Singapur-Dollar
SKK	Slowakische Kronen
TAL	Teilnehmeranschlussleitung
Telekom Training	Deutsche Telekom Training GmbH, Stuttgart
TK	Telekommunikation
TKG	Telekommunikationsgesetz
T-Mobile USA	T-Mobile USA Inc., Bellevue, Washington/USA
T-Online	T-Online International AG, Darmstadt
Triple Play	Kombination von Telefonie, Internet und TV
Tsd.	Tausend
TS-ES	T-Systems Enterprise Services GmbH, Frankfurt am Main
USD	US-Dollar
UStG	Umsatzsteuergesetz
VAP	Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost
VCS	Vivento Customer Services GmbH, Bonn
VDSL	Very High Bit Rate Digital Subscriber Line (neue Technik zur Übertragung von sehr hohen Datenraten im Glasfasernetz)
Ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Vivento	Rechtlich unselbstständige Organisationseinheit
VoIP	Voice over Internet Protocol (Technik, mit der via Internet Telefonverbindungen hergestellt werden)
VTS	Vivento Technical Services GmbH, Bonn
WHO	Weltgesundheitsorganisation
W-LAN	Wireless Local Area Network (Kabellose Funknetze für den mobilen Internetzugang)
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz

Lagebericht der Deutschen Telekom AG.

Rechtliche und organisatorische Struktur

1 Organisationsstruktur und Geschäftstätigkeit.

Die Deutsche Telekom AG, Bonn, (im Nachfolgenden auch Deutsche Telekom oder die Gesellschaft genannt) ist das Mutterunternehmen des Deutschen Telekom Konzerns. Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes aufgestellt und im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht¹.

Die Aktien der Deutschen Telekom werden unter anderem an den Börsen in Frankfurt, New York und Tokio gehandelt. Sie befanden sich am 31. Dezember 2007 zu 68,3 Prozent im Streubesitz (Vorjahr: 68,3 Prozent), zu 14,8 Prozent im Besitz des Bundes (Vorjahr: 14,8 Prozent) sowie zu 16,9 Prozent im Besitz der KfW Bankengruppe (Vorjahr: 16,9 Prozent). Die dem Bund zuzurechnende Beteiligung betrug somit 31,7 Prozent (Vorjahr: 31,7 Prozent). Der Anteil der Blackstone Group betrug am 31. Dezember 2007 unverändert 4,4 Prozent. Die KfW Bankengruppe verkaufte im April 2006 einen Teil ihrer Anteile an die Blackstone Group. Diese hat sich gegenüber der KfW Bankengruppe im Rahmen einer Lock-Up-Vereinbarung verpflichtet, das erworbene Aktienpaket mindestens zwei Jahre zu halten.

Zum 31. Dezember 2007 betrug das **Grundkapital** der Deutschen Telekom AG rund 11 165 Mio. €. Das Grundkapital ist eingeteilt in rund 4 361 Mio. Stück nennwertlose, auf den Namen lautende Stammaktien. Jede Aktie gewährt eine Stimme. Die Stimmrechte sind jedoch bei den eigenen Anteilen (per 31. Dezember 2007: rund 2 Mio. Stück) und den sogenannten Trust (Treuhänder)-Aktien (per 31. Dezember 2007: rund 19 Mio. Stück) eingeschränkt. Die Trust-Aktien stehen im Zusammenhang mit der Akquisition von VoiceStream und Powertel im Jahr 2001. Im Rahmen dieser Akquisition gab die Deutsche Telekom neue Aktien aus genehmigtem Kapital an Treuhänder aus, unter anderem zugunsten von Inhabern von Optionsscheinen, Optionen und Umtauschrechten. Hinsichtlich der an Trusts ausgegebenen Aktien hat der jeweilige Treuhänder für die Zeit des Bestehens des Trusts auf Stimmrechte und Bezugs-

rechte sowie grundsätzlich auf Dividendenrechte verzichtet. Die an die Trusts ausgegebenen Aktien können auf Weisung der Deutschen Telekom über die Börse verkauft werden, wenn die Berechtigten ihre Options-, Umtausch- bzw. Wandlungsrechte nicht ausüben oder diese erlöschen. Der Veräußerungserlös fließt der Deutschen Telekom zu.

Die Satzung² ermächtigt den Vorstand das Grundkapital in der Zeit bis zum 17. Mai 2009 mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu 2 399 410 734,08 € durch Ausgabe von bis zu 937 269 818 auf den Namen lautende Stückaktien gegen Sacheinlage zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2004). Des Weiteren ermächtigt die Satzung den Vorstand, das Grundkapital in der Zeit bis zum 2. Mai 2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu 38 400 000 € durch Ausgabe von bis zu 15 000 000 auf den Namen lautende Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen. Dabei dürfen die neuen Aktien nur zur Gewährung von Aktien an Mitarbeiter der Deutschen Telekom AG und der nachgeordneten verbundenen Unternehmen (Belegschaftsaktien) ausgegeben werden (Genehmigtes Kapital 2006).

Das Grundkapital ist zum 31. Dezember 2007 um bis zu 31 870 407,68 €, eingeteilt in bis zu 12 449 378 neue auf den Namen lautende Stückaktien, bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient ausschließlich der Erfüllung von Bezugsrechten auf Aktien aus Aktienoptionen, die auf Grund des Ermächtigungsbeschlusses für einen Aktienoptionsplan 2001 der Hauptversammlung vom 29. Mai 2001 in der Zeit bis zum 31. Dezember 2003 begeben wurden (Bedingtes Kapital II). Das Grundkapital ist zum 31. Dezember 2007 um 600 000 000 €, eingeteilt in bis zu 234 375 000 Stückaktien, bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie dies zur Bedienung von bis zum 25. April 2010 ausgegebenen oder garantierten Wandelschuld- oder Optionsschuldverschreibungen benötigt wird (Bedingtes Kapital IV).

¹ Der Jahresabschluss kann auch bei der Deutschen Telekom AG, Investor Relations, Postfach 2000, D-53105 Bonn, Telefax (0228) 181-88899, angefordert werden.

² <http://www.telekom.com/satzung>

Die Hauptversammlung vom 3. Mai 2007 hat den Vorstand ermächtigt, bis zum 2. November 2008 insgesamt bis zu 436 117 555 Stückaktien der Gesellschaft mit einem auf diese entfallenden Betrag am Grundkapital von insgesamt bis zu 1 116 460 940,80 € unter folgender Maßgabe zu erwerben: Auf die auf Grund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien entfallen zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt oder die ihr gemäß §§ 71 d und 71 e AktG zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 Prozent des Grundkapitals der Gesellschaft.

Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilen ausgeübt werden. Der Erwerb kann innerhalb des Ermächtigungszeitraums bis zur Erreichung des maximalen Erwerbsvolumens in Teiltranchen erfolgen, verteilt auf verschiedene Erwerbszeitpunkte. Zum Erwerb berechtigt sind auch von der Deutschen Telekom AG im Sinn von § 17 AktG abhängige Konzernunternehmen oder Dritte auf Rechnung der Deutschen Telekom AG sowie nach § 17 AktG abhängige Konzernunternehmen auf Rechnung der Deutschen Telekom. Der Erwerb kann unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebotes erfolgen. Der Vorstand ist nach dem Hauptversammlungsbeschluss vom 3. Mai 2007 unter anderem dazu ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Aktien der Deutschen Telekom AG einzuziehen, die auf Grund der vorstehenden Ermächtigung erworben werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses³ bedarf.

Die wesentlichen Vereinbarungen der Deutschen Telekom AG, die eine Klausel für den Fall einer Übernahme der Deutschen Telekom AG enthalten, betreffen hauptsächlich bilaterale Kreditfazilitäten sowie mehrere Darlehens-

verträge. Im Übernahmefall haben die jeweiligen Kreditgeber das Recht, die Fazilität zu kündigen und gegebenenfalls fällig zu stellen bzw. die Rückzahlung der Darlehen zu verlangen. Eine Übernahme wird dabei angenommen, wenn ein Dritter die Kontrolle über die Deutsche Telekom AG erlangt; dies kann auch eine gemeinschaftlich handelnde Gruppe sein.

Ferner haben die anderen Konsortialpartner von Toll Collect (Daimler Financial Services AG und Cofiroute S.A.) eine Call Option für den Fall, dass ein Wechsel in der Eigentümerstruktur der Deutschen Telekom AG dadurch eintritt, dass mehr als 50 Prozent des Aktienkapitals oder der Stimmrechte von einem neuen Gesellschafter gehalten werden, die er zuvor nicht besaß, und die anderen Konsortialpartner diesem Wechsel nicht zugestimmt haben. Bei der Zurechnung von Stimmrechten gilt § 22 Abs. 1 WpHG analog.

Der organisatorische Aufbau der Gesellschaft veränderte sich im Berichtsjahr im Wesentlichen auf Grund der Einbringung der Bereiche Kundenservice, Technischer Kundendienst und Netzproduktion zum 25. Juni 2007 in die drei rechtlich selbstständigen Gesellschaften Deutsche Telekom Kundenservice GmbH (DT KS), Deutsche Telekom Technischer Service GmbH (DT TS) und Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH (DT NP). Damit wurden die bereits im Vorjahr angekündigten Maßnahmen zur nachhaltigen Ausrichtung des Konzerns auf umfassenden Service und Erfüllung der Kundenbedürfnisse umgesetzt. Daneben wurden im Geschäftsjahr 2007 weitere strukturelle Maßnahmen von geringerem Umfang in Bezug auf die Legalität Deutsche Telekom AG durchgeführt, die im Abschnitt „Vergleichbarkeit mit Vorjahreszahlen auf Grund der strategischen Neuausrichtung“ im Anhang sowie unter Ziffer [12] im Anhang erläutert werden.

³ <http://www.telekom.com/hv>

Leitung und Kontrolle

Die Führungs- und Kontrollstrukturen sowie das Vergütungssystem für Vorstand und Aufsichtsrat folgen den gesetzlichen Bestimmungen. Sie orientieren sich am langfristigen Erfolg des Telekom Konzerns und folgen insbesondere den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Die Geschäftsverteilung des Vorstands sieht sechs Vorstandsbereiche vor. Neben den zentralen Führungsbereichen des Vorstandsvorsitzenden, des Vorstands Finanzen und des Vorstands Personal bestehen drei Vorstandsbereiche, die segmentspezifische und konzernübergreifende Aufgaben verbinden: Der Vorstandsbereich T-Mobile, Produktentwicklung und Technologie- und IT-Strategie, der Vorstandsbereich T-Home, Sales und Service sowie der

Vorstandsbereich Geschäftskunden. Der Aufsichtsrat der Deutschen Telekom überwacht die Geschäftsführung des Vorstands und berät ihn. Er setzt sich aus zwanzig Mitgliedern zusammen, von denen zehn die Anteilseigner und zehn die Arbeitnehmer vertreten.

Die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands erfolgt auf Grundlage der §§ 84, 85 AktG, 31 MitbestG. Änderungen der Satzung richten sich nach den §§ 179, 133 AktG und § 18 der Satzung, wobei der Aufsichtsrat gemäß § 21 der Satzung auch ermächtigt ist, die Satzung ohne Beschluss der Hauptversammlung an neue gesetzliche Vorschriften anzupassen, die für die Gesellschaft verbindlich werden, und Änderungen der Satzung zu beschließen, die nur die Fassung betreffen.

Vergütungsbericht – Grundzüge des Vergütungssystems für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder

Die Gesamtvergütung der sechs Mitglieder des Vorstands teilt sich in einem Verhältnis von etwa einem Drittel in eine fixe und zu etwa zwei Dritteln in eine jährliche variable und eine langfristig ausgelegte variable Vergütungskomponente (Mid-Term Incentive Plan). Die jährliche variable Vergütung richtet sich nach dem Grad der Erreichung der vom Präsidialausschuss des Aufsichtsrats vor Beginn des Geschäftsjahres jedem Mitglied des Vorstands erteilten Zielvorgaben.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats ist in § 13 der Satzung geregelt und enthält eine feste jährliche Vergütung. Bei entsprechender Entwicklung des Konzernüberschusses je Stückaktie können die Aufsichtsräte eine variable erfolgsorientierte Vergütung mit kurzfristigen und langfristigen Bestandteilen erhalten. Die Vergütung der Vorstände und der Aufsichtsräte wird im Anhang unter Ziffer [34] individualisiert und aufgegliedert nach den einzelnen Vergütungsbestandteilen ausgewiesen.

Geschäft und Rahmenbedingungen

Der Konzern Deutsche Telekom ist ein integrierter Telekommunikationsanbieter, der seinen Kunden weltweit ein umfassendes Spektrum an modernen Dienstleistungen aus den Bereichen Telekommunikation und Informationstechnologie bietet. Der Konzern berichtet abweichend zur bisherigen Darstellung der drei strategischen Geschäftsfelder Mobilfunk, Breitband/Festnetz, Geschäftskunden und des Bereichs Konzernzentrale & Shared Services zum 31. Dezember 2007 erstmalig über fünf operative Segmente: Mobilfunk Europa, Mobilfunk USA, Breitband/Festnetz, Geschäftskunden und Konzernzentrale & Shared Services.

Die Erläuterungen der Konzernstruktur und eine Darstellung des Geschäftsverlaufs wesentlicher Beteiligungen können dem Konzernlagebericht entnommen werden⁴.

Die Legaleinheit Deutsche Telekom AG umfasst dagegen lediglich Teile des operativen Segments Breitband/Festnetz sowie Teile des operativen Segments Group Headquarters & Shared Services (Konzernzentrale & Shared Services; GHS). Die Strategie und Ziele dieser operativen Segmente innerhalb der Legaleinheit Deutsche Telekom AG sind geprägt durch die Gesamtstrategie des Konzerns.

⁴ Der Jahresabschluss kann auch bei der Deutschen Telekom AG, Investor Relations, Postfach 2000, D-53105 Bonn, Telefax (0228) 181-88899, angefordert werden.

Der innerhalb der Deutschen Telekom AG organisierte Teil des operativen Segments **Breitband/Festnetz** bietet Privatkunden und kleinen Geschäftskunden mittels moderner Infrastruktur klassische Festnetzleistungen, breitbandige Internetanschlüsse und Multimedia-Dienstleistungen an. Darüber hinaus betreibt die Gesellschaft das Geschäft mit den nationalen und internationalen Netzbetreibern sowie mit Wiederverkäufern (Wholesale einschließlich Resale). Weiterhin erbringt sie Telekommunikationsvorleistungen für andere operative Segmente des Konzerns.

Der innerhalb der Legaleinheit Deutsche Telekom AG organisierte Teil des operativen Segments **Konzernzentrale & Shared Services** übernimmt die strategischen und segmentübergreifenden Steuerungsaufgaben (Konzernzentrale) und die Wahrnehmung aller sonstigen operativen Aufgaben, die weder in eigenständigen Gesellschaften ausgeübt werden noch unmittelbar im Zusammenhang mit dem Kerngeschäft der operativen Segmente des Konzerns stehen (Shared Services).

Hauptaufgabe der Konzernzentrale ist die strategische und finanzwirtschaftliche Führung des Konzerns. Sie führt den strategischen Planungsprozess, verabschiedet die Ziele für den Konzern und die operativen Segmente und steuert deren Umsetzung. Darüber hinaus bestimmt sie mit dem Portfoliomanagement Eckpunkte der Internatio-

nalisierungsstrategie und der Investitionspolitik des gesamten Konzerns.

Zu den Shared Services zählt auch der in der Deutschen Telekom AG organisierte Teil der Vivento. Die Vivento als interne Personalserviceagentur dient der systematischen Qualifizierung von Mitarbeitern für andere Aufgaben innerhalb des Konzerns, der konzerninternen und -externen Weitervermittlung von Personal und der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen des Personalumbaus.

Die Steuerung der Shared Services obliegt ebenfalls der Konzernzentrale. Dies schließt die rechtlich verselbstständigten Einheiten der Vivento, des Immobiliengeschäfts und des Fuhrparkmanagements mit ein.

Darüber hinaus beschäftigt die Deutsche Telekom AG Teile ihres Personalbestandes in ihren Tochtergesellschaften, in denen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften Beamten eine Tätigkeit zugewiesen werden kann (Zuweisung). In größerem Umfang wird das Instrument der Zuweisung von Beamten nach der Einbringung von Betriebsteilen in die drei Servicegesellschaften DT KS, DT NP und DT TS eingesetzt. Die hiermit in Zusammenhang stehenden Personalkosten werden an die jeweiligen Tochtergesellschaften weiterbelastet.

Unternehmensstrategie und Steuerung

Die Deutsche Telekom AG ist in die Unternehmensstrategie des Deutschen Telekom Konzerns eingebunden. Dieser sieht sich im Markt- und Wettbewerbsumfeld sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen ausgesetzt, die sich auf die Legaleinheit Deutsche Telekom AG auswirken: Während im klassischen Festnetz eine zunehmende Marktsättigung zu verzeichnen ist, lässt sich im Breitband-

markt ein Wachstum identifizieren. Diesen Herausforderungen begegnet die Deutsche Telekom mit ihrer Strategie „Konzentrieren und gezielt wachsen“, die für den Konzern auf vier und für die Legaleinheit Deutsche Telekom AG auf folgende zwei Handlungsfelder ausgerichtet ist: Erstens die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie zweitens die Mobilisierung von Internet und Web 2.0-Trends.

Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Deutsche Telekom treibt ihr Geschäft insbesondere im Breitbandmarkt weiter voran. Im Fokus steht im Segment Breitband/Festnetz die fortschreitende Versorgung mit DSL und VDSL. Mit diesem Hochgeschwindigkeitsnetz steht eine Telekommunikationsinfrastruktur zur Verfügung, die über Sprachtelefonie und breitbandiges Internet hinaus auch hochauflösendes Fernsehen (HDTV) mit interaktivem Potenzial bietet. Entscheidend für den Erfolg dieser Breitbandoffensive ist das Angebot von preisattraktiven Produkten mit einem hochwertigen Kundenservice.

Der Konzern erleichterte dem Kunden die Orientierung mit einer Vereinfachung der Markenstruktur im Privatkundengeschäft deutlich: T-Home steht für Angebote zu Hause, T-Mobile für Angebote unterwegs.

Mit der Ausgliederung der Bereiche Kundenservice, technischer Kundendienst und Netzproduktion im Juni 2007 in drei eigenständige Servicegesellschaften verbesserte die Gesellschaft Service und Vertrieb und optimierte zugleich die Kostenstrukturen.

Angesichts des harten Wettbewerbs ist die Deutsche Telekom gefordert, ihre Kostenstruktur weiter anzupassen. Ein Element für nachhaltige Kosteneffizienz in der Produktion ist eine vollständig IP-basierte Netzinfrastruktur, die in den nächsten Jahren ausgebaut werden soll. Wesentlicher Vorteil einer solchen Infrastruktur ist die volle Interoperabilität zwischen Festnetz und Mobilfunk.

Mobilisierung von Internet und Web 2.0-Trend.

Die Megatrends der Branche sind mobiles Internet, Web 2.0 als Synonym für die aktive Beeinflussung und Mitgestaltung von Internetinhalten sowie die persönliche, soziale und geschäftliche Vernetzung der Nutzer. Daraus ergeben sich für die Deutsche Telekom und ihre Tochtergesellschaften erhebliche Wachstumspotenziale. Ein Beleg ist der Erfolg von web'n'walk, dem mobilen Zugang zum freien Internet. Das Apple iPhone, das T-Mobile im November 2007 exklusiv und erfolgreich in Deutschland einführte, verstärkt den Trend zur mobilen Internetnutzung, da alle iPhone-Tarife eine Daten-Flatrate beinhalten.

Um die Trends zur Individualisierung der persönlichen Kommunikation und der Nutzung sozialer Netzwerke voranzutreiben, setzt die Deutsche Telekom sowohl auf

Eigenentwicklungen als auch auf Partnerschaften. Die Homepage-Produkte von T-Home bieten jetzt zusätzlich Web 2.0 Funktionalitäten, wie z. B. die Möglichkeit, tagesaktuelle Informationen als RSS-Feeds (Really Simple Syndication) und Podcasts einzubinden. Der T-Online Venture Fund investierte im Mai 2007 in Jajah, ein neu gegründetes Unternehmen für Web-Telefonie, das Synergie- und Marktpotenziale mit der Deutschen Telekom erwarten lässt. Dies gilt sowohl in den Bereichen Mobilfunk als auch Festnetz und insbesondere im Online-Bereich beim Social Networking. Darüber hinaus wurden in das T-Online Portal zahlreiche populäre Internetdienste integriert; zu den Partnern zählen unter anderem Wikipedia, Lycos IQ, Webnews, Mister Wong und moviepilot.de.

Fazit.

Die Deutsche Telekom AG setzt die Strategie „Konzentrieren und gezielt wachsen“ innerhalb der Handlungsfelder konsequent um und wird diese Strategie auch im Jahr

2008 aktiv verfolgen, um den Gesamterfolg des Konzerns Deutsche Telekom zu unterstützen.

Unternehmenssteuerung

Die finanzwirtschaftliche Steuerung ist auf den Konzern Deutsche Telekom und die dazugehörigen operativen Segmente ausgerichtet. Die Legaleinheit Deutsche Telekom AG wird hierbei nicht separat betrachtet. Die finanzwirtschaftliche Steuerung des Konzerns erfolgt mit Hilfe eines Kennzahlensystems, das auf wenigen, eng aufeinander abgestimmten Kerngrößen beruht. Diese Steuerungsgrößen definieren das Spannungsfeld von Wachstum, Rentabilität und finanzieller Flexibilität, in dem sich der Konzern bei der Verfolgung seines Primärziels „Konzentrieren und gezielt wachsen“ bewegt.

Die Entwicklung des Umsatzes ist die Ausgangsbasis nahezu jeder unternehmerischen Erfolgsrechnung und trägt dem Gedanken substanziellen Wachstums Rechnung. Eine weitere wichtige Erfolgsgröße für den Kon-

zern ist das EBITDA, das dem Betriebsergebnis abzüglich Abschreibungen auf Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen entspricht. Mit der EBITDA-Entwicklung misst der Konzern die kurzfristige operative Leistungskraft und den Erfolg der einzelnen Geschäftsbereiche. Die finanzielle Flexibilität wird im Wesentlichen mit den Kennzahlen „Gearing“ und „Relative Verschuldung“ gemessen. Ein Bestandteil dieser beiden Kennzahlen sind die Netto-Finanzverbindlichkeiten, die der Konzern Deutsche Telekom als eine wichtige Kenngröße im Dialog mit Investoren, Analysten und Ratingagenturen verwendet. Zur Messung der Rentabilität der Geschäftsentwicklung nutzt der Konzern die Kapitalrendite als relative Kenngröße und den Economic Value Added (EVA®) als wertorientierte Kennzahl. Weitere Ausführungen hierzu können dem Konzernlagebericht entnommen werden.

2 Wirtschaftliches Umfeld.

Entwicklung der Weltwirtschaft

Der weltwirtschaftliche Aufschwung hielt auch in 2007 an. Allerdings erhöhten sich die konjunkturellen Risiken für die Weltwirtschaft. Gründe dafür waren die Turbulenzen an den Finanzmärkten durch die US-Immobilien- und Finanzkrise sowie die Rekordstände der Ölpreise und des Euro gegenüber dem US-Dollar.

Die konjunkturelle Dynamik schlug sich im Verlauf des Jahres 2007 in den Industrieländern nur in einem moderaten Produktionszuwachs nieder. Nachdem sich die konjunkturelle Expansion bereits seit einem Jahr in den USA verlangsamte, schwächten sich auch im Euroraum und in Japan die Wachstumsraten leicht ab. In den USA gingen wichtige Konjunkturindikatoren, wie etwa die Investitionen in den

Wohnungsbau und Ausrüstungen, ebenso zurück wie der private Konsum. Dies deutet auf eine zunehmende Abkühlung der Konjunktur hin. Die US-Notenbank senkte vor dem Hintergrund der Turbulenzen an den Finanzmärkten und den schwächeren Konjunkturindikatoren den US-Leitzins im September und Oktober 2007 um insgesamt 75 Basispunkte. Im Euroraum legten zu Beginn der zweiten Jahreshälfte 2007 die Investitionen und Exporte nur noch verhalten zu. Zudem wirkte die Aufwertung des Euro dämpfend. Die deutsche Volkswirtschaft hingegen zeigte sich robust. Der private Konsum gewann wieder an Fahrt, der Export legte durch die steigenden Auslandsaufträge zu. Die Expansion in den Schwellenländern beschleunigte sich im Verlauf des Jahres 2007 weiter.

Telekommunikationsmarkt

Eine aktuelle Studie eines Branchenverbandes über die Entwicklung des deutschen Telekommunikationsmarktes ging für das Jahr 2007 von einem weiterhin leicht rückläufigen Gesamtmarkt aus. Die Umsätze mit Telekommunikationsdienstleistungen in Deutschland werden sich demnach im Jahr 2007 auf ca. 63,4 Mrd. € belaufen. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber 2006 um 2,8 Prozent. Bei den Verbindungsminuten im Festnetz und Mobil-

funk konnte im Jahr 2007 ein Wachstum verzeichnet werden, das jedoch den wettbewerbsbedingten Preisverfall nicht kompensierte. Vom Gesamtumsatz der Branche von ca. 63,4 Mrd. € entfielen rund 37 Mrd. € auf den Festnetzmarkt – ein Minus von 3,6 Prozent gegenüber dem Jahr 2006. Der Beitrag des Mobilfunkmarkts lag mit etwa 26,4 Mrd. € rund 1,4 Prozent unter dem Wert des Vorjahres.

Breitband/ Festnetzmarkt

Der Breitbandmarkt in Deutschland ist von einer erheblichen Wachstumsdynamik geprägt. Die Nachfrage nach Breitbandanschlüssen bleibt auf weiterhin hohem Niveau. Dabei spielt die zunehmende Leistungsfähigkeit der Übertragungstechnologie ebenso eine Schlüsselrolle wie das Angebot innovativer Produkte und Dienstleistungen.

Ein weiterer Motor für das DSL-Wachstum ist der anhaltend starke Wettbewerb und die damit verbundenen sinkenden Preise. Durch die Einführung attraktiver Einstiegspakete, z. B. Call & Surf Start, und die Aufwertung des Tarifs Call & Surf Basic von T-Home hat die Deutsche Telekom neue Kundensegmente für die Breitbandkommunikation erschlossen. Haupttreiber für das Breitbandwachstum in Deutschland waren und sind attraktive Komplettangebote für das Telefonieren und den breitbandigen Internetzugang. Die klassischen Wiederverkäufer wie z. B. 1&1 oder freenet stellen ihr Geschäftsmodell sukzessive auf so genannte All IP-Anschlüsse um. Basis dieser Anschlüsse sind All IP-Vorleistungsangebote alternativer Wholesale-Anbieter. Mit Hilfe dieser Angebote können seit Mitte 2007 auch Reseller Komplettangebote in den Regionen anbieten, die der alternative Wholesale-Anbieter erschlossen hat. Dieses Geschäftsmodell führt dazu, dass Resale-DSL an Dynamik verliert und Wettbewerber vermehrt Teilnehmeranschlüssen (TAL) nachfragen. Auf der Basis der TAL haben Wettbewerber die Möglichkeit, eigene Komplettpakete

zu entwickeln und ihren Kunden nur eine Rechnung bzw. eine Vertragsbeziehung anzubieten.

Ein zunehmend wichtiger Treiber im Breitbandmarkt sind Angebote von Kabelnetzbetreibern. Neben attraktiven Komplettangeboten aus TV, Internet und Sprache (Triple Play) erweiterten die Kabelanbieter ihr Portfolio im Jahr 2007 auch um rein breitbandige Internetanschlüsse mit und ohne Sprachkomponente.

Der Marktanteil der Deutschen Telekom bei den Festnetzanschlüssen ist auch zehn Jahre nach der Marktliberalisierung weiterhin hoch. Laut Bundesnetzagentur verfügen alternative Festnetzbetreiber über einen Marktanteil von rund 19 Prozent. Der fortschreitende Verlust von Marktanteilen im Geschäft mit Schmalbandanschlüssen im operativen Segment Breitband/Festnetz resultiert – auch bedingt durch die staatliche Regulierung – einerseits aus dem immer intensiveren Wettbewerb durch alternative Teilnehmernetzbetreiber sowie der Substitution durch Mobilfunk, Kabel und Nutzung von Voice over IP. Aufgrund kontinuierlich fallender Marktpreise und der zunehmenden Nutzung von Flatrates lassen sich Umsätze nicht mehr durch fakturierte Gesprächsminuten kompensieren. Dadurch ist die absolute Anzahl der fakturierten Verbindungsminuten im eigenen Netz rückläufig.

Regulatorischer Einfluss auf das Geschäft

Die Geschäftstätigkeit der Deutschen Telekom unterliegt in hohem Maße der staatlichen Regulierung. Damit ver-

bunden sind umfassende behördliche Eingriffsbefugnisse in die Produkt- und Preisgestaltung.

Regulierung national.

Das Telekommunikationsgesetz (TKG) gibt für viele Telekommunikationsdienstleistungen der Deutschen Telekom einschneidende Regelungen vor. Nach dem TKG kann die Bundesnetzagentur Unternehmen, die auf einzelnen Märkten über eine „signifikante Marktmacht“ verfügen, Verpflichtungen bezüglich ihrer auf diesem Markt angebotenen Leistungen auferlegen. So kann die Bundesnetzagentur ein Unternehmen zum Angebot bestimmter Vorleistungsprodukte verpflichten, deren Preise zudem der vorherigen Genehmigung durch die Behörde unterliegen. Da die Bundesnetzagentur die Deutsche Telekom in weiten Teilen des deutschen Telekommunikationsmarktes

als Unternehmen mit „signifikanter Marktmacht“ einstuft, greift die Regulierung erheblich in die unternehmerische Freiheit der Deutschen Telekom ein.

In der Anwendung des TKG neigt die Bundesnetzagentur bislang nicht dazu, die Intensität der staatlichen Kontrolle wesentlich zu verringern. Von Einzelfällen abgesehen hält die Behörde an den restriktiven Regelungen fest und weitet sie sogar auf neue Dienste und Märkte aus. So bezog die Bundesnetzagentur z. B. den neuen Voice over IP-Dienst in die regulierten Märkte der Festnetztelefonie ein. Auch der Ausbau des Glasfasernetzes zog neue Verpflichtungen

tungen für die Deutsche Telekom nach sich. Die Deutsche Telekom muss ihren Wettbewerbern derzeit zwar keinen unmittelbaren Zugang zu ihrem neuen Hochgeschwindigkeitsnetz auf Basis von Glasfaser und VDSL-Technologie ermöglichen. Allerdings bestehen Zugangspflichten in Bezug auf Bestandteile des neuen Netzes, etwa die Multi-

funktionsgehäuse am Straßenrand, die Kabelrohre unter der Straße sowie hilfsweise auch zur so genannten ungeschalteten Glasfaser. Aufgrund dieser Vorleistungen kündigte ein großer Wettbewerber der Deutschen Telekom gegen Ende des Berichtsjahres an, ein eigenes deutschlandweites VDSL-Netz errichten zu wollen.

Regulierung durch die Europäische Union.

Die Grundzüge der Regulierung auf den europäischen Telekommunikationsmärkten gibt die Europäische Union (EU) vor. Die im Jahr 2002 verabschiedeten Richtlinien und Empfehlungen unterzieht die Europäische Kommission zurzeit einer Überprüfung. Sie legte im November 2007 ein umfangreiches Reformpaket vor. Damit trat eine neue Empfehlung in Kraft, die nun weniger Märkte als bislang für die Regulierung durch die nationalen Regulierungsbehörden vorsieht. Dadurch soll sich die Regulierung im Endkundenmarkt künftig auf Festnetztelefonanschlüsse beschränken. Bei den wichtigsten Vorleistungsmärkten spricht sich die EU-Empfehlung allerdings dafür aus, die Regulierung beizubehalten. Dies betrifft die Märkte für die Teilnehmeranschlussleitung, den Breitbandzugang, die Festnetzzusammenschaltung, die Mietleitungen sowie die Mobilfunkterminierung. Zudem fasst die Empfehlung einige dieser Märkte im Wortlaut weiter als bisher. Ob dadurch regulatorische Mehrbelastungen entstehen, lässt sich derzeit nicht absehen. Der Markt für das internationale

Roaming im europäischen Mobilfunk ist nicht mehr in der Empfehlung enthalten, weil die im Juli 2007 in Kraft getretene europäische Roaming-Verordnung diesen Markt bereits abschließend reguliert.

Das Reformpaket enthält darüber hinaus Vorschläge zu Änderungen am geltenden Rechtsrahmen. Diese Vorschläge sollen im Laufe des Jahres 2008 von den Europäischen Gremien beraten werden. Im Wesentlichen schlägt die Europäische Kommission vor, ihren Einfluss in den regulierten Märkten zu erhöhen. Dies zeigt sich sowohl in dem Vorschlag zur Erweiterung des Vetorechts gegenüber nationalen Regulierungsmaßnahmen als auch im Vorschlag, eine europäische Regulierungsbehörde zu errichten. Ferner ist die Möglichkeit der funktionellen Separierung von Netzbetrieb und Diensten aufgenommen worden. Diese Pläne der Kommission stießen bislang größtenteils auf Ablehnung der Mitgliedsstaaten und der Telekommunikationsbranche.

Regulierung international.

Die Deutsche Telekom unterliegt nicht nur in Deutschland der Regulierung. Auch ihre Tochtergesellschaften im Ausland sind durch nationale Behörden reguliert. Im Festnetzbereich betrifft dies insbesondere die Länder Ungarn,

Slowakei und Kroatien. Im Mobilfunk unterliegen alle Tochterunternehmen der Regulierung, insbesondere im Hinblick auf die Höhe der Terminierungsentgelte.

3 Geschäftsentwicklung.

Die Deutsche Telekom AG weist für das Geschäftsjahr 2007 einen handelsrechtlichen Jahresüberschuss in Höhe von 13,3 Mrd. € aus. Dieser erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 11,8 Mrd. €.

Die Geschäftsentwicklung wurde wie bereits im Vorjahr von einer Vielzahl unterschiedlichster Effekte geprägt, die sich sowohl originär aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft, dem außerordentlichen Ergebnis (17,3 Mrd. €) als auch durch die getroffenen Restrukturierungsmaß-

nahmen begründen. Zu den zuletzt genannten Effekten zählen auch jene gesellschaftsrechtlichen Transaktionen, die im Rahmen der strategischen Neuausrichtung des Konzerns die Deutsche Telekom AG selbst betreffen. Durch die Umstrukturierung innerhalb des Konzernverbundes hat sich im Berichtsjahr auch die organisatorische Struktur der Deutschen Telekom AG gegenüber dem Vorjahr verändert. Zu diesen Veränderungen zählt im Wesentlichen die zum 25. Juni 2007 vorgenommene Einbringung

und Übertragung der Bereiche Kundenservice, Technischer Kundendienst und Netzproduktion in die drei rechtlich selbstständigen Tochtergesellschaften Deutsche Telekom Kundenservice GmbH (DT KS), Deutsche Telekom Technischer Service GmbH (DT TS) und Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH (DT NP).

Im Folgenden werden diese Effekte und Entwicklungen näher dargestellt.

Ertragslage

Auf Grund der vorgenannten Umstrukturierungen ist ein Vergleich der Geschäftsjahreszahlen mit den Vorjahreswerten nur eingeschränkt möglich. Detailliertere Angaben zu den wesentlichen hierdurch bedingten Effekten können

dem Anhang unter den Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) entnommen werden. In der folgenden Übersicht werden die einzelnen Posten der GuV zusammengefasst und anschließend kurz erläutert:

	2007 Mio. €	2006 Mio. €	Veränderung Mio. €
Umsatzerlöse	19 442	20 936	(1 494)
Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	345	415	(70)
Gesamtleistung	19 787	21 351	(1 564)
Sonstige betriebliche Erträge	3 899	3 642	257
Materialaufwand	(6 298)	(4 893)	(1 405)
Personalaufwand	(6 258)	(8 477)	2 219
Abschreibungen	(3 783)	(3 730)	(53)
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(7 653)	(7 800)	147
Betriebsergebnis	(306)	93	(399)
Finanzergebnis	(3 669)	(637)	(3 032)
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	(3 975)	(544)	(3 431)
Außerordentliches Ergebnis	17 264	1 844	15 420
Steuern	(5)	151	(156)
Jahresüberschuss	13 284	1 451	11 833

Die **Umsatzerlöse** im operativen Segment Breitband/Festnetz verringerten sich um 1,5 Mrd. € auf 19,4 Mrd. €. Wesentliche Ursache hierfür waren geringere Verbindungsumsätze auf Grund von Anschlussverlusten im Bereich Schmalband, die sich insbesondere durch den Wechsel von Kunden zu Wettbewerbern (wie z. B. Kabelnetzbetreibern), die Mobilfunksubstitution und die Einführung von preisgünstigen Komplettpaketen erklären. Darüber hinaus ist der Umsatzrückgang auch auf Preis- und Mengeneffekte bei den Netzzugangsentgelten (Interconnection-Leistungen) und im Breitbandmarkt zurückzuführen. Die gesunkenen Marktpreise führten ebenfalls zu einem Umsatzrückgang im Geschäft mit den Konzerngesellschaften.

Mengenbedingte Zuwächse bei den gemieteten Teilnehmeranschlussleitungen (TAL) und eine steigende Nachfrage nach Komplettangeboten konnten die Umsatzverluste nur teilweise kompensieren.

Neben den gesunkenen Umsatzerlösen haben die folgenden Einflussfaktoren maßgeblich zur Entwicklung des Ergebnisses beigetragen:

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** stiegen um 0,3 Mrd. € auf 3,9 Mrd. € an. Dabei ist ein wesentlicher Zuwachs auf den Anstieg der Erträge aus der Weiterverrechnung von Personal- und Verwaltungs-

kosten an die neu gegründeten Servicegesellschaften DT KS, DT TS und DT NP zurückzuführen. Gegenläufig hierzu entwickelten sich unter anderem die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und die Erträge aus Zuschreibungen auf Gegenstände des Finanzanlagevermögens.

Der **Materialaufwand** erhöhte sich gegenüber der Vorperiode um 1,4 Mrd. € auf 6,3 Mrd. €. Dies war hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Deutsche Telekom ab dem zweiten Halbjahr 2007 zuvor selbst erbrachte Leistungen erstmals von der DT KS, der DT TS und der DT NP bezogen hat. Gegenläufig hierzu entwickelten sich die Aufwendungen für bezogene Telekommunikationsleistungen auf Grund gesunkener Netzzugangsentgelte und preis- und mengenbedingt zurückgegangener Aufwendungen für die Rechnungserstellung (Billingkosten).

Der **Personalaufwand** verringerte sich im Berichtsjahr um 2,2 Mrd. € auf 6,3 Mrd. €. Dies ist größtenteils auf den durch die Gründung der Servicegesellschaften reduzierten Mitarbeiterbestand und auf die Effekte des im Vorjahr begonnenen sozialverträglichen Personalumbauprogramms zurückzuführen. Ebenfalls reduzierten sich die Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen für Personalanpassungsmaßnahmen um 0,6 Mrd. € auf 1,7 Mrd. € (Vorjahr: 2,3 Mrd. €).

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** gingen insgesamt um 0,1 Mrd. € auf 7,7 Mrd. € zurück. In diesem Rückgang schlagen sich gegenläufige Entwicklungen nieder. Einerseits stiegen unter anderem die Aufwendungen für Verluste aus Anlageabgängen, im Wesentlichen auf Grund der Veräußerung der T-Online Telecommunications Spain S.A.U. und der T-Online France S.A.S., die Marketingaufwendungen für die Neukundengewinnung sowie die Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Übernahme der Pensionsverpflichtungen der Servicegesellschaften an. Andererseits sanken preis- und mengenbedingt die Aufwendungen für Mieten und Pachten sowie für den IT-Support, wobei der Mengenrückgang teilweise auf die Einbringung in die Servicegesellschaften zurückzuführen war.

Das **Finanzergebnis** reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,0 Mrd. € auf minus 3,7 Mrd. €. Diese Entwicklung ist primär auf die rückläufigen Ergebnisabführungen der Beteiligungen zurückzuführen. Der Rückgang entfällt vor allem auf die Abführung der T-Mobile International AG (Vorjahr: T-Mobile Holding GmbH) und der T-Systems Enterprise Services GmbH, deren Ergebnisse sich auf Grund von Sondereinflüssen gegenüber dem Vorjahr deutlich verschlechterten. Ebenso erfolgte erstmalig eine Verlustübernahme von den Servicegesellschaften, in denen sich unter anderem die in den Gesellschaften gebildeten Rückstellungen für Ausgleichszahlungen, die die Anpassung der Gehälter auf ein wettbewerbsfähigeres Niveau sozialverträglich abfedern, niederschlugen. Des Weiteren sind die Verlustübernahmen der Vivento Customer Services GmbH (VCS) und der Vivento Technical Services GmbH (VTS) bedingt durch die Veräußerung von sieben Call-Center-Standorten der VCS und durch den bevorstehenden Betriebsübergang der VTS zu Nokia Siemens Networks Services Deutschland GmbH & Co. KG, München, im Vergleich zur Vorperiode angestiegen. Die positiven Entwicklungen bei der Ergebnisabführung der T-Systems Business Services GmbH sowie die angestiegenen Ausschüttungen der HT-Hrvatske telekomunikacije d.d. und der Slovak Telekom a.s. konnten die zuvor genannten Entwicklungen nicht kompensieren.

Das Ergebnis der **gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** fiel im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 Mrd. € geringer aus und beläuft sich auf minus 4,0 Mrd. €.

Im Berichtsjahr entstand im Rahmen der Reorganisation der T-Mobile Gruppe ein **außerordentliches Ergebnis** in Höhe von 17,3 Mrd. € aus der Verschmelzung (Downstream Merger) der T-Mobile International Holding GmbH auf die T-Mobile International AG. Die Ermittlung der Anschaffungskosten dieser Beteiligung erfolgte nach den handelsrechtlichen Tauschgrundsätzen durch die Bewertung der untergegangenen Anteile der T-Mobile International Holding GmbH mit ihrem Zeitwert, woraus ein steuerfreier außerordentlicher Ertrag entstand. Im Vorjahr wurde ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von 1,8 Mrd. € aus der Verschmelzung der T-Online International AG auf die Deutsche Telekom AG erzielt.

Der **Jahresüberschuss** stieg somit insgesamt um 11,8 Mrd. € auf 13,3 Mrd. €.

Vermögenslage

In der folgenden Bilanzübersicht sind die einzelnen Posten nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst:

	31.12.2007		31.12.2006		Veränderung Mio. €
	Mio. €	%	Mio. €	%	
Immaterielle Vermögensgegenstände	750	0,6	753	0,8	(3)
Sachanlagen	20 353	18,8	22 406	23,3	(2 053)
Finanzanlagen	81 789	75,4	65 460	68,1	16 329
Anlagevermögen	102 892	94,8	88 619	92,2	14 273
Vorräte	147	0,1	127	0,1	20
Forderungen	3 349	3,1	4 388	4,5	(1 039)
Sonstige Vermögensgegenstände	695	0,7	1 132	1,2	(437)
Wertpapiere	286	0,3	284	0,3	2
Flüssige Mittel	593	0,5	1 325	1,4	(732)
Umlaufvermögen	5 070	4,7	7 256	7,5	(2 186)
Rechnungsabgrenzungsposten	539	0,5	286	0,3	253
Gesamtvermögen	108 501	100,0	96 161	100,0	12 340

	31.12.2007		31.12.2006		Veränderung Mio. €
	Mio. €	%	Mio. €	%	
Gezeichnetes Kapital und Rücklagen	53 711	49,5	47 050	48,9	6 661
Bilanzgewinn	6 679	6,2	3 160	3,3	3 519
Eigenkapital	60 390	55,7	50 210	52,2	10 180
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2 643	2,4	3 510	3,7	(867)
Steuerrückstellungen	288	0,3	391	0,4	(103)
Sonstige Rückstellungen	5 431	5,0	4 558	4,7	873
Rückstellungen	8 362	7,7	8 459	8,8	(97)
Finanzverbindlichkeiten	4 933	4,6	2 847	3,0	2 086
Übrige Verbindlichkeiten	34 768	32,0	34 619	36,0	149
Verbindlichkeiten	39 701	36,6	37 466	39,0	2 235
Rechnungsabgrenzungsposten	48	0,0	26	0,0	22
Gesamtkapital	108 501	100,0	96 161	100,0	12 340

Die **Bilanzsumme** stieg im Berichtsjahr um 12,3 Mrd. € auf 108,5 Mrd. € an. Die Entwicklung der Bilanz war dabei in starkem Maße von der im Vorjahr begonnenen und im Geschäftsjahr 2007 fortgeführten Restrukturierung der Gesellschaft geprägt.

Die Erhöhung der **Aktiva** beruhte vor allem auf einem Anstieg des Anlagevermögens um insgesamt 14,3 Mrd. € und einem Rückgang des Umlaufvermögens um 2,2 Mrd. €. Diese Entwicklungen waren dabei im Besonderen auf die Veränderung der folgenden Bilanzposten zurückzuführen:

Die **Sachanlagen** haben sich im Berichtsjahr um insgesamt 2,0 Mrd. € verringert. Dies resultierte hauptsächlich aus den planmäßigen Abschreibungen und aus dem gegenüber den Abschreibungen niedrigeren Investitionsvolumen. Darüber hinaus führten Immobilienverkäufe und die Einbringung von Sacheinlagen in Tochtergesellschaften zu einem zusätzlichen Rückgang des Sachanlagevermögens.

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen beliefen sich im Geschäftsjahr 2007 auf insgesamt 1,8 Mrd. € (Vorjahr: 2,1 Mrd. €). Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit betraf die Übertragungstechnik mit 0,7 Mrd. € (Vorjahr: 0,8 Mrd. €) und das fernmeldetechnische Linienetz mit 0,7 Mrd. € (Vorjahr: 0,6 Mrd. €). Nach Abzug der im Geschäftsjahr vorgenommenen Abschreibungen in Höhe von 3,5 Mrd. € ergibt sich für das Sachanlagevermögen per 31. Dezember 2007 ein Restbuchwert von 20,4 Mrd. €. Die Investitionsquote für das Sachanlagevermögen, die sich aus dem Verhältnis der Nettoinvestitionen (Zugänge abzüglich Abgänge zu Restbuchwerten) zu den historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten ergibt, ist um 0,6 Prozentpunkte auf 2,0 Prozent gesunken.

Das **Finanzanlagevermögen** stieg um 16,3 Mrd. € auf 81,8 Mrd. € an. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf die strukturellen Veränderungen im Konzern Deutsche Telekom zurückzuführen. Im Berichtsjahr wurde im Rahmen der Reorganisation der T-Mobile Gruppe die T-Mobile International Holding GmbH auf ihre Tochtergesellschaft T-Mobile International AG verschmolzen. Der in diesem Zusammenhang bei der Deutschen Telekom AG zugegangene Beteiligungsbuchwert an der T-Mobile International AG wurde nach den handelsrechtlichen Tauschgrundsätzen zu Zeitwerten bewertet, wodurch sich der Buchwert des Finanzanlagevermögens um rund 17,3 Mrd. € erhöhte. Der Posten Anteile an verbundenen Unternehmen stieg ebenfalls durch die Gründung der Servicegesellschaften an. Für ausführlichere Erläuterungen zur Entwicklung des Finanzanlagevermögens wird auf Ziffer [12] des Anhangs verwiesen.

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen (Anlageintensität) stieg um 2,6 Prozentpunkte auf 94,8 Prozent an. Das Anlagevermögen ist zu 58,7 Prozent (Vorjahr: 56,7 Prozent) durch das Eigenkapital gedeckt.

Das **Umlaufvermögen** ist im Vergleich zum 31. Dezember 2006 um 2,2 Mrd. € auf 5,1 Mrd. € zurückgegangen. Ursächlich hierfür waren vor allem die um 1,5 Mrd. € rückläufigen **Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen**, die sich im Wesentlichen in Folge von Verlustübernahmen reduzierten, und die um 0,5 Mrd. € gestiegenen **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen**. Der Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist dabei größtenteils auf die Beendigung des Forderungsverkaufs im Rahmen der sog. Asset-Backed-Securitization zurückzuführen. Die Reduzierung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 0,4 Mrd. € resultiert vor allem aus Erstattungen von Ertragsteuern für Vorjahre.

Darüber hinaus reduzierten sich die **flüssigen Mittel** um 0,7 Mrd. €. Die Entwicklung der flüssigen Mittel wird detailliert in den Erläuterungen zur Finanzlage dargestellt.

Der Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen (Umlaufintensität) beträgt 4,7 Prozent und ist damit gegenüber der Vorperiode um 2,7 Prozentpunkte zurückgegangen.

Der Anstieg der **Passiva** gegenüber dem 31. Dezember 2006 ist im Wesentlichen auf die Erhöhung des **Eigenkapitals** um 10,2 Mrd. € und der **Verbindlichkeiten** um 2,2 Mrd. € zurückzuführen.

Die Entwicklung des **Eigenkapitals** lässt sich im Wesentlichen durch den laufenden Jahresüberschuss (Eigenkapitalmehrung von 13,3 Mrd. €) und die Gewinnausschüttung für Vorjahre (Eigenkapitalminderung von 3,1 Mrd. €) erklären. Die Eigenkapitalquote stieg hiermit um 3,5 Prozentpunkte auf 55,7 Prozent (Vorjahr: 52,2 Prozent).

Die Erhöhung der **Verbindlichkeiten** um 2,2 Mrd. € ist überwiegend auf die um 2,1 Mrd. € angestiegenen Finanzverbindlichkeiten zurückzuführen. Die Entwicklung der Verbindlichkeiten wird ausführlicher in Ziffer [27] des Anhangs dargestellt.

Finanzlage

Zur Erläuterung der Finanzlage werden die wesentlichen Bestandteile der Kapitalflussrechnung zusammengefasst. Die nachstehend ausgewählten Kennzahlen geben einen

kurzen Überblick über die Finanzlage der Deutschen Telekom.

	2007 Mio. €	2006 Mio. €	Veränderung Mio. €
Jahresüberschuss	13 284	1 451	11 833
Cash-Flow aus Geschäftstätigkeit	5 279	3 264	2 015
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	(1 058)	(1 824)	766
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	(4 953)	(3 572)	(1 381)
Nettoveränderung der flüssigen Mittel	(732)	(2 132)	-
Bestand der flüssigen Mittel am Anfang des Jahres	1 325	3 457	-
Bestand der flüssigen Mittel am Ende des Jahres	593	1 325	-

Der Mittelzufluss aus der Geschäftstätigkeit erhöhte sich um 2,0 Mrd. € auf 5,3 Mrd. €. Der Jahresüberschuss stieg um 11,8 Mrd. € auf 13,3 Mrd. € an. Er enthält jedoch zahlungsunwirksame Erträge in Höhe von 17,3 Mrd. € aus der Verschmelzung (Downstream Merger) der T-Mobile International GmbH auf die T-Mobile International AG. Der Anstieg des Mittelzuflusses aus der Geschäftstätigkeit resultiert vor allem aus einem gegenüber dem Vorjahr verbesserten Working-Capital.

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Mrd. € und betrug im Geschäftsjahr 2007 rund 1,1 Mrd. €. Er betrifft vor allem Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (1,8 Mrd. €) und Auszahlungen für Finanzanlagen (Ausleihungen). Diese wurden jedoch durch die Mittelzuflüsse aus dem Verkauf der Anteile an der T-Online France S.A.S. und der T-Online Telecommunications Spain S.A.U. teilweise kompensiert. Die Auszahlungen für das Sachanlagevermögen betrafen im Wesentlichen die Übertragungstechnik und den Ausbau des VDSL-Hochgeschwindigkeitsnetzes.

Der Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Mrd. € auf 5,0 Mrd. € erhöht. Der Mittelabfluss des Berichtsjahres ist im Wesentlichen auf die Dividendenzahlung für das Geschäftsjahr 2006 und auf die gestiegene Rückzahlung mittel- und langfristiger Finanzverbindlichkeiten unter anderem gegenüber der Deutsche Telekom International Finance B.V. zurückzuführen.

Um die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sowie die finanzielle Flexibilität der Deutschen Telekom sicherzustellen, wird eine Liquiditätsreserve in Form von Kreditlinien und Barmitteln vorgehalten. Hierzu hat die Gesellschaft standardisierte Kreditverträge mit einem Gesamtvolumen von 17,4 Mrd. € mit 29 Kreditinstituten abgeschlossen. Die bilateralen Kreditverträge haben eine Laufzeit von 36 Monaten und können jeweils nach 12 Monaten um weitere 12 Monate auf wiederum 36 Monate prolongiert werden.

Außerbilanzielle Finanzierungs- instrumente

Die Gesellschaft setzt außerbilanzielle Finanzierungsinstrumente ein. Zu diesen gehören die derivativen Finanzinstrumente, die zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos und des Währungsrisikos verwendet werden. Die Deutsche Telekom setzt diese Instrumente ausschließlich zu Sicherungszwecken und nicht aus spekulativen Gründen ein. Die Wirksamkeit des Sicherungszusammen-

hangs wird laufend überprüft. Das Volumen der zum Bilanzstichtag ausstehenden Transaktionen betrug insgesamt nominal 46,7 Mrd. € (Vorjahr: 54,9 Mrd. €), bewertet zum beizulegenden Zeitwert ergab sich ein Gesamtwert von minus 1,0 Mrd. €. Nähere Erläuterungen erfolgen unter Ziffer [29] des Anhangs.

Von Dezember 2001 bis einschließlich Oktober 2007 wurden im Rahmen einer Asset-Backed-Securitization bestimmte, gegenwärtige und zukünftige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen an eine Zweckgesell-

schaft im Wege der Globalzession veräußert. Zum 16. Dezember 2007 endeten die Transaktionsverträge. Mit Wirkung vom 30. November 2007 wurden keine neuen Forderungen mehr veräußert.

**Gesamtaussage
zur Geschäfts-
entwicklung im
Jahr 2007**

Das Geschäftsjahr 2007 war für die Deutsche Telekom operativ geprägt von einem rasanten technologischen Wandel und dem harten Wettbewerb in der Telekommunikationsbranche. Ferner wirkten sich im Berichtsjahr auch der anhaltende Preisverfall im Telekommunikationsmarkt,

die durchgeführten Maßnahmen zur Umstrukturierung sowie rückläufige Ergebnisabführungen aus. Dies belastete das operative Ergebnis im Berichtsjahr deutlich. Dem gegenüber wirkte sich der außerordentliche Ertrag positiv auf das Ergebnis aus.

4 Forschung und Entwicklung.

Im Jahr 2007 wurden die Produktentwicklung und die Produktinnovation zentral in einem internationalen Produkthaus gebündelt. Im Produkthaus werden systematisch gewonnene Erkenntnisse über Kundenbedürfnisse, neue Technologien und Märkte ganzheitlich analysiert und die Erkenntnisse konsequent in segmentübergreifende Produkte und Dienste umgesetzt.

Die übergreifende Steuerung der Innovationsaktivitäten erfolgt durch den neu ausgerichteten Zentralbereich Produkt & Innovation. Dieser verantwortet die Koordination der Innovationsstrategie, das konzernübergreifende Innovationsmanagement, das Innovationsmarketing, die in die Zukunft gerichtete Forschung & Entwicklung und das Corporate Venture Capital. Die Deutsche Telekom Laboratories, ein An-Institut der Technischen Universität (TU) Berlin, fungieren als zentrale Forschungs- und Entwicklungseinheit, die sich primär mit zukunftsweisenden Themen und neuartigen Technologien befasst, deren Einführung bzw. Marktreife in zwei bis fünf Jahren zu erwarten ist. Für marktnahe Produktneuerungen in einem Entwicklungszeitrahmen von bis zu 24 Monaten ist im Wesentlichen das Produkthaus verantwortlich.

Das Produkthaus entwickelt im operativen Segment Breitband/Festnetz innovative Angebote in den wichtigsten Produktkategorien für die Kunden der Deutschen Telekom – Sprache, schnelles Internet, IPTV und Multi-Access IP-Services –, mit denen sich das Unternehmen im Wettbewerb differenziert. So wurde z. B. das Produkt T-Home Entertain, also die innovativen Triple Play-Pakete bestehend aus Tele-

fonie, Highspeed-Internet auf Basis von VDSL und einem völlig neuartigen TV-Erlebnis, auf den Markt gebracht.

Das Produkthaus treibt das Themenfeld „Personal and Social Networks“ weiter voran und konzentriert sich dabei auf die gezielte Weiterentwicklung des Portalnetzwerkes, den digitalen Vertrieb von Musik, Software, Filmen und Spielen sowie auf die Entwicklung von Produkten und Diensten des Web 2.0-Zeitalters:

- Mit Entertain steht dem Kunden ein massenmarktfähiges IPTV-Angebot zur Verfügung. Mit Videoload wurde das erste deutsche Angebot geschaffen, mit dem sich Blockbuster-Filme vollständig in digitaler Form über das Internet erwerben und kopieren lassen. Im Geschäftsjahr 2007 wurden diverse Community-Angebote, wie z. B. fussball.de und FriendScout24, entwickelt und eingeführt.
- Musicload, der erfolgreiche Musik-Download-Service, hat sein Portfolio um Musikvideos und Hörbücher erweitert und bietet Musik jetzt auch im MP3-Format an. Gamesload hat sich als Deutschlands führendes Onlineportal für kostenpflichtige PC-Spiele-Downloads etabliert.
- Mit über 750 000 registrierten Nutzern und über 6,8 Mio. heruntergeladenen Programmen hat sich Softwareload im Jahr 2007 an die Spitze der herstellerübergreifenden Download-Angebote gestellt.

**Aufwand für
Forschung und
Entwicklung**

Im Geschäftsjahr betrug der Forschungs- und Entwicklungsaufwand 0,4 Mrd. €. Typische Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten stellen vor allem die Entwicklung neuer Datenübertragungsverfahren und innovativer Tele-

kommunikationsprodukte dar. An Projekten und Aktivitäten, die zu neuen Produkten und deren effizientem Angebot an Kunden führen, waren im Berichtsjahr rund 800 Mitarbeiter in der Deutschen Telekom beteiligt.

**Patentanmeldungen
und Bestand an
Schutzrechten**

Die Zahl der Patentanmeldungen in 2007 ist gegenüber dem Vorjahr leicht um 2,7 Prozent auf 542 gesunken. Der Bestand an Gesamtschutzrechten (Erfindungen, Patentanmeldungen, Patente, Gebrauchsmuster und Geschmacksmuster) beträgt 5 800 zum Jahresende 2007. Der Bestand

wird regelmäßig überprüft und um nicht mehr relevante Schutzrechte bereinigt. Das Management dieser Schutzrechte erfolgt unter gezielter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Aspekten.

5 Mitarbeiter.

Der Personalaufwand der Deutschen Telekom AG belief sich für das Geschäftsjahr 2007 auf 6,3 Mrd. € (Vorjahr: 8,5 Mrd. €). Am 31. Dezember 2007 waren 51 863 (Vorjahr: 92 575) Mitarbeiter (FTE) für die Gesellschaft tätig. Die Personalstrategie der Deutschen Telekom AG konzentrierte sich im Berichtsjahr auf drei wesentliche Felder: zum Ersten die Verbesserung der Personalaufwandsquote durch Fortführung des personellen und strukturellen Umbaus sowie durch Optimierung der Vivento Geschäfts-

modelle, zum Zweiten die Steigerung der Produktivität und zum Dritten die Verbesserung von Führungsqualität und Servicekultur durch maßgeschneiderte Personalentwicklung. Als weiteres, nach innen gerichtetes Ziel, definierte die Deutsche Telekom für 2007 die Steigerung der Effizienz und Qualität des Personalbereichs als eine der Aufgaben im Rahmen des Effizienzprogramms „Shape Headquarters“.

Personalumbau

Der Umbruch in der Telekommunikationsbranche, die rasante technologische Entwicklung sowie der harte Wettbewerb im Breitband-/Festnetzbereich in Deutschland stellt die Deutsche Telekom vor verschärfte Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund wurde der im Geschäftsjahr 2006 begonnene Personalumbau im Berichtsjahr fortgeführt. Ein wichtiger Baustein dieses personellen Umbaus ist eine Personalanpassung, die von den Beschäftigten auf freiwilliger Basis angenommen und im Wesentlichen ohne betriebsbedingte Beendigungskündigungen durchgeführt wird. Dabei spielte die Bereitstellung von sozialverträglichen Personalinstrumenten wie Altersteilzeit, Abfindungen und vorzeitiger Ruhestand eine wesentliche Rolle. Für die Fortsetzung dieser Programme wurden nach entspre-

chendem Beschluss des Vorstands der Deutschen Telekom im Berichtsjahr Rückstellungen in Höhe von rund 1,7 Mrd. € gebildet.

Eine wichtige Rolle beim personellen Umbau spielt weiterhin der Bereich Vivento innerhalb der Deutschen Telekom AG mit dem Personalüberhangs- und Vermittlungsmanagement. Die Vivento unterstützt bei Reorganisationen und gestaltet den Konzernarbeitsmarkt mit. Zudem betreibt dieser Bereich eine Reihe zukunftsorientierter Projekte und akquiriert offene Stellen am externen Arbeitsmarkt, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Mitarbeiter zu schaffen, die von Personalumbaumaßnahmen betroffen sind.

**Produktivitäts-
steigerung
und Service-
Orientierung**

Die Deutsche Telekom hat im Berichtsjahr durch die Überprüfung von Organisations- und Kostenstrukturen der zentralen Funktionen im Rahmen des Programms „Shape Headquarters“ eine weitere Effizienz- und Qualitätssteigerung angestoßen. Dabei konzentriert sich die Deutsche Telekom im Wesentlichen auf die Einheiten, die den Vorstandsbereichen Vorstandsvorsitzender, Finanzen und Personal direkt zugeordnet sind. Hierzu gehört neben der strukturellen Anpassung des Personalservices Telekom auch die Neuausrichtung des Personalbereichs unter dem Dachnamen HR@2009, um ihn als Partner für das Business zukünftig besser und schlanker zu etablieren.

Ferner hat im Geschäftsjahr 2007 die Einbringung von Bereichen der Deutschen Telekom in rechtlich selbstständige Tochtergesellschaften wesentlich zur Reduzierung des Personalbestandes und damit zu einem entsprechenden Rückgang des Personalaufwandes beigetragen. Durch die nationale Bündelung der Service-Einheiten in die drei Servicegesellschaften Deutsche Telekom Kundenservice GmbH (DT KS), Deutsche Telekom Technischer Service GmbH (DT TS) und Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH (DT NP) sollen durch die Verbesserung des Services und der Kostenstruktur die Arbeitsplätze von rund 50 000 Mitarbeitern langfristig im Konzern gesichert werden. Die Tarifverhandlungen zur Ausgestaltung der Beschäftigungskonditionen in den drei Servicegesellschaften führten zu einem Kompromiss zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Deutschen Telekom. Dieser Kompromiss, der im Rahmen einer Urab-

stimmung von den Gewerkschaftsmitgliedern mehrheitlich angenommen wurde, sieht unter anderem eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 34 auf 38 Stunden und eine Gehaltsabsenkung in Höhe von 6,5 Prozent für die Mitarbeiter dieser Gesellschaften vor, die mit Hilfe einer Ausgleichszahlung über einen Zeitraum von 42 Monaten sozialverträglich abgedeckt wird. Im Gegenzug wurden den Mitarbeitern in den Servicegesellschaften ein bis Ende 2010 geltender Ausgliederungsverzicht aus dem Konzern und der Verzicht auf betriebsbedingte Beendigungskündigungen bis zum 31. Dezember 2012 eingeräumt.

Die Service-Orientierung zu verbessern, ist ein wesentliches Ziel, das für die Mitarbeiter der Servicegesellschaften im Rahmen von Telekom Service durch die tarifvertraglich vereinbarte Servicequalifizierung im Berichtsjahr angestoßen worden ist. Mitarbeitern, die sich durch Leistung, persönliches Engagement und Kompetenz auszeichnen, stehen neue „Servicekarrieren“ offen. Um die berufliche Entwicklung zu fördern, stellt die Deutsche Telekom aufeinander aufbauende und maßgeschneiderte Qualifikationsmaßnahmen bereit.

Im Berichtsjahr hat die Deutsche Telekom zudem wie geplant die so genannte Service-Akademie gegründet. Ziel ist es, den deutschen Führungskräften durch eine Kombination von theoretischer Wissensvermittlung und praktischem Teil mit direktem Kundenkontakt eine verstärkte Service-Orientierung zu vermitteln.

**Personal-
vereinbarungen**

Für die Mitarbeiter der Deutschen Telekom AG resultieren aus dem Ergebnis der zuvor genannten Tarifverhandlungen ebenfalls Änderungen: Im Jahr 2008 wird es keine Tarifer-

höhung geben, im Gegenzug verzichtet die Deutsche Telekom bis Ende 2009 auch weiterhin auf betriebsbedingte Beendigungskündigungen.

Personal- entwicklung

Wesentliche Eckpunkte der Personalentwicklung der Deutschen Telekom bildeten im Geschäftsjahr 2007 die Fortsetzung des Programms „STEP up!“ (Systematic & Transparent Executive Development Program) und die Einführung des Personalentwicklungskonzepts für Fachkarrieren „Go Ahead!“, mit dem Fachkräfte langfristig an den Konzern gebunden und systematischer Kompetenzaufbau in erfolgskritischen Funktionsfeldern sichergestellt werden sollen.

Telekom Training, Anbieter für Weiterbildung für den Konzern sowie externen Markt in Deutschland, sorgte für die Qualifizierung und Fortbildung von Fach- und

Führungskräften. Dabei spielten die bedarfsorientierte Qualifizierung im Rahmen des Personalumbaus sowie die strategische Personalentwicklung eine entscheidende Rolle. Auch Großprojekte – etwa Seminare zur Qualifizierung von Servicepersonal – setzte der Weiterbildungsanbieter bedarfsorientiert um.

Mit 11 646 Auszubildenden in 12 unterschiedlichen Berufsfeldern und verschiedenen dualen Studiengängen ist die Deutsche Telekom AG seit Jahren einer der größten Ausbildungsbetriebe Deutschlands und bildet weit über den eigenen Bedarf aus.

6 Nachhaltigkeit und Umweltschutz.

Die Deutsche Telekom ist überzeugt, dass nachhaltiges Wirtschaften einen wichtigen Beitrag zum langfristigen Unternehmenserfolg leistet. Hierzu zählt vorrangig der nachhaltige Klimaschutz. Daher beteiligt sich das Unternehmen seit Jahren an zahlreichen Initiativen und Projekten. Z. B. hat die Deutsche Telekom die „Global Roundtable on Climate Change“ Erklärung unterzeichnet, die die Staatengemeinschaft zur Reduktion von Treibhausgasen auffordert. Der Grund für den engagierten Einsatz für den Klimaschutz liegt in der Überzeugung, dass eine Gesellschaft, die ressourceneffizient und klimaschonend wirtschaften will, auf den Beitrag der Telekommunikation nicht verzichten kann. Dabei verfolgt die Deutsche Telekom eine Doppelstrategie: Ziel ist es einerseits, die Energieeffizienz des Konzerns zu steigern und den Energieverbrauch von den CO₂-Emissionen zu entkoppeln; auf der anderen Seite bietet und entwickelt der Konzern innovative Produkte und Lösungen, mit denen die Kunden ihre eigene Ressourceneffizienz erhöhen können.

Über den konzerneigenen Energiedienstleister PASM (Power and Air Condition Solution Management GmbH & Co. KG) sorgt die Deutsche Telekom für einen klimaschonenden Stromeinkauf: Im Jahr 2006 konnten die durch die Energiegewinnung verursachten Emissionen durch den Kauf von über einer Milliarde Kilowattstunden RECS-Zertifikate (Renewable Energy Certificate System) teilweise

kompensiert werden. Diese Menge entsprach etwa einem Drittel des Gesamtstromverbrauchs des Konzerns in Deutschland. Im Geschäftsjahr 2007 wurden für ein weiteres Drittel des Stromverbrauchs RECS-Zertifikate erworben. Ab dem Jahr 2008 wird die Deutsche Telekom den gesamten Stromverbrauch für den Konzern deutschlandweit mit diesen Zertifikaten abdecken. Damit richtet die Deutsche Telekom den Strombezug in Deutschland vollständig auf erneuerbare Energiequellen aus und reduziert die aus der Energiegewinnung resultierenden Emissionen auf ein Minimum. Das ursprüngliche Ziel, die strombedingten CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2010 gegenüber 1995 zu halbieren, ist damit überschritten.

Die Deutsche Telekom hat damit begonnen, den CO₂-Ausstoß einzelner Produkte und Dienstleistungen zu kompensieren. So wurden z. B. im Herbst 2007 schnurlose Festnetztelefone der Sinus-Familie auf den Markt gebracht, die durch den Ankauf von Emissionsminderungszertifikaten über fünf Jahre (durchschnittliche Nutzungsdauer) klimaneutral betrieben werden können. Dazu wurden die in diesem Nutzungszeitraum anfallenden CO₂-Emissionen unter Einbindung externer Experten berechnet und mit Emissionsminderungszertifikaten über 53 100 Tonnen CO₂ ausgeglichen. Zukunftsweisend zeichnen sich diese Geräte darüber hinaus durch einen stark reduzierten Stromverbrauch aus.

7 Risiko- und Chancenmanagement.

Der Vorstand der Deutschen Telekom hat gemäß den Regelungen des § 91 Abs. 2 AktG ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet, wobei die Legaleinheit Deutsche Telekom AG in das Risikomanagement des Deutschen Telekom Konzerns eingebunden ist. Der Konzern betreibt ein ganzheitliches Risiko- und Chancenmanagementsystem zur konsequenten Nutzung seiner Chancen, ohne die damit verbundenen Risiken außer Acht zu lassen.

Das Risikomanagement des Konzerns berichtet regelmäßig über Risiken sowie deren Entwicklung an den Vorstand. Dieser informiert den Aufsichtsrat. Das Risikomanagementsystem sowie die intensive Befassung mit dem Risikobericht ist darüber hinaus regelmäßiger Bestandteil der Sitzungen des Prüfungsausschusses des Aufsichtsrats.

Die frühzeitige Identifizierung, Bewertung und das Managen von Risiken und Chancen sind integraler Bestandteil der konzernweiten Planungs-, Steuerungs- und Kontrollsysteme. Chancen betrachtet die Deutsche Telekom primär im Rahmen der Strategie- und Innovationsentwicklung. Dabei bedient sich der Konzern umfassender Marktanalysen und leitet daraus konkrete segment- und markt-spezifische Chancenpotenziale ab.

Sowohl auf der Ebene der Segmente als auch auf zentraler Ebene erfolgt eine regelmäßige Analyse von Risiken und Chancen. Die dazu verwendeten Risikofrüherkennungssysteme basieren auf konzernweit vorgegebenen Methoden und sind auf die individuellen Belange zugeschnitten. Mögliche Abweichungen im Planungszeitraum werden unter anderem in Form von Szenarien nach Ausmaß und Eintrittswahrscheinlichkeit analysiert. Bezugsgrößen für das Ausmaß sind die Zielgrößen des Konzerns (unter anderem EBITDA). Aus der Gesamtheit der Einzelrisiken ermittelt sich das „Gesamtrisiko“ des Konzerns.

Dazu aggregiert die Deutsche Telekom die Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Eintrittswahrscheinlichkeiten und Korrelationen mittels Kombinations- und Simulationsverfahren zu einem Gesamtrisikoausmaß. Um die Veränderung des Gesamtrisikos zu ermitteln, kommt ein Indikatoren-system zum Einsatz, das alle wesentlichen Risikofelder

umfasst. Darüber hinaus werden auch so genannte „Issues“ analysiert. Dabei handelt es sich um Themen, die eine potenziell hohe Relevanz für Image und Reputation haben können.

Das Reporting der wesentlichen Chancen und Risiken erfolgt turnusmäßig je Quartal, bei unerwartet auftretenden Risiken auch unmittelbar („ad hoc“). Für jede Berichtsebene sind spezifische Wesentlichkeitsgrenzen für Risiken definiert. Die zentrale Methoden- und Systemverantwortung für dieses konzernweit standardisierte, eigenständige Berichtswesen obliegt dem Bereich „Corporate Risk Management“, der auch die Funktionsweise und Effizienz des Systems sicherstellt.

Zur Reduzierung von Risiken, die durch kriminelles Handeln (Fraud) im Konzern entstehen könnten, hat der Vorstand der Deutschen Telekom ein konzernweit einheitliches Anti-Fraud-Management mit dem Ziel eingerichtet, Strukturen zur Prävention, Aufdeckung und Sanktionierung von Fraud im Unternehmen zu schaffen.

Besonderen Wert legt die Deutsche Telekom auf das Management von Risiken, die sich aus Finanzpositionen ergeben. Für alle Aktivitäten des Treasury-Geschäfts – insbesondere für den Einsatz derivativer Instrumente – gilt der Grundsatz der Risikominimierung. Zu diesem Zweck führt der Konzern alle Finanztransaktionen und Risikopositionen in einem zentralen Treasury-System. Die Konzernführung erhält regelmäßig Informationen über diese Positionen. Derivative Finanzinstrumente setzt die Deutsche Telekom zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken sowie zahlungswirksamen Währungsrisiken und sonstigen Preisrisiken ein.

Bestimmte Finanztransaktionen bedürfen der vorherigen Genehmigung durch den Vorstand, der darüber hinaus regelmäßig über den Umfang und den Betrag des aktuellen Risiko-Exposures informiert wird. Um die Auswirkungen unterschiedlicher Gegebenheiten am Markt einschätzen zu können, nimmt der Konzern Deutsche Telekom Simulationsrechnungen unter Verwendung verschiedener Markt- und Worst-Case-Szenarien vor.

Zur Sicherung von Marktrisiken setzt die Deutsche Telekom je nach Einschätzung des Risikos ausgewählte

derivative und nicht derivative Sicherungsinstrumente ein. Grundsätzlich werden jedoch nur Risiken besichert, die Auswirkungen auf den Cash-Flow des Unternehmens haben. Derivative Finanzinstrumente nutzt der Konzern ausschließlich als Sicherungsinstrumente. Das heißt, dass sie für Handelszwecke oder andere spekulative Zwecke nicht zum Einsatz kommen.

Die Effizienz der Risikomanagementprozesse sowie die Einhaltung der im Risikomanagementhandbuch der Deutschen Telekom definierten Regelungen und Richtlinien unterliegen einer regelmäßigen Prüfung durch die

interne Revision. Der Abschlussprüfer prüft im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrags für die Jahresabschlussprüfung, ob das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, unternehmensgefährdende Risiken und Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Das Risikomanagementsystem der Deutschen Telekom gewährleistet, dass sich unternehmerische Chancen und Risiken frühzeitig erkennen lassen und der Konzern in der Lage ist, ihnen aktiv und wirksam zu begegnen. Dieses System entspricht damit den gesetzlichen Anforderungen an ein Risikofrüherkennungssystem und steht im Einklang mit den Deutschen Corporate Governance Grundsätzen.

Die Risiken des Unternehmens.

Aus der Gesamtheit der für den Konzern identifizierten Risiken werden nachfolgend die Risikofelder bzw. Einzelrisiken erläutert, welche aus heutiger Sicht die Vermögens-,

Finanz- und Ertragslage der Deutschen Telekom AG wesentlich beeinflussen können.

Wettbewerb

Ein verschärfter Wettbewerb und der technologische Fortschritt haben im Jahr 2007 dazu geführt, dass die Preise sowohl im Festnetz (Telefonie, Internet) als auch im Mobilfunk deutlich zurückgegangen sind. Neben der Sprachkommunikation war davon auch die Datenkommunikation betroffen. Dies zeigt sich etwa im Preisverfall bei Internet-Flatrates. Es besteht das Risiko, dass dieser Preisrückgang nicht durch entsprechendes Mengenwachstum kompensiert wird.

Der Wettbewerbsdruck könnte sich noch weiter erhöhen, z. B. durch eine deutliche Ausweitung der Marktabdeckung von (regionalen) Teilnehmernetzbetreibern und den fortgesetzten Trend zu Bündelangeboten. Auch technologische Innovationen, Preissenkungen bei Vorleistungen für Wettbewerbsprodukte sowie die zunehmende Substitution der Festnetzkommunikation durch den Mobilfunk verschärfen die Konkurrenzsituation. Hinzu kommt, dass bisher reine Mobilfunkanbieter in Deutschland zunehmend auch mit Festnetz- bzw. DSL-Angeboten an den Markt gehen. Weiterhin bieten DSL-Wettbewerber Bündelangebote an, die Breitband und Voice over IP (VoIP) integrieren, ohne dass hierfür ein Festnetzanschluss erforderlich ist.

Hinzu kommt, dass die Kabelnetzbetreiber ihr Angebotsportfolio ausbauen, z. B. durch attraktive Triple Play-Angebote.

Ein wichtiger Wettbewerbstrend ist die Tatsache, dass die Deutsche Telekom zunehmend auch Konkurrenten gegenübersteht, die nicht zur Telekommunikationsbranche im engeren Sinne zählen. Zu diesen neuen Wettbewerbern gehören große Unternehmen aus dem Bereich Consumer Electronics und der Internetbranche. Für die Deutsche Telekom besteht daher trotz der bisherigen Marktanteilsverluste das Risiko sinkender Marktanteile und Margen. Die zukünftige Wettbewerbsposition der Deutschen Telekom hängt neben weiteren Faktoren insbesondere von der Servicequalität ab, bei der weiterhin Optimierungspotenzial besteht. Die Herausforderung liegt in der Verbesserung des Kundenservices unter gleichzeitiger Berücksichtigung der initiierten Maßnahmen zur Kostenreduzierung.

Der europäische Mobilfunkmarkt ist von weiteren Preissenkungsoffensiven gekennzeichnet. Verantwortlich dafür sind neben Billiganbietern, wie Mobile Virtual Network Opera-

tors (MVNO), auch neue Tarife etablierter Netzbetreiber. Ein weiterer Preisverfall im Mobilfunk kann dazu führen, dass die Ziele von Tochtergesellschaften der T-Mobile Gruppe gefährdet werden. Darüber hinaus muss sich T-Mobile im Ausland zunehmend dem Wettbewerb integrierter Anbieter stellen, die neben Mobilfunkdiensten auch über Festnetzprodukte (z. B. DSL) in ihrem Portfolio verfügen. Der ICT-Markt im Segment Geschäftskunden ist geprägt durch Preisrückgang und lange Verkaufszyklen. Damit besteht

für die T-Systems Gesellschaften das Risiko niedrigerer Umsätze und Margen. Die internationale Präsenz von T-Systems und die Markenbekanntheit sind begrenzt, vor allem im Vergleich zu einigen Wettbewerbern. Dies könnte sich negativ auf die Nutzung der Wachstumspotenziale von T-Systems auswirken, insbesondere unter dem Aspekt der wachsenden Bedeutung des Geschäfts mit multinationalen Konzernen außerhalb Deutschlands.

Produkte, Dienste und Innovationen

Durch den schnellen technologischen Fortschritt und die fortschreitende technologische Konvergenz ist es möglich, dass sich neue und etablierte Technologien bzw. Produkte nicht nur komplementär zueinander verhalten, sondern einander auch teilweise substituieren. Dies kann sowohl im Sprach- als auch im Datenverkehr zu geringeren Preisen und Umsätzen führen. Es besteht außerdem das Risiko, dass es nicht gelingt, Kunden den Mehrwert gegenwärtiger und zukünftiger Dienste hinreichend zu vermitteln oder beim Kunden eine entsprechende Akzeptanz für diese Dienste zu schaffen. Darüber hinaus besteht das Risiko, eine identifizierte Marktnachfrage nicht schnell genug bzw. nur durch unzureichend ausgereifte Produkte befriedigen zu können. Diese Risiken existieren auch für die potenziellen Wachstumstreiber der Deutschen Telekom im Festnetz.

Durch den Erwerb der UMTS-Lizenzen in mehreren europäischen Ländern hat der Telekom Konzern eine Basis für die Einführung der dritten Generation der Mobilkommunikation geschaffen. Die Amortisation dieser Investitionen basiert auf Nutzungs- und Umsatzsteigerungen im Mobilfunk, speziell im Bereich der mobilen Datenkommunikation. Entsprechende zusätzliche Dienste und Anwendungen will die Deutsche Telekom sowohl durch Eigenentwicklung als auch durch Kooperation mit Dritten (Inhalteanbieter) generieren. Dabei besteht das Risiko, dass sich mit diesen Anwendungen die geplanten Ertragsziele der Tochtergesellschaften nicht erreichen lassen. Ebenso entscheidend für den Erfolg des Multimedia-Angebotes ist die Wahrnehmung des Kunden. Wenn der Deutsche Telekom Konzern gegenüber den Wettbewerbern im Urteil der Kunden zurückfällt, könnte es zu einem Verlust von besonders umsatzstarken Teilnehmern kommen.

Regulierung

Netzzugangs- und Preisregulierungen beziehen sich auf Telekommunikationsdienstleistungen, die Netzbetreiber mit „signifikanter Marktmacht“ anbieten. Die Deutsche Telekom wird in Deutschland als ein solches Unternehmen beurteilt und unterliegt daher bei der Breitband- und Festnetzkommunikation und zunehmend auch im Mobilfunkbereich einer strikten Regulierung. Auch die europäischen Tochtergesellschaften sind im Festnetz- und Mobilfunkbereich entsprechenden Rahmenbedingungen ausgesetzt.

Damit verbunden sind weitgehende behördliche Eingriffsbefugnisse in die Produkt- und Preisgestaltung mit erheblichen Auswirkungen auf das operative Geschäft. Diese Eingriffe sind für die Deutsche Telekom nur bedingt vorherzusehen und können den bestehenden Preis- und Wettbewerbsdruck weiter verschärfen.

Die Europäische Union überprüft derzeit den Regulierungsrahmen. Nennenswerte Bestrebungen für eine sektorspezifische Deregulierung sind nicht festzustellen, vielmehr ist eine Ausweitung der Regulierung als Ergebnis der laufenden Überprüfung zu befürchten. So hat die EU-Kommission unter anderem vorgeschlagen, ein neues Regulierungsinstrument einzuführen, das es als letztes Mittel erlaubt, Netzbetrieb und Dienste funktionell zu separieren. Die Kommissionsvorschläge werden von den europäischen Gremien im Verlauf des Jahres 2008 beraten.

Auch nach erfolgter Regulierung der Terminierungspreise – in Deutschland zuletzt im Dezember 2007 durch die Bundesnetzagentur – ist zukünftig eine weitere Absenkung der entsprechenden Entgelte möglich. Auch eine Ausweitung der Regulierung auf die Mobilfunkterminierung ist mög-

lich. Die EU-Kommission hat ferner angedroht, die Preise für das internationale Roaming von mobilen Datendiensten (unter anderem SMS) in der Zukunft zu regulieren. Durch eine solche Regulierung wären Umsatzverluste im Mobilfunkbereich zu befürchten.

Zusätzliche Regulierungseingriffe könnten auch Inhalte und Medienangebote betreffen. Da die Deutsche Telekom Produkte anbietet, die auch die Ausstrahlung von Fernsehprogrammen beinhalten, könnte für sie die Medienregulie-

rung an Bedeutung gewinnen. Eine derartige Regulierung könnte zu Einschränkungen beim Angebot von Medienleistungen und/oder zusätzlichen Kosten für die Implementierung technischer Maßnahmen führen, um den Regulierungsanforderungen zu genügen.

Alle diese Ausweitungen der Regulierung könnten die Flexibilität der Deutschen Telekom und ihrer Tochtergesellschaften am Markt einschränken, insbesondere in Bezug auf die Preis- und Produktgestaltung.

Konjunktur und Branche

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, Europa und den USA beeinflusst auch die Geschäftsentwicklung der Deutschen Telekom und ihrer Tochtergesellschaften. Für die größten Märkte der Deutschen Telekom und ihrer Tochtergesellschaften – Deutschland und USA – lassen die gegenwärtigen Konjunkturprognosen eine leichte Abschwächung der Wachstumsraten im

Jahr 2008 erwarten. Sollte das Wirtschaftswachstum geringer ausfallen als erwartet, kann dies sowohl die Investitionsbereitschaft der Geschäftskunden als auch die Konsumneigung der Privatkunden der Deutschen Telekom und ihrer Tochtergesellschaften beeinträchtigen. Damit könnte das Erreichen von Umsatzzielen der Deutschen Telekom und ihrer Tochtergesellschaften gefährdet sein.

Personal

Es sind negative Auswirkungen auf die Finanzziele und die Rentabilität der Deutschen Telekom und ihrer Tochtergesellschaften möglich, wenn sich die geplanten Maßnahmen beim Personalumbau nicht realisieren lassen. Die Deutsche Telekom hat im November 2005 einen umfangreichen Personalumbau für Deutschland beschlossen. Als Bestandteil dieses Programms ist eine sozialverträgliche Personalanpassung geplant, nach der zwischen dem Jahr 2006 und Ende 2008 rund 32 000 Mitarbeiter den Konzern verlassen. Neben dem Einsatz freiwilliger Personalabbauinstrumente setzt das Gesamtprogramm auch auf Effekte wie z. B. die natürliche Fluktuation. Bis zum Ende des Berichtsjahres sind rund 26 500 Beschäftigte aus dem inländischen Konzern im Rahmen dieser geplanten Personalanpassung ausgeschieden.

Die erfolgreiche Realisierung des im Jahr 2007 fortgeführten Programms zum Personalabbau hängt jedoch von einer Reihe von Faktoren ab, die die Gesellschaft kaum oder gar nicht beeinflussen kann. Dazu zählen unter anderem allgemeine Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sowie die externe Personalnachfrage. Einfluss auf den Personalabbau haben darüber hinaus die Inanspruchnahme der freiwilligen Personalabbauinstrumente wie z. B. der vorzeitige Ruhestand für Beamte sowie die externe Zustimmung zu verschiedenen Ausgliederungsmaßnahmen.

Bei einer Veräußerung von Konzerneinheiten, in denen Beamte beschäftigt sind, besteht grundsätzlich die Möglichkeit, dass diese weiterhin bei der veräußerten Konzerneinheit arbeiten. Dazu ist die Zustimmung bzw. die Antragstellung durch den Beamten selbst erforderlich. Allerdings besteht das Risiko, dass Beamte z. B. nach dem Ende der Beurlaubung von der veräußerten Einheit zur Deutschen Telekom zurückkehren. Dieses Risiko lässt sich etwa durch Kompensationszahlungen reduzieren, aber nicht vollständig vermeiden.

Die Deutsche Telekom hat im Rahmen von Telekom Service die Servicegesellschaften in Deutschland konzernweit gebündelt. Bis zum 1. Juli 2007 setzte der Konzern die rechtliche Verselbstständigung der drei Servicegesellschaften planmäßig um. Die Tarifeinigung Telekom Service erfolgte im Juni 2007. Die Umgliederung in die drei Servicegesellschaften betraf rund 50 000 Vollzeitbeschäftigte. Mit Telekom Service verfolgt die Deutsche Telekom klare Ziele: eine optimierte Servicequalität zu wettbewerbsfähigen Konditionen und damit die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Telekom. Entscheidend für die Erreichung dieser Ziele ist eine konsequente Umsetzung.

IT-/TK- Infrastrukturen

Im Geschäftsjahr 2007 realisierte die Deutsche Telekom umfangreiche Programme zur Anpassung der IT-Systeme und IT-Infrastruktur an die sich ändernden Kundenbedürfnisse und neue organisatorische Anforderungen. Eine ungenügende Effizienz bei der Planung und Überwachung dieser Aktivitäten könnte Fehler bei der Ressourcenzuweisung und Prozessstörungen zur Folge haben.

Als übergreifende Maßnahme für alle IT-Aktivitäten im Konzern startete im März 2007 die Initiative „IT 2010“. Dieses Programm dient dazu, die konzernweite IT-Strategie umzusetzen. Es umfasst mehrere segmentübergreifende und segmentinterne Initiativen. Der Fokus des Programms liegt im Wesentlichen auf einer Kostenreduzierung sowie auf einer Leistungsverbesserung gegenüber dem Kunden.

Angesichts der hohen Komplexität der IT-Landschaft würden Störungen etwa zwischen neu entwickelten und bereits bestehenden IT-Systemen zu Prozesseinschränkungen und im „Worst Case“ zu Unterbrechungen von Geschäftsprozessen führen.

Das wichtigste IT-Programm des Konzerns umfasst die langfristige Entwicklung und Implementierung einer IP-Plattform, die sowohl Festnetz- als auch Mobilfunkdienste unterstützt. Dies bedeutet, dass die bisherige Netzplattform vollständig durch ein IP-basiertes System ersetzt wird. Bei der Implementierung dieser gemeinsamen IP-Plattform bestehen Risiken, die alle IT-Systeme mit Internetanbindung betreffen. Dazu zählen z. B. Hacker-Angriffe oder

sogenannte Spam Calls. Aufgrund dieser Risiken könnte es zu einer zeitweisen Unterbrechung der Funktionsweise von IT-Ressourcen und damit zu einer Leistungseinschränkung der technischen Infrastruktur kommen.

Auch die von der Deutschen Telekom und ihren Tochtergesellschaften selbst genutzten und im Wettbewerb angebotenen Produkte, Dienstleistungen und IT-/TK-Netze können z. B. durch Hacker-Angriffe, Sabotage, Ausfall der Energieversorgung, Naturkatastrophen, technische Fehler oder andere Ereignisse zeitweise ausfallen oder in ihrer Funktion beeinträchtigt werden. Davon können unter anderem Produkte des Mobilfunks, des Internets, ICT und des Festnetzes, aber auch Serviceleistungen betroffen sein. Diesen Risiken begegnet die Deutsche Telekom mit einer Vielzahl von Maßnahmen. Diese reichen von der Doppelung von Systemen, Schutzsystemen wie Firewalls und Virenskans über regelmäßige technische Netzprüfungen und Gebäudesicherung bis hin zu organisatorischen Vorsorgemaßnahmen. Bei Störungen leiten Frühwarnsysteme automatisierte und manuelle Gegenmaßnahmen ein. Darüber hinaus kommen organisatorische und technische Notfallmaßnahmen zur Schadensminderung zum Einsatz. Betriebsunterbrechungen und Schäden am Anlage- und Umlaufvermögen sind ferner durch konzernweite Versicherungsprogramme gedeckt.

Die jeweiligen IT-/TK-Sicherheitsstandards erfüllt die Deutsche Telekom. Neue Anforderungen setzt der Konzern zeitnah um.

Gesundheit und Umwelt

Elektromagnetische Felder (EMF) werden wiederholt mit möglichen Umwelt- und Gesundheitsbeeinträchtigungen in Zusammenhang gebracht. Die öffentlichen Diskussionen zu diesem Thema sind zum Teil kontrovers. Bestehende Akzeptanzprobleme in der Öffentlichkeit betreffen dabei sowohl Netzwerke als auch die Endgerätenutzung und wirken sich z. B. bei den Tochtergesellschaften der T-Mobile Gruppe insbesondere auf den Ausbau des Mobilfunknetzes aus. Im Segment Breitband/Festnetz tangieren sie den Absatz von schnurlosen DECT-Geräten sowie Endgeräten, die die WLAN-Technologie verwenden. Neben rechtlichen Risiken sind regulatorische Maßnahmen möglich, die die Umsetzung des Vorsorgeprinzips beim Mobilfunk beinhalten.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat erklärt, dass – auf Basis des momentanen wissenschaftlichen Kenntnisstandes – keine bekannten nachteiligen Gesundheitseffekte unterhalb der internationalen Grenzwerte bestehen. Zudem erwartet die WHO auch für die Zukunft keine ernsthaften Gefahren. Sie empfiehlt aber weitergehende Forschung auf Grund bestehender wissenschaftlicher Unsicherheiten.

Ziel der Deutschen Telekom ist es, Unsicherheit in der Bevölkerung durch eine sachliche, wissenschaftlich fundierte und transparente Informationspolitik abzubauen. Das Bestreben des Telekom Konzerns, modernste Technologien anzubieten, umfasst daher auch die Förderung wissen-

schaftlicher Forschung, um mögliche Risiken frühzeitig zu erkennen. Der Deutsche Telekom Konzern engagiert sich unter anderem im „Informationszentrum Mobilfunk“ (IZMF), einer Brancheninitiative der Mobilfunkunternehmen, sowie in der „Forschungsgemeinschaft Funk“ (FGF), die auf dem Gebiet der biologischen Wirkung elektromag-

netischer Felder neutrale Forschung unterstützt. Darüber hinaus hat die T-Mobile Gruppe mit der 2004 beschlossenen EMF-Policy Maßnahmen zur Transparenz, Information, Beteiligung und Forschungsförderung getroffen, die sowohl mögliche rechtliche und regulatorische als auch Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung minimieren sollen.

Einkauf

Als Betreiber und Anbieter von IT-/TK-Produkten arbeitet die Deutsche Telekom mit unterschiedlichen Lieferanten für technische Komponenten (unter anderem Software, Hardware, Übertragungstechnik, Vermittlungs- und Linientechnik, Endgeräte) zusammen. Lieferrisiken lassen sich grundsätzlich nicht ausschließen. So können Lieferengpässe, Preiserhöhungen, veränderte wirtschaftliche Rah-

menbedingungen oder Produktstrategien der Lieferanten negative Folgen für die Geschäftsprozesse und das Ergebnis der Deutschen Telekom haben. Potenziellen Risiken, etwa einem Lieferantenausfall oder Abhängigkeiten von einzelnen Zulieferern, begegnet die Deutsche Telekom mit einer Vielzahl von organisatorischen, vertraglichen und einkaufsstrategischen Vorsorgemaßnahmen.

Rechtsstreitigkeiten

Die Deutsche Telekom ist Partei in mehreren gerichtlichen und außergerichtlichen Verfahren mit Behörden, Wettbewerbern sowie anderen Beteiligten. Von besonderer Bedeutung sind aus Sicht der Deutschen Telekom die nachfolgend aufgeführten Verfahren.

In Deutschland erhoben Aktionäre mehr als 2 000 Klagen gegen die Deutsche Telekom. Diese Aktionäre wollen auf der Grundlage der Prospekte vom 28. Mai 1999 und vom 26. Mai 2000 Aktien der Deutschen Telekom erworben haben. Viele dieser Klagen erheben unter anderem den Vorwurf, dass die Deutsche Telekom den Buchwert des Immobilienvermögens in unzulässiger Weise angesetzt hat. Die Klagen richten sich zum Teil auch gegen die KfW Bankengruppe und/oder die Bundesrepublik Deutschland. Der Gesamtstreitwert der Klagen liegt bei ca. 79 Mio. €. Das Landgericht Frankfurt am Main hat jeweils Vorlagebeschlüsse zum Oberlandesgericht Frankfurt am Main nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG) erlassen. Zudem haben mehrere tausend weitere Anleger Güteverfahren bei der „Öffentlichen Rechtsauskunfts- und Antragsstelle der Freien und Hansestadt Hamburg“ beantragt.

Nach Wirksamkeit der Verschmelzung der T-Online International AG auf die Deutsche Telekom AG am 6. Juni 2006 sind der Deutschen Telekom rund 250 Anträge auf gerichtliche Überprüfung der Angemessenheit des im Verschmelzungsvertrag vom 8. März 2005 festgelegten Umtauschverhältnisses zugestellt worden. Nach dem Umwandlungsgesetz haben ehemalige Aktionäre der T-Online die Möglichkeit, nachträglich eine gerichtliche Überprüfung der Angemessenheit des Umtauschverhältnisses beim Landgericht Frankfurt am Main in einem Spruchverfahren zu beantragen. Sollte in dem Spruchverfahren rechtskräftig festgestellt werden, dass das Umtauschverhältnis für die Aktien der T-Online zu niedrig bemessen war, setzt das Gericht eine bare Zuzahlung fest. Diese müsste die Deutsche Telekom an alle ehemaligen Aktionäre der T-Online zahlen, deren Aktien im Rahmen der Verschmelzung gegen Aktien der Deutschen Telekom getauscht wurden.

In dem Schiedsverfahren der Bundesrepublik Deutschland gegen die Deutsche Telekom AG, die Daimler Financial Services AG und die Toll Collect GbR, an der die Deutsche Telekom zu 45 Prozent beteiligt ist, über Streitigkeiten, die mit dem Mauterhebungssystem zusammenhängen, erhielt die Deutsche Telekom die Klageschrift des Bundes am 2. August 2005. Darin macht der Bund weiterhin den Anspruch auf entgangene Mauteinnahmen in Höhe von ca. 3,5 Mrd. € nebst Zinsen unter anderem wegen Täuschung hinsichtlich der Möglichkeit der Aufnahme des Wirkbetriebs zum 1. September 2003 geltend. Die Summe der geltend gemachten Vertragsstrafen wurde auf ca. 1,65 Mrd. € nebst Zinsen erhöht. Die Vertragsstrafen beruhen auf angeblichen Verletzungen des Betreibervertrags (fehlende Zustimmung zu Unterauftragnehmerverträgen, verspätete Bereitstellung von „On Board-Units“ und Kontrollleinrichtungen). Die Toll Collect GmbH, die gemeinsame Betreibergesellschaft der Deutschen Telekom AG, der Daimler Financial Services AG und der Cofiroute S.A., hat am 25. Mai 2007 Schiedsklage gegen die Bundesrepublik Deutschland unter anderem auf Erteilung der endgültigen Betriebserlaubnis sowie auf Zahlung noch offener Vergütungsansprüche in Höhe von rund 490 Mio. € nebst Zinsen erhoben.

Am 3. Mai 2005 wurde der Deutschen Telekom AG und der T-Mobile International AG & Co. KG (nunmehr T-Mobile International AG) eine Klage der Vivendi SA (vormals Vivendi Universal S.A., im Folgenden Vivendi genannt) zugestellt. Vivendi behauptet, dass die Beklagten unrechtmäßig Verhandlungen über die Übernahme eines 48 Prozent-Anteils an der Polska Telefonia Cyfrowa Sp. z o.o. (PTC) abgebrochen haben, um diese Anteile dann zu einem niedrigeren Preis zu erlangen. Der Streitwert wird mit ca. 2,27 Mrd. € beziffert. Die Klage ist vor dem Handelsgericht Paris anhängig. Im Zusammenhang mit dem Streit um die Anteile an der PTC stehen eine Vielzahl weiterer Klagen und Schiedsverfahren.

Am 13. April 2006 hat Vivendi Schiedsklage unter anderem gegen die Deutsche Telekom AG, T-Mobile International AG & Co. KG (nunmehr T-Mobile International AG), T-Mobile Deutschland GmbH, T-Mobile Poland Holding Nr. 1 B.V. bei einem Internationalen Schiedsgericht nach den Regeln der Internationalen Handelskammer in Paris (Schiedsort Genf) eingereicht. Die Klage ist auf die Feststellung gerichtet, dass am oder vor dem 29. März 2006

zwischen den Beteiligten ein mündlicher Vertrag unter anderem zur Beilegung der Rechtsstreite um die Beteiligung an der PTC zustande gekommen sei oder vorvertragliche Pflichten verletzt worden seien. Vivendi verlangt die Erfüllung des Vertrages oder Schadensersatz.

Am 23. Oktober 2006 hat Vivendi eine Klage unter anderem gegen die Deutsche Telekom AG, die T-Mobile USA, Inc., die T-Mobile International AG und die T-Mobile Deutschland GmbH beim US District Court in Seattle, Washington State eingebracht, mit der Behauptung, die Beklagten hätten sie in unrechtmäßigem Zusammenwirken um ihre angeblichen PTC-Anteile gebracht. Die Klage stützt sich auf den „Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act“ (RICO Act). Vivendi verlangt in der Klage unter anderem Schadensersatz in Höhe von ca. 7,5 Mrd. US-Dollar. Das Gericht entscheidet zunächst darüber, ob es die Klage zur Entscheidung annimmt. Mit dieser Entscheidung rechnet die Deutsche Telekom im Frühjahr 2008.

Am 19. Oktober 2005 wurde der Deutschen Telekom nach vorangegangenem Mahnverfahren eine Schadensersatzklage der telegate AG in Höhe von ca. 86 Mio. € nebst Zinsen zugestellt. Die telegate begründet ihre Klage mit angeblich überhöhten Preisen der Deutschen Telekom für die Überlassung der Teilnehmerdaten zwischen 1997 und 1999. Damit hätten der telegate AG nicht ausreichende Mittel für Marketingmaßnahmen zur Verfügung gestanden, so dass der geplante Marktanteil nicht erreicht werden konnte. Ebenfalls am 19. Oktober 2005 wurde der Deutschen Telekom wiederum nach vorangegangenem Mahnverfahren eine Schadensersatzklage des Herrn Dr. Harisch in Höhe von ca. 329 Mio. € nebst Zinsen zugestellt. Herr Dr. Harisch begründet seine Klage damit, dass wegen der angeblich überhöhten Preise für die Überlassung der Teilnehmerdaten zwischen 1997 und 1999 mehrfach der Eigenkapitalanteil der telegate AG signifikant abgesunken sei, so dass Kapitalerhöhungsmaßnahmen erforderlich gewesen seien. Hierzu hätten Herr Dr. Harisch und ein weiterer Gesellschafter Anteile aus ihrem Aktienbestand abgeben müssen, ihr verbliebener Aktienbestand sei dadurch verwässert worden. Der Kläger macht nunmehr einen um ca. 283 Mio. € erhöhten Schaden geltend. Der Streitwert hat sich dadurch auf ca. 612 Mio. € erhöht.

Die Arcor AG & Co. KG begehrt mit einer am 19. Januar 2006 zugestellten Klage Schadensersatz in Höhe von ca. 223 Mio. € wegen einer angeblichen Preis-Kosten-Schere zwischen Vorleistungspreisen und Endkundenpreisen. Der Rechtsstreit ist bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung der europäischen Gerichte in einem für die Anspruchsbegründung entscheidenden Bußgeldverfahren ausgesetzt.

Am 31. Oktober 2005 hat der Satellitenbetreiber Eutelsat die Deutsche Telekom AG, die T-Systems Business Services GmbH und die SES Société Européenne des Satellites S.A. auf ca. 142 Mio. € Schadensersatz ver-

klagt. Die Klägerin stützt ihren Klageanspruch auf eine angebliche vertragliche Pflichtverletzung. Die Klage ist vor dem Handelsgericht Paris anhängig. Zwischenzeitlich hat Eutelsat die Klage gegenüber SES zurückgenommen. Eine Anhörung hat am 22. Januar 2008 stattgefunden, ohne dass an diesem Termin in der Sache verhandelt wurde. Das Gericht hat der Gegenseite erneut Gelegenheit zu einer Stellungnahme bis zum 4. März 2008 eingeräumt.

Die Deutsche Telekom beabsichtigt im übrigen, sich in jedem dieser Gerichts-, Güte- und Schiedsverfahren entschieden zu verteidigen bzw. ihre Ansprüche zu verfolgen.

Finanzwirtschaftliche Risiken

 ber ihre Tochtergesellschaft Deutsche Telekom International Finance B.V. begibt das Unternehmen zur mittel- bis langfristigen Finanzierung hauptsächlich Anleihen (Bonds und Medium Term Notes (MTN)), jeweils in unterschiedlichen Währungen und Rechtsrahmen.

Die Deutsche Telekom AG sieht sich finanzwirtschaftlichen Risiken vor allem im Hinblick auf Liquiditätsrisiken, Ausfallrisiken, Währungs- und Zinsrisiken ausgesetzt:

- **Währungs-, Zinsänderungs- und Preisrisiken.** Diese Risiken werden gemäß den Vorgaben in der Treasury-Richtlinie abgesichert. Derivative Finanzinstrumente werden ausschließlich als Sicherungsinstrument genutzt. Angaben über die Nominal- und Marktwerte dieser Instrumente sind in Ziffer [29] des Anhangs zum Jahresabschluss enthalten.
- **Ausfallrisiken.** Die Deutsche Telekom ist aus ihrem operativen Geschäft und aus bestimmten Finanzierungstätigkeiten einem Ausfallrisiko ausgesetzt. Zur Minderung des Ausfallrisikos werden Sicherungsgeschäfte grundsätzlich nur mit führenden Finanzinstituten mit einem Kredit-Rating von mindestens BBB+/Baa1 abge-

schlossen und einem laufenden Bonit tsmanagement unterzogen. Mit einigen Banken bestehen Collateral-Vereinbarungen zur Sicherung von Instrumenten mit positivem Marktwert. Im operativen Geschäft werden die Außenstände bereichsbezogen, dezentral überwacht. Ausfallrisiken werden mittels Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt.

- **Liquiditätsrisiko.** Um die jederzeitige Zahlungsfähigkeit und die finanzielle Flexibilität der Deutschen Telekom sicherzustellen, wird eine Liquiditätsreserve in Form von Kreditlinien und Barmitteln vorgehalten. Zum 31. Dezember 2007 wurden der Deutschen Telekom und ihren Tochtergesellschaften Kreditlinien mit einem Gesamtvolumen von 17,4 Mrd. € von 29 Banken zur Verfügung gestellt. Die bilateralen Kreditverträge haben eine Laufzeit von 36 Monaten und können jeweils nach 12 Monaten um weitere 12 Monate auf wiederum 36 Monate prolongiert werden. Durch über das Jahr verteilte Fälligkeiten wurde eine signifikante Reduzierung des Prolongationsrisikos erreicht. Das Risiko eines erschwerten Kapitalmarktzugangs auf Grund von Rating-Verschlechterungen sch tzt die Deutsche Telekom als gering ein.

Werthaltigkeit des Vermögens der Deutschen Telekom

Der Wert des Vermögens der Deutschen Telekom und deren Tochterunternehmen wird regelmäßig überprüft. Das Ergebnis der Deutschen Telekom AG kann hierdurch

in erheblichem Umfang gemindert werden; dies könnte den Kurs der T-Aktie und der ADS belasten.

Aktienverkäufe des Bundes bzw. der KfW Bankengruppe

Zum 31. Dezember 2007 hielt der Bund zusammen mit der KfW Bankengruppe rund 31,7 Prozent, die Blackstone Group 4,4 Prozent der Anteile an der Deutschen Telekom. Am 24. April 2006 erwarb die Blackstone Group von der KfW Bankengruppe Anteile am Grundkapital der Deutschen Telekom. Die in diesem Zusammenhang zwischen der KfW Bankengruppe und Blackstone vereinbarte einjährige Ausschlussfrist für weitere Verkäufe der T-Aktie durch die KfW Bankengruppe lief im April 2007 aus. Die darüber hinaus vereinbarte zweijährige Haltefrist für die erworbenen T-Aktien durch die Blackstone Group läuft im April 2008 aus.

Es ist nicht auszuschließen, dass der Bund seine Privatisierungspolitik fortführt und sich von weiteren Beteiligungen kapitalmarktgerecht und unter Einbeziehung der KfW Bankengruppe trennt – unter anderem auch von Anteilen an der Deutschen Telekom AG. Die KfW hat 2003 eine Umtauschanleihe herausgegeben, die am 8. August 2008

fällig wird. Umtauschanleihen sind Schuldtitel, die der Gläubiger während einer vorher festgelegten Periode zu einem vorher festgelegten Wandlungspreis in Aktien einer anderen Gesellschaft, im Falle der beschriebenen KfW-Umtauschanleihe in Namensaktien der Deutschen Telekom AG, umtauschen kann. Bei Überschreitung des Wandlungspreises darf und bei Ausübung des Wandlungsrechts durch die Anleihegläubiger muss die KfW die ihr angebotenen Anleihen in Aktien der Deutschen Telekom AG umtauschen. Bei Fälligkeit der Anleihen hat die KfW das Recht, die Anleihen mit Aktien der Deutschen Telekom zurückzuzahlen. Das Volumen der Anleihe beträgt 5 Mrd. €, der Wandlungspreis beträgt 17,526 €.

Für die Deutsche Telekom besteht das Risiko, dass die Veräußerungen von Telekom Anteilen durch den Bund oder die KfW Bankengruppe in größerem Umfang bzw. entsprechende Spekulationen am Markt den Aktienkurs der Deutschen Telekom Aktie kurzfristig negativ beeinflussen.

Gesamtrisikosituation

Die Einschätzung der Gesamtrisikosituation ist das Ergebnis der konsolidierten Betrachtung aller wesentlichen Risikofelder bzw. Einzelrisiken. Trotz des hohen Wettbewerbs- und Preisdrucks, der regulatorischen Rahmenbedingungen sowie der großen Herausforderungen bei der Servicequalität und beim Personalumbau hat sich die Gesamtrisikosituation gegenüber dem Vorjahr nicht grundlegend verändert. Aus heutiger Sicht ist der Bestand des Unternehmens nicht gefährdet.

Das Langfrist-Rating der Deutschen Telekom war gegenüber 2006 bei allen drei Rating-Agenturen unverändert A- bzw. A3. Fitch hat im Mai 2007 den Ausblick von „stabil“ auf „negativ“ verändert. Eine Verschlechterung des Ratings der Deutschen Telekom unter definierte Schwellwerte hat höhere Zinsen bei einem Teil der emittierten Bonds und Medium Term Notes zur Folge.

Die Chancen des Unternehmens.

Aus der Vielzahl der Chancen werden nachfolgend einige für die Gesellschaft besonders wichtige Punkte hervorgehoben.

Im Gegensatz zu den in vielen Bereichen weitgehend gesättigten Märkten Deutschlands und Westeuropas bieten neben dem Hauptwachstumstreiber T-Mobile USA insbesondere auch die aufstrebenden Länder Mittel- und Osteuropas noch beträchtliche Wachstumschancen für die Tochtergesellschaften der Deutschen Telekom. Aufgrund der starken Präsenz des Konzerns in Mittel- und Osteuropa

können die Deutsche Telekom und ihre Tochtergesellschaften von dieser Entwicklung besonders stark profitieren.

Erhebliche Chancen ergeben sich für die Deutsche Telekom auch auf dem Gebiet innovativer Produktbündel und Konvergenzprodukte. Als Muttergesellschaft eines großen integrierten Telekommunikationskonzerns kann die Deutsche Telekom nicht nur Substitutionsrisiken eher begegnen als spezialisierte Anbieter, sondern auch neue Produktbündel wie etwa Triple Play oder Quadruple Play realisieren. Chancenpotenziale liegen für die Deutsche

Telekom darüber hinaus in den großen Branchentrends wie Konvergenz, insbesondere auf IP-Basis, IPTV und mobiles Internet sowie Multi Access IP Value Added Services (Partizipation am stark wachsenden Online-Werbemarkt).

Ansatzpunkte für erfolgversprechende Produkte und Dienste resultieren außerdem aus sozialen, gesellschaftlichen und ökologischen Erfordernissen, wie einem modernisierten Gesundheitswesen, effizientem Klimaschutz, altersgerechter Mobilität, bürgernaher Verwaltung, mobilem Arbeiten oder der transparenten Warenrückverfolgbarkeit (z. B. Commodity Online Services). Insbesondere IP-basierte Lösungen und der Einsatz von RFID ermöglichen neue Geschäftsmodelle, die den Ressourcenverbrauch sowie auch die ökologischen und sozialen Kosten senken können. Die Deutsche Telekom leistet damit zusätzlich einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung des Gemeinwesens.

Mit Projekten wie „T-City“ stellt der Konzern Deutsche Telekom seine Leistungsfähigkeit unter Beweis. Er demonstriert seine Servicequalität in Verbindung mit modernster Vernetzungstechnologie und macht zahlreiche Produkte konkret erlebbar. Außerdem erhöhen deutlich verbesserte Standortfaktoren für mittelständische Unternehmen das Umsatzpotenzial für die Deutsche Telekom. So lässt sich etwa der DSL-Ausbau durch Kooperationen mit Gemeinden auch auf bisher nicht erschlossene Regionen ausweiten und damit das Marktpotenzial vergrößern.

Neben den produkt- und projektbezogenen Chancen besteht insbesondere in der deutlichen Verbesserung des Kundenservices wesentliches Chancenpotenzial für die Deutsche Telekom.

8 Nachtragsbericht.

Bild.T-Online veräußert

Die Deutsche Telekom AG hat ihre Anteile am Joint Venture Bild.T-Online.de (Bild.T-Online.de AG & Co. KG) in Höhe von 37 Prozent mit Wirkung zum 3. Januar 2008 an den bisheri-

gen Joint Venture Partner Axel Springer AG veräußert. Die Übernahme der Gesellschaftsanteile steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch das Kartellamt.

9 Sonstige Angaben.

Schlussklärung des Vorstands zum Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Da die Bundesrepublik Deutschland als Anteilseigner der Deutschen Telekom AG mit ihrer Minderheitsbeteiligung auf Grund der durchschnittlichen Hauptversammlungspräsenz eine sichere Hauptversammlungsmehrheit repräsentiert, ist ein Abhängigkeitsverhältnis der Deutschen Telekom gegenüber der Bundesrepublik Deutschland nach § 17 Abs. 1 AktG begründet.

Ein Beherrschungs- oder Gewinnabführungsvertrag der Deutschen Telekom mit der Bundesrepublik Deutschland besteht nicht. Der Vorstand der Deutschen Telekom hat

daher gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt. Der Vorstand hat am Ende des Berichts folgende Erklärung abgegeben: „Der Vorstand erklärt, dass die Gesellschaft nach den Umständen, die dem Vorstand zu dem Zeitpunkt bekannt waren, zu dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Maßnahmen im Interesse oder auf Veranlassung des herrschenden Unternehmens oder der mit ihm verbundenen Unternehmen sind nicht getroffen und auch nicht unterlassen worden“.

Erklärung nach § 161 AktG zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Telekom AG haben die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene

Erklärung abgegeben und den Aktionären auf der Internetseite der Deutschen Telekom AG zugänglich gemacht.

10 Ausblick.⁵

Konjunkturerwartung

Nach Prognose der sechs führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute („Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose“) in ihrem Herbstgutachten für das Bundeswirtschaftsministerium wird die Weltkonjunktur an Schwung verlieren. Dies schlägt sich in einer leicht rückläufigen Zuwachsrates der weltweiten Produktion nieder. Die Korrektur am Immobilienmarkt in den USA wird sich weiter fortsetzen und der private Konsum in den USA an Dynamik verlieren. Der starke Euro wird das konjunkturelle Wachstum im Euroraum dämpfen, auch

in Großbritannien und Japan ist ein verringertes Expansionsstempo zu erwarten.

Für Deutschland rechnet das Institut für Weltwirtschaft in Kiel für das Jahr 2008 mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsproduktes von nur noch 1,9 Prozent nach 2,6 Prozent im Jahr 2007. Dabei wird die konjunkturelle Entwicklung im Wesentlichen durch die Inlandsnachfrage gestützt.

Markterwartung

Die Entwicklung auf den inländischen Absatzmärkten ist für die Deutsche Telekom weiterhin geprägt von den

harten Wettbewerbsbedingungen und dem Preisverfall im gesamten Telekommunikationsmarkt.

Konsequenzen für die Unternehmenssteuerung

Die Deutsche Telekom begegnet dem anhaltenden technologischen Wandel und dem harten Wettbewerb auf ihren Absatzmärkten mit gezielten Maßnahmen. Wesentliche Schritte sind:

- Verbesserungen der Servicekultur und -prozesse, Investitionen in künftige Produktfelder und Vereinfachung der auf Zielgruppen zugeschnittenen Angebotspalette und Preismodelle, mit dem Ziel der nachhaltigen Absicherung bestehender Kundenbeziehungen sowie zur Gewinnung von Neukunden.
- Kostensenkungsmaßnahmen und weitere Rationalisierungsinvestitionen in kosteneffizientere IP-Netze.
- Weiterführung der Maßnahmen zur Anpassung der Personalstruktur. Der dafür erforderliche Personalabbau erfolgt über den Einsatz sozialverträglicher und freiwilliger Instrumente wie Altersteilzeit, Abfindungen und vorzeitigen Ruhestand.
- Sinnvolle Konsolidierungen in heutigen Präsenzmärkten, aber auch Engagements außerhalb der Märkte, in denen der Deutsche Telekom Konzern derzeit agiert, um internationale Größenvorteile und Synergien zu nutzen.
- Starke Partizipation an Markttrends durch Förderung von innovativen Eigenentwicklungen oder – falls erforderlich – durch Partnerschaften.

⁵ Der Ausblick enthält vorausschauende Aussagen über künftige Entwicklungen, die auf aktuellen Einschätzungen des Managements beruhen. Wörter wie „antizipieren“, „annehmen“, „glauben“, „einschätzen“, „erwarten“, „beabsichtigen“, „können/könnten“, „planen“, „projizieren“, „sollten“, „wollen“ und ähnliche Begriffe kennzeichnen vorausschauende Aussagen. Diese vorausschauenden Aussagen enthalten Aussagen zur erwarteten Entwicklung in Bezug auf Umsatzerlöse, Ergebnis und Personalzahlen für die Jahre 2008 und 2009. Solche Aussagen sind gewissen Risiken und Unsicherheiten unterworfen. Beispiele hierfür sind ein konjunktureller Abschwung in Europa oder Nordamerika, Veränderungen der Wechselkurse und Zinssätze, der Ausgang von Streitigkeiten, an denen die Deutsche Telekom beteiligt ist, sowie wettbewerbs- und ordnungspolitische Entwicklungen. Einige Unsicherheitsfaktoren oder andere Unwägbarkeiten, die die Fähigkeit, die Ziele zu erreichen, beeinflussen können, werden im Kapitel „Risiko- und Chancenmanagement“ im Lagebericht sowie unter der Überschrift „Forward-Looking Statements“, „Risk Factors“ im Jahresbericht nach Form 20-F und im „Haftungsausschluss“ am Ende des Geschäftsberichts beschrieben. Sollten diese oder andere Unsicherheitsfaktoren und Unwägbarkeiten eintreten oder sich die den Aussagen zugrunde liegenden Annahmen als unrichtig erweisen, könnten die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den in diesen Aussagen genannten oder implizit zum Ausdruck gebrachten Ergebnissen abweichen. Die Deutsche Telekom garantiert nicht, dass sich ihre vorausschauenden Aussagen als richtig erweisen. Die hier enthaltenen vorausschauenden Aussagen basieren auf der aktuellen Unternehmensstruktur, wobei unter Umständen noch zu beschließende Akquisitionen, Veräußerungen oder Unternehmenszusammenschlüsse unberücksichtigt bleiben. Diese Aussagen werden in Hinblick auf die Gegebenheiten am Tag der Veröffentlichung dieses Dokuments getroffen. Die Deutsche Telekom hat – unbeschadet bestehender kapitalmarktrechtlicher Verpflichtungen – weder die Absicht noch übernimmt sie eine Verpflichtung, vorausschauende Aussagen laufend zu aktualisieren.

Alle Maßnahmen basieren auf der Strategie „Konzentrieren und gezielt wachsen“. Das Finanzmanagement der Deutschen Telekom stellt – trotz der aktuell eingeschränkten Refinanzierungsmöglichkeiten auf Grund der Immobilienkrise in den USA – die konsequente Umsetzung dieser

Strategie sicher. Diese trägt nachhaltig zur positiven Umsatz- und Ergebnisentwicklung und zur Sicherung des Cash-Flow bei. Sie unterstützt damit das Bestreben der Deutschen Telekom, ihren Aktionären auch künftig eine attraktive Dividende zu bieten.

**Breitbandgeschäft/
Festnetz**

Das traditionelle Festnetzgeschäft wird auch künftig durch Marktanteilsverluste auf Grund des unvermindert intensiven Wettbewerbs durch alternative Teilnehmer- und Kabelnetzbetreiber, Reseller sowie Mobilfunksubstitution gekennzeichnet sein. Auch die Einführung von All-IP wird das Geschäftsjahr 2008 prägen. Zusätzlich ist mit einem Preisverfall auf Grund regulatorischer Vorgaben und wettbewerbsbedingter Preissenkungen zu rechnen. Im Breitbandgeschäft wird die Deutsche Telekom ihre Marktführerschaft verteidigen. Mit den Entertain-Produkten beabsichtigt die Deutsche Telekom, in Deutschland den Massenmarkt zu erschließen. Mit einer Qualitäts- und Service-Offensive richtet das operative Segment Breitband/Festnetz seinen Fokus 2008 auf die Sicherung und Verteidigung des Kerngeschäfts mit Sprachtelefonie und Netzzugang sowie der Marktführerschaft im Breitbandgeschäft. Hinzu kommt die konsequente Ausrichtung auf

Wachstumsthemen mit neuen Produkten, wie z. B. die Einführung eines innovativen IP-Anschlusses, der den Kunden viele zusätzliche Funktionen wie etwa Video-telefonie bietet.

Unter den zugrunde liegenden Annahmen erwartet die Deutsche Telekom eine Verlangsamung des rückläufigen Umsatz- und Ergebnistrends.

Im Jahr 2008 treibt die Deutsche Telekom den Ausbau der Highspeed-Netzinfrastruktur weiter voran. Der Ausbau erfolgt jedoch nur, wenn unter Betrachtung des regulatorischen Umfelds und der Wirtschaftlichkeit eine solche Investition sinnvoll erscheint. Neben dem Ausbau der Highspeed-Netzinfrastruktur sind für das Jahr 2008 weitere Investitionen in die Netzabdeckung und Leistungsfähigkeit der bestehenden IP-Netzinfrastruktur geplant.

**Konzernzentrale &
Shared Services**

Das Ergebnis der Deutschen Telekom AG wird ferner durch die Entwicklung des innerhalb der Legaleinheit Deutsche Telekom AG organisierten Bereichs der Vivento beeinflusst. Auf Grund der veränderten Marktbedingungen muss die Personalstruktur der Deutschen Telekom AG weiter umgebaut werden. Mit dem Know-how der Vivento wird im Jahr 2008 daher der Schwerpunkt auf den Aufbau eines Kapazitätsmanagements gelegt, in dessen Rahmen ex-

terne Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere im öffentlichen Sektor und damit vornehmlich für die Beamten des Konzerns geschaffen werden sollen. Diese Maßnahme sowie die Zentralisierung von Funktionen, die im Rahmen konsequent fortgeführter Kostensenkungsmaßnahmen zur Realisierung zukünftiger Effizienzgewinne durchgeführt werden, werden das Ergebnis im Jahr 2008 belasten.

**Gesamtaussage
zur Geschäfts-
entwicklung**

Trotz der vorgenannten Effekte, wie z. B. der Markt- und Konjunkturerwartung sowie der sich hieraus ergebenden Konsequenzen für die Unternehmenssteuerung, geht die

Deutsche Telekom AG auch weiterhin von einem Jahresüberschuss aus.

Jahresabschluss der Deutschen Telekom AG.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007.

	Ziffer des Anhangs	2007 Mio. €	2006 Mio. €
Umsatzerlöse	[1]	19 442	20 936
Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	[2]	345	415
Gesamtleistung		19 787	21 351
Sonstige betriebliche Erträge	[3]	3 899	3 642
Materialaufwand	[4]	(6 298)	(4 893)
Personalaufwand	[5]	(6 258)	(8 477)
Abschreibungen	[6]	(3 783)	(3 730)
Sonstige betriebliche Aufwendungen	[7]	(7 653)	(7 800)
Finanzergebnis	[8]	(3 669)	(637)
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		(3 975)	(544)
Außerordentliches Ergebnis	[9]	17 264	1 844
Steuern	[10]	(5)	151
Jahresüberschuss		13 284	1 451
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		37	559
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen		-	1 858
Aufwand aus der Einziehung von Aktien		-	(708)
Ertrag aus der Kapitalherabsetzung		-	161
Einstellungen in die Kapitalrücklage		-	(161)
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		(6 642)	-
Bilanzgewinn	[11]	6 679	3 160

Bilanz zum 31. Dezember 2007.

	Ziffer des Anhangs	31.12.2007 Mio. €	31.12.2006 Mio. €
AKTIVA			
Anlagevermögen [12]			
Immaterielle Vermögensgegenstände		750	753
Sachanlagen		20 353	22 406
Finanzanlagen		81 789	65 460
		102 892	88 619
Umlaufvermögen			
Vorräte	[13]	147	127
Forderungen	[14]	3 349	4 388
Sonstige Vermögensgegenstände	[15]	695	1 132
Wertpapiere	[16]	286	284
Flüssige Mittel	[17]	593	1 325
		5 070	7 256
Rechnungsabgrenzungsposten [18]			
		539	286
		108 501	96 161
PASSIVA			
Eigenkapital [19]			
Gezeichnetes Kapital	[20]	11 165	11 164
Bedingtes Kapital 632 Mio. €			
Kapitalrücklage	[21]	26 646	26 628
Gewinnrücklagen	[22]	15 900	9 258
Bilanzgewinn		6 679	3 160
		60 390	50 210
Rückstellungen			
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	[24]	2 643	3 510
Steuerrückstellungen	[25]	288	391
Sonstige Rückstellungen	[26]	5 431	4 558
		8 362	8 459
Verbindlichkeiten [27]			
Finanzverbindlichkeiten		4 933	2 847
Übrige Verbindlichkeiten		34 768	34 619
		39 701	37 466
Rechnungsabgrenzungsposten			
		48	26
		108 501	96 161

Anhang.

Grundlagen und Methoden.

Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Die Deutsche Telekom AG⁶ (im Nachfolgenden auch Deutsche Telekom oder Gesellschaft genannt) ist das Mutterunternehmen des gleichnamigen Konzerns und tritt als Anbieter von Telekommunikationsdiensten am Markt auf. Zu den Hauptgeschäftsbereichen gehören Netzkommunikation, Datenkommunikation, Carrier Services und Mehrwertdienste. Außerdem liefert, vermietet und wartet die Deutsche Telekom Endgeräte.

Die Geschäftseinheiten der Deutschen Telekom AG sind dabei ausschließlich dem operativen Segment Breitband/Festnetz sowie dem operativen Segment Group Headquarters & Shared Services (GHS) zuzuordnen.

Innerhalb des operativen Segments Breitband/Festnetz bietet die Gesellschaft Privat- und kleinen Geschäftskunden mittels moderner Netzinfrastruktur klassische

Festnetzleistungen, breitbandige Internetanschlüsse sowie innovative Multimedia-Services an. Darüber hinaus betreibt die Gesellschaft das Geschäft mit den nationalen und internationalen Netzbetreibern (Carrier Services) sowie das Geschäft mit Wiederverkäufern (Wholesale einschließlich Resale). Weiterhin erbringt sie TK-Vorleistungen für die anderen operativen Segmente des Konzerns.

Das operative Segment GHS innerhalb der Gesellschaft übernimmt die strategischen und segmentübergreifenden Steuerungsaufgaben (Konzernzentrale) und die Wahrnehmung aller sonstigen operativen Aufgaben, die weder rechtlich eigenständigen Gesellschaften zugeordnet sind noch unmittelbar im Zusammenhang mit dem Kerngeschäft der operativen Segmente des Konzerns stehen (Shared Services).

Beschreibung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland (Bund)

Die Gesamtbeteiligung des Bundes an der Deutschen Telekom betrug zum Ende des Berichtsjahres 31,7 Prozent, wovon dem Bund gemäß § 16 Abs. 4 AktG 16,9 Prozent über die KfW Bankengruppe (KfW) zuzurechnen sind. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich keine Veränderungen der Beteiligungsverhältnisse ergeben. Die der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost zugewiesene Aufgabe der Wahrnehmung der Aktionärsrechte für den Bund entfiel durch eine Neufassung des Bundesanstalt Post-Gesetzes im Dezember 2005. Diese Aufgabe wird seitdem vom Bundesministerium der

Finanzen wahrgenommen. Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Bundesnetzagentur (BNetzA)) ist eine selbstständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, die am 13. Juli 2005 aus der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) hervorgegangen ist. Die Bundesnetzagentur führt unter anderem die Aufsicht über den Telekommunikationssektor in Deutschland und reguliert in diesem Rahmen die unternehmerische Tätigkeit der Deutschen Telekom.

Vergleichbarkeit mit Vorjahreszahlen auf Grund der strategischen Neuausrichtung

In der Berichtsperiode wurden bereits im Vorjahr angekündigte Maßnahmen zur strategischen Neuausrichtung der Gesellschaft umgesetzt. Diese Maßnahmen führten im Berichtsjahr im Wesentlichen zu den im Folgenden genannten strukturellen Veränderungen:

Im Wege der Einzelrechtsnachfolge wurden die Bereiche Kundenservice, Technischer Kundendienst und Netzproduktion zum 25. Juni 2007 in drei rechtlich selbstständige

Tochtergesellschaften (im Folgenden auch als Servicegesellschaften bezeichnet) eingebracht und übertragen. Diese Gesellschaften firmieren unter der Bezeichnung Deutsche Telekom Kundenservice GmbH (DT KS), Deutsche Telekom Technischer Service GmbH (DT TS) und Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH (DT NP).

Darüber hinaus ergaben sich strukturelle Veränderungen durch die Einbringung des Telefonauskunftsdienstes der

⁶ Die Deutsche Telekom wurde am 2. Januar 1995 unter der Firma Deutsche Telekom AG in das Handelsregister beim Amtsgericht Bonn (Nr. HRB 6794) eingetragen.

Deutschen Telekom in die PrimeSeek GmbH und deren anschließende Verschmelzung auf die Plinius Telekommunikationsdienste GmbH zum 31. Juli 2007 mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. August 2007. Des Weiteren wurden die im Teilbetrieb „Kundenniederlassung Spezial“ betriebenen Call-Center-Standorte an die Tochtergesellschaft Vivento Customer Services GmbH zum 1. September 2007 veräußert. Ebenfalls mit Wirkung zum 1. September 2007 wurde das Ressort „Produktion und Richtfunk“ (PRF) der

Deutschen Telekom an einen konzernexternen Erwerber, die Ericsson Transmission Germany GmbH, veräußert.

Die Vorjahreszahlen wurden auf Grund der vorgenannten Einbringungen, Übertragungen und Veräußerungen nicht angepasst. Soweit deren Auswirkungen wesentlich und für ein besseres Verständnis erforderlich sind, werden sie bei der Erläuterung der einzelnen Bilanz- und GuV-Posten gesondert dargestellt.

Grundlagen der Bilanzierung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Deutschen Telekom werden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung. Abweichend zum Vorjahr wird der Jahresabschluss nicht mehr um die freiwilligen Bestandteile einer Kapitalflussrechnung und einer Eigenkapitalentwicklungsrechnung ergänzt.

Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen den Gliederungsvorschriften der §§ 266 und 275 HGB, wobei die Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 275 Abs. 2 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert ist.

Der Jahresabschluss der Deutschen Telekom sowie der Konzernabschluss der Deutschen Telekom werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und sind ferner über die Internetseite des Unternehmensregisters zugänglich.

Der Ausweis erfolgt in Millionen Euro (€). Soweit zur Verbesserung der Klarheit und Übersichtlichkeit in Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst werden, erfolgt ein getrennter Ausweis im Anhang. In Übereinstimmung mit den internationalen Gepflogenheiten beginnt die Berichterstattung mit der

Der auf Grund der Notierung der Deutschen Telekom Aktie an der New York Stock Exchange bei der SEC eingereichte Jahresbericht „Annual Report on Form 20-F“ kann zusätzlich zum Geschäftsbericht bei der Deutschen Telekom AG, Bonn, Investor Relations, angefordert werden bzw. auf der Webseite www.telekom.com eingesehen werden.

Bilanzierung und Bewertung

Die **Umsatzerlöse** enthalten alle Erlöse, die aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Deutschen Telekom resultieren. Darunter fallen z. B. Erlöse aus unternehmens-typischen Dienstleistungen und aus dem Verkauf von unternehmenstypischen Erzeugnissen und Waren. Die Umsatzerlöse werden ohne Umsatzsteuer ausgewiesen und sind um Erlösschmälerungen gekürzt. Sie werden periodengerecht nach dem Realisationsprinzip erfasst.

Forschungs- und Entwicklungskosten werden im Zeitpunkt ihres Entstehens als Aufwand erfasst.

Sie beinhalten vor allem Erlöse aus klassischen Festnetzleistungen, Erlöse aus festen monatlichen Internetgrundgebühren, Erlöse aus Komplettangeboten für Telefonie und breitbandigen Internetzugang sowie nutzungsabhängigen Entgelten und Erlöse aus dem Verkauf, der Vermietung und Wartung von Telekommunikations- und Internet-einrichtungen.

Die **Aufwendungen für die Altersversorgung** umfassen Aufwendungen im Rahmen der Dotierung der Pensionsrückstellungen für die beschäftigten Arbeitnehmer und Aufwendungen für die laufenden Zahlungen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation (BPS-PT) für die beschäftigten Beamten. Die Aufwendungen für die Dotierung der Pensionsrückstellungen stellen sich als Differenz aus dem zu Beginn und am Ende des Geschäftsjahres ermittelten Teilwert der Verpflichtungen dar.

Das bei der Bewertung der Rückstellungen angewandte Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG zielt dabei auf eine gleichmäßige Aufwandsverteilung über die gesamte Dienstzeit ab, bei der die erwarteten Renten- und Gehaltssteigerungen außer Ansatz bleiben.

Marketingaufwendungen werden im Zeitpunkt ihres Entstehens als Aufwand gebucht.

Die **Aufwendungen für Ertragsteuern** beinhalten die unmittelbar zu entrichtenden Steuern vom Einkommen und vom Ertrag. Die Deutsche Telekom übt das Wahlrecht zur Bildung aktiver latenter Steuern gemäß § 274 Abs. 2 HGB nicht aus.

Entgeltlich erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** werden mit ihren Anschaffungskosten bewertet und planmäßig über die jeweilige Nutzungsdauer abgeschrieben.

In der Eröffnungsbilanz der Deutschen Telekom sind in Ausübung des durch die Postreform II gewährten Wahlrechts die am 1. Januar 1995 auf die Deutsche Telekom übergegangenen Vermögensgegenstände des **Sachanlagevermögens** mit ihren Verkehrswerten angesetzt worden. Dabei wurden wegen ihrer Nähe zum Bewertungsstichtag bei den ab 1. Januar 1993 zugegangenen Sachanlagen deren Restbuchwerte zum 31. Dezember 1994 als Anschaffungs- oder Herstellungskosten zum Ansatz gebracht. Die Restnutzungsdauern und die Abschreibungsmethode für diese Vermögensgegenstände werden unverändert fortgeführt. Die in der Eröffnungsbilanz angesetzten Werte gelten seitdem als die Anschaffungs- oder Herstellungskosten dieser Sachanlagen.

Im Übrigen wird das Sachanlagevermögen zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Dabei umfassen die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagen neben den direkt zurechenbaren Kosten auch anteilige Material- und Fertigungsgemeinkosten.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung.

Die planmäßigen Abschreibungen werden grundsätzlich linear vorgenommen. Die dabei zugrunde gelegten betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern richten sich nach den steuerlichen Abschreibungstabellen.

Abweichend davon werden die nach dem 1. Januar 2006 zugegangenen beweglichen Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens in der Handelsbilanz im steuerlich höchstzulässigen Umfang degressiv abgeschrieben; der Übergang zur linearen Methode erfolgt, sobald diese zu höheren Abschreibungen führt.

Im Einzelnen liegen den planmäßigen Abschreibungen folgende Nutzungsdauern zugrunde:

	Jahre
Gebäude	25 bis 50
Ladeneinbauten und Schaufensteranlagen	8
Einrichtungen der Fernsprechkabine und Endeinrichtungen	3 bis 10
Datenübermittlungseinrichtungen, Telefonnetz- und ISDN-Vermittlungseinrichtungen, Übertragungseinrichtungen, Funkeinrichtungen	4 bis 10
Liniennetze, Kabelkanallinien	15 bis 35
Fernmeldestromversorgungseinrichtungen	10
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 20

Die Zugänge zu Immobilien und beweglichen Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens werden ab dem Zugangsjahr pro rata temporis abgeschrieben.

Vermögensgegenstände von geringem Wert (steuerrechtlich: Geringwertige Wirtschaftsgüter) werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben und im Anlagenspiegel als Abgang ausgewiesen.

Wartungs- und Reparaturkosten werden im Entstehungszeitpunkt verursachungsgemäß als Aufwand erfasst.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden bei Verkauf oder sonstigem Abgang mit ihren jeweiligen Buchwerten (Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich der kumulierten Abschreibungen) ausgebucht. In Höhe des Unterschieds zwischen dem Verkaufserlös und dem Buchwert des Vermögensgegenstands wird ein Gewinn oder Verlust aus Anlageabgang ergebniswirksam berücksichtigt.

Die **Beteiligungen** sowie die **übrigen Finanzanlagen** werden zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Bei Beteiligungserwerben in Fremdwährung wird bei Ermittlung der Anschaffungskosten der Tageskurs und bei Kurssicherungen der Sicherungskurs der im vorhinein beschafften Devisen zugrunde gelegt. Die Ausleihungen entsprechen den gewährten Darlehensbeträgen, vermindert um Tilgungen und – soweit erforderlich – vermindert um Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert. Außerplanmäßige Abschreibungen werden auf Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung durchgeführt.

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie **Waren** werden zu Anschaffungskosten, die **unfertigen Leistungen** zu Herstellungskosten bewertet. Die Herstellungskosten enthalten auf Basis einer planmäßigen Kapazitätsauslastung die direkt zurechenbaren Einzelkosten wie Material- und Lohnkosten sowie Sondereinzelkosten der Fertigung zuzüglich angemessener anteiliger Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie Abschreibungen. Die Verwaltungs- und Vertriebskosten sowie Aufwendungen für soziale Einrichtungen des Betriebs, für freiwillige soziale Leistungen und die betriebliche Altersversorgung werden in den Herstellungskosten nicht berücksichtigt. Vorräte werden zum Abschlussstichtag abgewertet, wenn die Wiederbeschaffungskosten oder der Marktwert niedriger sind. Bestandsrisiken, die sich aus der Lagerdauer bzw. verminderter Verwertbarkeit ergeben, werden durch angemessene Abschläge berücksichtigt.

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände, flüssige Mittel und **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** werden zum Nennbetrag angesetzt. Einzelrisiken werden durch angemessene Wertberichtigungen, das allgemeine

Ausfallrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung auf den Forderungsbestand berücksichtigt. Niedrig- bzw. unverzinsliche Positionen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden abgezinst.

Die **Wertpapiere des Umlaufvermögens** werden zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren Börsenkurs am Abschlussstichtag bewertet.

Kassenbestände in Fremdwährung werden zum Stichtagskurs umgerechnet. Forderungen und die sonstigen unter den flüssigen Mitteln ausgewiesenen Beträge in Fremdwährung werden zum Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles angesetzt bzw. mit dem zum Bilanzstichtag niedrigeren Stichtagskurs. Für Guthaben bei Kreditinstituten (ohne Festgelder) wird hierfür der Geldkurs verwendet, für Festgelder der Mittelkurs aus Geld- und Briefkurs.

Aktienoptionen betreffen so genannte Equity Settled-Pläne, die im Rahmen einer bedingten Kapitalerhöhung ausgegeben wurden. Sie werden bilanziell im Zeitpunkt der Optionsausübung und nicht im Zeitpunkt der Zusage erfasst. Zum Ausübungszeitpunkt wird der der Gesellschaft zufließende Betrag gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB in Höhe des anteiligen Betrags der ausgegebenen Anteile am Grundkapital in das gezeichnete Kapital und in Höhe des darüber hinausgehenden Betrags in die Kapitalrücklage eingestellt. Dagegen wird der Mid-Term Incentive Plan (MTIP 2004, 2005, 2006 und 2007) als so genannter Cash Settled-Plan ab dem Zeitpunkt seines Inkrafttretens ergebniswirksam berücksichtigt. Der anteilig zurückzustellende und als Aufwand zu erfassende Betrag wird nach dem Monte Carlo-Modell berechnet.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** ergeben sich aus den Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern (ohne Beamte). Die Rückstellungen werden durch ein versicherungsmathematisches Gutachten ermittelt. Dabei erfolgt die Berücksichtigung der mittelbaren und unmittelbaren Verpflichtungen entsprechend § 6a EStG mit dem steuerlichen Teilwert. Liegt bei mittelbaren Zusagen die Höhe der Verpflichtungen unterhalb des zugewiesenen Vermögens, erfolgt keine Aktivierung des überschießenden Teilbetrages.

Als Rechnungsgrundlage für die Ermittlung der Verpflichtungen dienen die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Steuerrückstellungen sowie die **sonstigen Rückstellungen**, einschließlich solcher für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften und für Umweltrisiken, werden nach den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ermittelt. Bei der Bemessung dieser Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken angemessen Rechnung getragen.

Aufwandsrückstellungen werden bei Vorliegen einer Passivierungspflicht nach § 249 Abs. 1 HGB gebildet. Dies gilt insbesondere bei Rückstellungen für im Geschäftsjahr unterlassene, jedoch innerhalb der ersten 3 Monate des folgenden Geschäftsjahres nachgeholte Instandhaltungen.

Mit Ausnahme der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, weiterer personalbezogener Rückstellungen, der Rückstellung für die Unterdeckung der Postbeamtenkrankenkasse sowie der Rückstellung aus dem Schuldbeitritt für Pensionen und Altersteilzeit erfolgt keine Abzinsung von Rückstellungsbeträgen.

Verbindlichkeiten werden zum Nennwert oder zum höheren Rückzahlungsbetrag bilanziert. In den Fällen, in denen der Rückzahlungsbetrag einer Verbindlichkeit höher ist als der Ausgabebetrag, wird der Unterschiedsbetrag in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und pro rata temporis über die Laufzeit der Verbindlichkeit erfolgswirksam verteilt. Verbindlichkeiten und sonstige Finanzverbindlichkeiten in Fremdwährung werden zum Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles oder mit dem zum Bilanzstichtag höheren Stichtagskurs bilanziert. Für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, soweit es sich nicht um Zinsverbindlichkeiten handelt, wird hierfür der Briefkurs verwendet, für Zinsverbindlichkeiten und sonstige Verbindlichkeiten (ohne sonstige Finanzverbind-

lichkeiten) wird der Mittelkurs aus Geld- und Briefkurs zum Bilanzstichtag verwendet.

Entsprechend dem Imparitätsprinzip werden Bewertungsverluste aus originären und derivativen Finanzinstrumenten sofort aufwandswirksam berücksichtigt. Werden Finanzinstrumente zu Bewertungseinheiten – Grund- und Sicherungsgeschäft – zusammengefasst, so erfolgt zum Stichtag pro Portfolio eine Bewertung zum beizulegenden Zeitwert abzüglich Stückzinsen. Bei Finanzinstrumenten, die Teil einer Bewertungseinheit sind und sich nicht auf Vorfälligkeitsentschädigungen beziehen, wird der die positiven Marktwerte übersteigende Bewertungsverlust durch eine Drohverlustrückstellung erfolgswirksam berücksichtigt. Bewertungsgewinne werden erst zum Zeitpunkt ihrer Realisierung ertragswirksam erfasst.

Vorfälligkeitsentschädigungen, die konzernintern in der Regel in Form von Zinsswaps vereinbart werden, entstehen aus von der Deutschen Telekom vorzeitig getilgten Krediten. Bewertungseinheiten, die sich auf Vorfälligkeitsentschädigungen beziehen, haben den Charakter einer Forderung bzw. einer Verbindlichkeit. Daher werden sie erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert zum Abschlussdatum als Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bilanziert. Die Amortisation der Forderungen bzw. Verbindlichkeiten erfolgt linear pro rata temporis.

Die Abrechnungserfolge aus ausgelaufenen Sicherungsgeschäften bei rollierender Sicherung (Prolongationserfolge) wurden bis zum Beginn des Berichtsjahrs bei der Folgebewertung der gesicherten Grundgeschäfte berücksichtigt. Ab dem Berichtsjahr werden solche Prolongationserfolge separat als sonstige Vermögensgegenstände bzw. als sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Ermessensspielräume

Bei der Aufstellung des Abschlusses muss die Gesellschaft Einschätzungen vornehmen und Annahmen treffen, welche die Ansätze der Vermögensgegenstände und Schulden, die Angabe von Risiken und Unsicherheiten bezüglich der angesetzten Vermögensgegenstände

und Schulden zum Stichtag des Abschlusses sowie die Aufwendungen und Erträge für den Berichtszeitraum beeinflussen. Die tatsächlichen Ergebnisse können von diesen Einschätzungen abweichen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.

[1] Umsatzerlöse

Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereich.

	2007 Mio. €	2006 Mio. €
Breitband/Festnetz	19 442	20 936

Die **Umsatzerlöse** im operativen Segment Breitband/Festnetz verringerten sich um 1,5 Mrd. € auf 19,4 Mrd. €. Wesentliche Ursache hierfür waren geringere Verbindungsumsätze auf Grund von Anschlussverlusten im Bereich Schmalband, die sich insbesondere durch den Wechsel von Kunden zu Wettbewerbern (wie z. B.

Kabelnetzbetreibern), die Mobilfunksubstitution und die Einführung von preisgünstigen Komplettpaketen erklären. Darüber hinaus ist der Umsatzrückgang auch auf Preis- und Mengeneffekte bei den Netzzugangsentgelten (Interconnection-Leistungen) und im Breitbandmarkt zurückzuführen. Die gesunkenen Marktpreise führten ebenfalls zu einem Umsatzrückgang im Geschäft mit den Konzerngesellschaften. Mengenbedingte Zuwächse bei den gemieteten Teilnehmeranschlüssen (TAL) und eine steigende Nachfrage nach Komplettangeboten konnten die Umsatzverluste nur teilweise kompensieren.

Umsatzerlöse nach Regionen.

	2007 Mio. €	2006 Mio. €
Inland	18 839	20 369
Ausland	603	567
	19 442	20 936

Die im Ausland erzielten Umsatzerlöse resultieren sämtlich aus dem Bereich International Carrier Sales & Solutions (ICSS).

[2] Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen

	2007 Mio. €	2006 Mio. €
Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen	9	11
Andere aktivierte Eigenleistungen	336	404
	345	415

Der Rückgang der anderen aktivierten Eigenleistungen gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf die Gründung der Servicegesellschaften zurückzuführen. Seit dem zweiten Halbjahr 2007 bezog die Deutsche Telekom zuvor selbst erbrachte Leistungen zum Ausbau der Netzinfrastruktur nunmehr von der DT NP und der DT TS. Gegenläufig wirkte sich im Berichtsjahr der Anstieg der in die Aktivierung einbezogenen Kosten aus.

[3] Sonstige betriebliche Erträge

	2007 Mio. €	2006 Mio. €
Kostenweiterverrechnungen/ -erstattungen	1 343	637
Erträge aus Mieten und Pachten	688	737
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	440	586
Währungskursgewinne	338	416
Erträge aus Anlageabgängen	267	198
Erträge aus Nebengeschäften	187	155
Erträge aus Derivaten	178	140
Erträge aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens	73	199
Erträge aus der Forderungsbewertung	60	28
Erträge aus Versicherungsentschädigungen	51	39
Bonifikationen aus Asset-Backed- Securitization	45	125
Erträge aus der Ausbuchung von Verbindlichkeiten	32	105
Übrige Erträge	197	277
	3 899	3 642

Die Erträge aus Kostenweiterverrechnungen/-erstattungen beinhalten Erträge aus der Weiterberechnung von Personalkosten in Höhe von 849 Mio. € (Vorjahr: 405 Mio. €) und Erträge aus der Weiterberechnung von sonstigen Kosten in Höhe von 494 Mio. € (Vorjahr: 232 Mio. €). Von den im Berichtsjahr weiterbelasteten Personalkosten entfallen 505 Mio. € auf die Verrechnung von Personalaufwendungen für zugewiesene Beamte gegenüber den Servicegesellschaften. Die Erträge aus der Weiterberechnung von sonstigen Kosten enthalten insbesondere Erträge aus der Verrechnung von Verwaltungskosten in Höhe von 327 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €), von denen 270 Mio. € auf die Servicegesellschaften entfallen.

Die Miet- und Pachterträge resultieren aus der Nutzungsüberlassung von Grundstücken und Gebäuden, die von der GMG Generalmietgesellschaft mbH, Münster, an die Deutsche Telekom vergütet wurden. Der Rückgang der Mieterträge gegenüber dem Vorjahr ist dabei insbesondere auf den durch Veräußerungen gesunkenen Immobilienbestand zurückzuführen.

Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen betreffen mit 126 Mio. € eine Teilauflösung der im Vorjahr gebildeten Rückstellung für den vorzeitigen Ruhestand von Beamten, die auf Grund einer mit dem Bundesministerium für Finanzen neu abgestimmten Berechnungsmethode im Zusammenhang mit den Erstattungsleistungen an den BPS-PT vorgenommen wurde. Darüber hinaus wurden sonstige Personalarückstellungen in Höhe von 111 Mio. € aufgelöst. Davon entfielen 30 Mio. € auf die Auflösung von Altersteilzeitrückstellungen, die durch den Eintritt von Beamten in den vorzeitigen Ruhestand und die damit zusammenhängende vorzeitige Beendigung von Altersteilzeitverträgen zurückzuführen sind.

Die Währungskursgewinne resultieren im Wesentlichen aus den bei Fälligkeit von ausgereichten bzw. aufgenommenen Darlehen realisierten Währungskurseffekten (232 Mio. €), der Bewertung der Zinsen (54 Mio. €), der Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (14 Mio. €) sowie der Bankkonten (11 Mio. €).

Die Erträge aus Anlageabgängen betreffen mit 214 Mio. € (Vorjahr: 153 Mio. €) Erträge aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden sowie mit 23 Mio. € (Vorjahr: 19 Mio. €) den Abgang technischer Anlagen. Die Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen in Höhe von 30 Mio. € (Vorjahr: 23 Mio. €) betreffen im Wesentlichen die Veräußerung der Anteile an der Sireo Real Estate GmbH (26 Mio. €).

Die Erträge aus Derivaten stammen mit 175 Mio. € im Wesentlichen aus währungskursbedingten Effekten von Devisenderivaten.

Von den Erträgen aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens entfallen im Berichtsjahr 72 Mio. € auf Wertaufholungen bei den Immobilien. Im Vorjahresbeitrag war eine Zuschreibung des Beteiligungsbuchwertes an der Toll Collect GmbH, Berlin, von 108 Mio. € enthalten.

Der periodenfremde Anteil der sonstigen betrieblichen Erträge beträgt 555 Mio. €. Sie ergaben sich insbesondere aus der Auflösung von Rückstellungen (185 Mio. €), den Erträgen aus Abgängen des Sachanlagevermögens (267 Mio. €) sowie der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen (60 Mio. €).

[4] **Materialaufwand**

	2007 Mio. €	2006 Mio. €
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	153	193
Bezogene Waren	472	442
	625	635
Aufwendungen für bezogene Leistungen		
Netzzugangsentgelte Inland	1 709	1 924
Netzzugangsentgelte Ausland	640	567
Sonstige Leistungen	3 324	1 767
	5 673	4 258
	6 298	4 893

Der Materialaufwand ist im Geschäftsjahr insgesamt um 1,4 Mrd. € auf 6,3 Mrd. € angestiegen, was hauptsächlich auf den Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen zurückzuführen ist. Dabei entfällt ein Anstieg in Höhe von 1,6 Mrd. € auf den Leistungsbezug von den Servicegesellschaften. Diese Aufwendungen umfassen unter anderem Aufwendungen für Service- und Kundendienstleis-

tungen in Form von Montage- und Entstörleistungen, Erbringung von Replacement-Services für Endgeräte, Baugruppen und Komponenten, Call-Center-Leistungen sowie den Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen. Darüber hinaus erhöhten sich die Aufwendungen für die Netzzugangsentgelte im Ausland um 73 Mio. € im Wesentlichen auf Grund gestiegener Terminierungsleistungen.

Des Weiteren erhöhten sich die Aufwendungen für den Energiebezug um 28 Mio. €, die durch die verstärkte Nutzung des ausgebauten Glasfasernetzes und der Breitbandtechnologie VDSL sowie durch die gestiegenen Energiepreise verursacht wurden.

Gegenläufig hierzu entwickelten sich die Aufwendungen für Netzzugangsentgelte im Inland mit einem Rückgang von 215 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Der Rückgang ist dabei zum einen auf eine regulierungsbedingte Preissenkung für Terminierungsentgelte durch die Bundesnetzagentur und zum anderen auf einen durch die angespannte Wettbewerbssituation auf dem inländischen Markt verursachten Mengentrückgang bei den Terminierungsleistungen zurückzuführen. Darüber hinaus verminderten sich die Aufwendungen für die Rechnungserstellung (Billing-Kosten) um 141 Mio. €.

[5] Personalaufwand/
Beschäftigte

	2007 Mio. €	2006 Mio. €
Löhne und Gehälter	4 837	6 667
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
Aufwendungen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V.	782	860
Soziale Abgaben	253	454
Aufwendungen für Alters- versorgung der Arbeitnehmer (ohne Beamte)	264	367
Aufwendungen für Unterstützung	122	129
	1 421	1 810
	6 258	8 477

Der Personalaufwand ging gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Mrd. € auf 6,3 Mrd. € zurück, wobei ein Anteil von 1,8 Mrd. € auf den Rückgang der Löhne und Gehälter sowie ein Anteil von 389 Mio. € auf die Sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung entfällt.

Der Rückgang der Löhne und Gehälter ist dabei hauptsächlich auf den Rückgang der laufenden Arbeitsentgelte zurückzuführen. Durch den Übergang von Arbeitsverhältnissen auf die Servicegesellschaften ergab sich dabei ein Rückgang in Höhe von 715 Mio. €. Der durch umgesetzte Personalanpassungsmaßnahmen bedingte Rückgang der Mitarbeiteranzahl führte darüber hinaus zu einem zusätzlichen Rückgang der laufenden Aufwendungen. Ebenfalls trugen die im Vorjahresvergleich geringeren Aufwendungen für Personalanpassungsmaßnahmen in Höhe von 1,7 Mrd. € (Vorjahr: 2,3 Mrd. €) sowie die um 125 Mio. € geringeren Aufwendungen aus Zuführungen zu Alterszeitrückstellungen zu einem Rückgang der Lohn- und Gehaltsaufwendungen bei.

Im Rahmen der Altersversorgung für Beamte hat die Deutsche Telekom bis zum Geschäftsjahr 2000 eine unternehmenseigene Unterstützungskasse unterhalten, die durch den notariell beurkundeten Vertrag vom 7. Dezember 2000 mit den Unterstützungskassen der Deutschen Post AG und der Deutschen Postbank AG zu der gemeinsamen Versorgungskasse Bundes-Pensions-

Service für Post und Telekommunikation e.V. (BPS-PT) verschmolzen wurde. Der Verein wurde am 11. Januar 2001 rückwirkend zum 1. Juli 2000 im Vereinsregister eingetragen. Sitz des BPS-PT ist Bonn. Diese gemeinsame Versorgungskasse wird arbeitsteilig tätig und übernimmt dazu für den Bund treuhänderisch die Finanzverwaltung im Rahmen der Altersversorgung. Für die Unternehmen Deutsche Post AG, Deutsche Postbank AG und Deutsche Telekom AG wird das gesamte Auszahlungsgeschäft der Versorgungs- und Beihilfeleistungen ausgeübt. Nach den Vorschriften des Postneuordnungsgesetzes (PTNeuOG) erbringt der BPS-PT Versorgungs- und Beihilfeleistungen an im Ruhestand befindliche Mitarbeiter und deren Hinterbliebene, denen aus einem Beamtenverhältnis Versorgungsleistungen zustehen.

Nach dem PTNeuOG gleicht der Bund Unterschiedsbeträge zwischen laufenden Zahlungsverpflichtungen des BPS-PT einerseits und laufenden Zuwendungen der Postnachfolgeunternehmen oder den Vermögenserträgen andererseits auf geeignete Weise aus und gewährleistet, dass der BPS-PT jederzeit in der Lage ist, die gegenüber seinen Trägerunternehmen übernommene Verpflichtung zu erfüllen. Soweit der Bund danach Leistungen an den BPS-PT erbringt, kann er von der Deutschen Telekom keine Erstattung verlangen.

Die Höhe der Zahlungsverpflichtungen der Deutschen Telekom an den BPS-PT ist in § 16 Postpersonalrechtsgesetz geregelt. Die Deutsche Telekom ist gesetzlich verpflichtet, seit dem Jahr 2000 einen jährlichen Beitrag in Höhe von jeweils 33 Prozent der Bruttobezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltsfähig beurlaubten Beamten an den BPS-PT zu leisten, der als laufender Aufwand des betreffenden Jahres erfasst wird; im Berichtsjahr sind dies 772 Mio. € (Vorjahr: 842 Mio. €). Die im Vergleich zum Vorjahr rückläufigen Aufwendungen sind vor allem auf Grund der Inanspruchnahme der Regelung zum vorzeitigen Ruhestand für Beamte entstanden, die zu einem Rückgang der Zahl der beschäftigten aktiven Beamten führt.

Der Rückgang der Aufwendungen für Soziale Abgaben und der Aufwendungen für die Altersversorgung der Arbeitnehmer ergab sich im Wesentlichen auf Grund des gesunkenen Mitarbeiterbestands.

Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten (FTE) entwickelte sich wie folgt:

	2007 Anzahl	2006 Anzahl
Beamte	38 265	42 969
Arbeitnehmer	31 675	58 869
	69 940	101 838
Auszubildende/Praktikanten	10 391	10 216

Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten sank im Geschäftsjahr 2007 in der Hauptsache auf Grund des geschilderten Übergangs von Arbeitsverhältnissen an die neu gegründeten Servicegesellschaften. Darüber hinaus führten Personalanpassungsmaßnahmen und die natürliche Fluktuation zu einem weiteren Rückgang der Beschäftigtenzahlen gegenüber dem Vorjahr.

[6] **Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen**

	2007 Mio. €	2006 Mio. €
Planmäßige Abschreibungen		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	315	313
Abschreibungen auf Sachanlagen	3 187	3 197
	3 502	3 510
Außerplanmäßige Abschreibungen		
gemäß § 253 Abs. 2 S. 3 HGB	281	220
	3 783	3 730

Die im Berichtsjahr angefallenen planmäßigen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände entfallen mit 289 Mio. € im Wesentlichen auf Software-Lizenzen (Vorjahr: 292 Mio. €).

Von den planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen entfallen im Berichtsjahr unter anderem auf Gebäude 260 Mio. € (Vorjahr: 280 Mio. €), auf das fernmeldetechnische Liniennetz 1,4 Mrd. € (Vorjahr: 1,2 Mrd. €) und auf die Übertragungs- und Vermittlungstechnik 1,4 Mrd. € (Vorjahr: 1,5 Mrd. €). Die planmäßigen Abschreibungen des Berichtsjahres sanken damit trotz rückläufigem Investitionsvolumen nur geringfügig unter das Vorjahresniveau. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, dass die Neuinvestitionen der degressiven Abschreibung unterliegen, während die vor dem 1. Januar 2006 angeschafften und beweglichen Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens linear abgeschrieben werden.

Von den außerplanmäßigen Abschreibungen des Berichtsjahres entfielen 241 Mio. € auf Wertberichtigungen von Gebäuden sowie Grund und Boden, die zur Veräußerung bestimmt sind bzw. deren betriebliche Nutzung nicht mehr vorgesehen ist.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens werden im Finanzergebnis erfasst (vgl. Ziffer [8]).

[7] **Sonstige betriebliche Aufwendungen**

	2007 Mio. €	2006 Mio. €
Marketingaufwendungen	1 562	1 455
Miet- und Pacht aufwendungen einschließlich Leasing	1 303	1 659
Instandhaltung	611	705
IT-Support	610	899
Verluste aus Anlageabgängen	564	89
Forschung und Entwicklung	510	589
Rechts- und Beratungskosten	398	487
Währungskursverluste	379	502
Aufwendungen aus Derivaten	274	165
Sonstige Personalnebenkosten	224	255
Aufwendungen aus der Forderungsbewertung	200	259
Aufwendungen aus Schuldbei- tritt für Pensionen und Altersteilzeit	181	0
Reinigung, Transport und Bewachung	93	18
Zeitarbeit	69	34
Reisekosten	50	70
Porto und Frachtdienst	36	40
Versicherungen	35	36
Übrige Aufwendungen	554	538
	7 653	7 800

Der Anstieg der Marketingaufwendungen ist im Wesentlichen auf die an die Deutsche Telekom Kundenservice GmbH entrichteten Provisionszahlungen für die Neukundengewinnung (72 Mio. €) zurückzuführen. Ferner führte die Vermarktungsoffensive „Max07“ und die Einführung von Entertain zu einem Anstieg der Aufwendungen gegenüber der Vorperiode.

Der Rückgang der Miet- und Pacht aufwendungen (einschließlich Leasing) resultiert im Wesentlichen aus der per 1. Januar 2007 erfolgten Absenkung der Mieten für Technikobjekte durch die Generalmietgesellschaft mbH (GMG). Darüber hinaus hat die Gründung der Servicegesellschaften zu einem Rückgang der zu entrichtenden Mieten für Gebäude und Fahrzeuge um 119 Mio. € gegenüber dem Vorjahr geführt.

Gegenüber dem Vorjahr war ein preis- und mengenbedingter Rückgang der Aufwendungen für Instandhaltungen und der Aufwendungen für IT-Support um 94 Mio. € bzw. 189 Mio. € zu verzeichnen. Dabei ist bei den Aufwen-

dungen für Instandhaltung ein Rückgang von 94 Mio. € und bei den Aufwendungen für IT-Support ein Rückgang von 81 Mio. € auf die Gründung der Servicegesellschaften zurückzuführen.

Die im Berichtsjahr entstandenen Verluste aus Anlageabgängen resultieren im Wesentlichen aus der Veräußerung der Beteiligungen an der T-Online Telecommunications Spain S.A.U. und der T-Online France S.A.S. (insgesamt 443 Mio. €). Ferner entstanden Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen in Höhe von 111 Mio. € (Vorjahr: 84 Mio. €), von denen 44 Mio. € (Vorjahr: 30 Mio. €) den Abgang von Immobilienvermögen betreffen.

Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung werden im Wesentlichen durch die Entwicklung von Software und neuen Produkten sowie die Verbesserung der Netzinfrastruktur verursacht.

Die Aufwendungen für Rechts- und Beratungskosten umfassen insbesondere Kosten für Managementberatung im Zusammenhang mit Unternehmenskäufen und -verkäufen, Kosten für die Rechtsberatung einschließlich der Zuführung zu Rückstellungen für Prozessrisiken sowie Kosten für die Jahresabschlussstellung und -prüfung.

Die Währungskursverluste resultieren im Wesentlichen aus den bei Fälligkeit von ausgereichten bzw. aufgenommenen Darlehen realisierten Währungskurseffekten (198 Mio. €), der Bewertung der konzerninternen Verrechnungskonten (64 Mio. €), der Zinsen (53 Mio. €), der Bankkonten (31 Mio. €) sowie der Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (19 Mio. €).

Der gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnende Anstieg der Aufwendungen aus Derivaten um 109 Mio. € auf 274 Mio. € ist im Wesentlichen mit währungskursbedingten Effekten von Devisenderivaten und mit der Bildung von Drohverlustrückstellungen zu begründen.

Die im laufenden Jahr entstandenen Aufwendungen für sonstige Personalnebenkosten in Höhe von 224 Mio. € enthalten insbesondere Aufwendungen für Weiterbildung (62 Mio. €) und Aufwendungen für die Verwaltungskostenumlage an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (52 Mio. €).

Die Aufwendungen aus Schuldbeitritt für Pensionen und Altersteilzeit entstanden im Zusammenhang mit der Gründung der Servicegesellschaften. Für die mit dem Betriebsübergang rechtlich übertragenen Pensions- und Alterszeitverpflichtungen erklärte die Deutsche Telekom mit Schuldbeitritt und Erfüllungsübernahme vom 22. Juni 2007 deren wirtschaftliche Übernahme gegenüber den Servicegesellschaften. Die in diesem Zusammenhang gebildete Rückstellung für die wirtschaftlich übernommenen Pensionsverpflichtungen wurde dabei nach vernünftiger kauf-

männischer Beurteilung in Höhe der nach IAS 19 ermittelten DBO auf den Stichtag bewertet, woraus ein Aufwand in Höhe von 108 Mio. € entstand. Weitere Aufwendungen entstanden aus der laufenden Zuführung zu den oben genannten Rückstellungen.

Von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen 111 Mio. € auf die periodenfremden Aufwendungen. Sie resultieren in voller Höhe aus den Abgängen des Sachanlagevermögens.

[8] Finanzergebnis

	2007 Mio. €	2006 Mio. €
Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen 279 Mio. € (Vj.: 77 Mio. €)	281	86
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen davon aus Steuerumlagen (1) Mio. € (Vj.: 0 Mio. €)	634	2 919
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	(2 930)	(1 198)
Beteiligungsergebnis	(2 015)	1 807
Erträge aus anderen Wert- papieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon aus verbundenen Unternehmen 46 Mio. € (Vj.: 32 Mio. €)	46	35
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen 89 Mio. € (Vj.: 155 Mio. €)	189	273
Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen 1,5 Mrd. € (Vj.: 1,8 Mrd. €)	(1 844)	(2 160)
Zinsergebnis	(1 609)	(1 852)
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	(45)	(592)
	(3 669)	(637)

Die **Erträge aus Beteiligungen** ergeben sich hauptsächlich aus Gewinnausschüttungen der HT-Hrvatske telekomunikacije d.d., Zagreb (182 Mio. €), der Slovak Telekom,

a.s., Bratislava (75 Mio. €) und der Deutsche Telekom International Finance B.V., Amsterdam (11 Mio. €).

Die im Berichtsjahr vereinnahmten **Erträge aus Gewinnabführungsverträgen** resultieren im Wesentlichen von der DFMG Holding GmbH, Bonn (189 Mio. €), der MagyarCom Holding GmbH, Bonn (177 Mio. €) und der DeTeMedien, Deutsche Telekom Medien GmbH, Frankfurt am Main (94 Mio. €). Im Vergleich zum Vorjahr ist der Rückgang der Erträge aus Gewinnabführungen im Wesentlichen auf die durch einen Sondereinfluss bedingte Verlustübernahme der T-Mobile International AG, Bonn, zurückzuführen.

Die **Aufwendungen aus Verlustübernahmen** betreffen hauptsächlich die T-Systems Enterprise Services GmbH, Frankfurt am Main (TS-ES, 792 Mio. €), die T-Mobile International AG, Bonn (504 Mio. €), die Vivento Technical Services GmbH, Bonn (VTS, 360 Mio. €), die Deutsche Telekom Kundenservice GmbH, Bonn (328 Mio. €), die T-Systems Business Services GmbH, Bonn (313 Mio. €), die Vivento Customer Services GmbH, Bonn (VCS, 222 Mio. €), die Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH, Bonn (184 Mio. €) und die Deutsche Telekom Technischer Service GmbH, Bonn (111 Mio. €). Die Verlustübernahmen von der TS-ES, der VTS und der VCS stiegen gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen auf Grund von Sondereinflüssen an. Dazu zählen unter anderem die Veräußerung von sieben Call-Center-Standorten der VCS und ein Betriebsübergang der VTS zu der Nokia Siemens Networks Services Deutschland GmbH & Co. KG. Die Verluste der Servicegesellschaften sind zum Teil auf die in den Gesellschaften gebildeten Rückstellungen für Ausgleichszahlungen, die die Anpassung der Gehälter auf ein wettbewerbsfähigeres Niveau sozialverträglich abfedern, zurückzuführen.

Das negative **Zinsergebnis** resultiert im Wesentlichen aus Zinsen auf Darlehen, die der Deutschen Telekom AG von der Deutschen Telekom International Finance B.V., Amsterdam, gewährt werden.

Die **Abschreibungen auf Finanzanlagen** betrafen im Wesentlichen Abschreibungen auf Beteiligungen an der

„T-Online.at“ Internet Service GmbH, Wien (20 Mio. €) und Ausleihungen an die Atrada Trading Network AG, Nürnberg (12 Mio. €). Im Vorjahresbetrag waren Aufwendungen aus der Wertberichtigung des Beteiligungsbuchwerts der MagyarCom Holding GmbH, Bonn, in Höhe von 511 Mio. € enthalten.

[9] Außerordentliches Ergebnis

Im Berichtsjahr wurde die T-Mobile International Holding GmbH auf ihre Tochtergesellschaft T-Mobile International AG verschmolzen (Downstream Merger), wodurch die Deutsche Telekom AG nunmehr eine unmittelbare Beteiligung an der T-Mobile International AG hält. Die Ermittlung der Anschaffungskosten dieser Beteiligung

erfolgte nach den handelsrechtlichen Tauschgrundsätzen durch die Bewertung der untergegangenen Anteile der T-Mobile International Holding GmbH mit ihrem Zeitwert, woraus ein steuerfreier außerordentlicher Ertrag in Höhe von 17,3 Mrd. € entstand.

[10] Steuern

	2007 Mio. €	2006 Mio. €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		
Ertragsteuern	17	177
Erträge aus Steuerumlagen	4	1
	21	178
<hr/>		
Sonstige Steuern	(26)	(27)
	(5)	151

Im Jahr 2007 sind weder ein positives zu versteuerndes Einkommen noch ein positiver Gewerbeertrag angefallen. Daher ergibt sich für das Berichtsjahr kein laufender Ertragsteueraufwand. Der im Berichtsjahr entstandene Steuerertrag entfällt auf Vorjahre.

Die Sonstigen Steuern setzen sich im Wesentlichen aus Grundsteueraufwendungen zusammen.

[11] Überleitung vom Jahresüberschuss zum Bilanzgewinn

Der im Geschäftsjahr erzielte Jahresüberschuss beträgt 13,3 Mrd. €. Der Vorstand der Deutschen Telekom hat gemäß § 58 Abs. 2 AktG die Hälfte des Jahresüberschusses (6,6 Mrd. €) in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Zusammen mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 37 Mio. € ergibt sich damit ein Bilanzgewinn in Höhe von 6,7 Mrd. €.

Erläuterungen zur Bilanz.

[12] Anlagevermögen

Das **Sachanlagevermögen** hat sich im Berichtsjahr auf Grund plan- und außerplanmäßiger Abschreibungen, eines gegenüber den Abschreibungen niedrigeren Investitionsvolumens, Immobilienverkäufen und konzerninterner Übertragungen von Sachanlagen um insgesamt 2,0 Mrd. € verringert.

Die Abschreibungen, einschließlich der außerplanmäßigen Abschreibungen, des laufenden Geschäftsjahres betreffen mit 501 Mio. € Immobilien und mit 2,9 Mrd. € die Technischen Anlagen und Maschinen. Davon entfallen auf die Anlagen der Übertragungs- und Vermittlungstechnik 1,4 Mrd. € und auf die Anlagen des fernmeldetechnischen Liniennetzes ein Betrag von 1,4 Mrd. € (vgl. Ziffer [6]).

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen beliefen sich im Geschäftsjahr 2007 auf insgesamt 1,8 Mrd. € (Vorjahr: 2,1 Mrd. €). Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit betraf die Übertragungstechnik und das fernmeldetechnische Liniennetz, wobei im Berichtsjahr Zugänge bei der Übertragungstechnik in Höhe von 715 Mio. € (Vorjahr: 756 Mio. €) sowie dem fernmeldetechnischen Liniennetz mit 685 Mio. € (Vorjahr: 633 Mio. €) erfasst wurden. Dagegen verringerten sich die Zugänge der im Bau befindlichen technischen Anlagen und Maschinen auf 289 Mio. € (Vorjahr: 483 Mio. €).

Die Einbringung von Sacheinlagen in die Deutsche Telekom Kundenservice GmbH (DT KS), die Deutsche Telekom Technischer Service GmbH (DT TS), die Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH (DTNP) und die PrimeSeek GmbH führte ebenso wie die Veräußerung des Teilbetriebs „Kunden-niederlassung Spezial“ an die Vivento Customer Services GmbH zu einem Abgang von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen mit einem Restbuchwert von 100 Mio. €, der sich aus historischen Anschaffungskosten in Höhe von 338 Mio. € und kumulierten historischen Abschreibungen in Höhe von 238 Mio. € zusammensetzt.

Das **Finanzanlagevermögen** stieg im Berichtsjahr um 16,3 Mrd. € auf 81,8 Mrd. € an. Dieser Anstieg entfiel vor allem auf die Anteile an verbundenen Unternehmen.

Der Anstieg bei den **Anteilen an verbundenen Unternehmen** ist hauptsächlich auf die im Berichtsjahr durchgeführte Verschmelzung der T-Mobile International Holding GmbH auf die T-Mobile International AG zurückzuführen (Downstream Merger). Die Bewertung der im Wege des Anteilstausches erworbenen Anteile erfolgte auf der Grundlage der handelsrechtlichen Tauschgrundsätze und führte zu zusätzlichen Anschaffungskosten in Höhe von 17,3 Mrd. € (vgl. Ziffer [9]). Darüber hinaus führten die Gründungen der Deutsche Telekom Technischer Service GmbH, der Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH, der Deutsche Telekom Kundenservice GmbH und der PrimeSeek GmbH zu einem Anstieg dieser Position um insgesamt 93 Mio. €. Auf Grund der Veräußerung der Anteile an der T-Online France S.A.S. und der T-Online Telecommunications Spain S.A.U. verminderten sich dagegen die Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von 1,2 Mrd. €.

Die **Ausleihungen an verbundene Unternehmen** bestehen im Wesentlichen aus Ausleihungen gegenüber der T-Systems Enterprise Services GmbH, Frankfurt am Main (900 Mio. €), die im Berichtsjahr neu gewährt wurden. Hierdurch wurde die bis dahin bestehende Ausleihung in Höhe von 500 Mio. € abgelöst. Weitere Abgänge betrafen vor allem die Tilgung von Ausleihungen an die T-Mobile Netherlands B.V. (100 Mio. €) sowie die Tilgung der Ausleihung an die T-Online Telecommunications Spain S.A.U. (71 Mio. €).

Die Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 HGB ist dem Anhang als Anlage beigefügt.⁷

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens werden im Finanzergebnis erfasst (vgl. Ziffer [8]).

⁷ Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 HGB, die Bestandteil des Anhangs ist, wird mit dem Jahresabschluss im elektronischen Bundesanzeiger hinterlegt.

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten					Stand 31.12.2007 Mio. €
	Stand 1.1.2007	Veränderungen durch Ausgliederungen	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1 248	(16)	168	(245)	57	1 212
2. Geleistete Anzahlungen	111	(3)	160	(7)	(45)	216
	1 359	(19)	328	(252)	12	1 428
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	13 472	0	17	(1 005)	(3)	12 481
2. Technische Anlagen und Maschinen	56 113	(77)	1 439	(1 039)	439	56 875
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 191	(242)	97	(139)	12	919
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	708	0	296	(16)	(460)	528
	71 484	(319)	1 849	(2 199)	(12)	70 803
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	65 322	93	67 688	(51 640)	0	81 463
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	824	0	1 072	(797)	0	1 099
3. Beteiligungen	284	0	7	(72)	0	219
4. Sonstige Ausleihungen	11	0	0	(1)	0	10
	66 441	93	68 767	(52 510)	0	82 791
Summe Anlagevermögen	139 284	(245)	70 944	(54 961)	0	155 022

Abschreibungen							Buchwerte	
Stand 1.1.2007	Veränderungen durch Ausgliederungen	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen	Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2006
Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
606	(9)	315	(234)	0	0	678	534	642
0	0	0	0	0	0	0	216	111
606	(9)	315	(234)	0	0	678	750	753
7 003	0	501	(674)	(3)	(72)	6 755	5 726	6 469
41 118	(30)	2 874	(1 000)	8	0	42 970	13 905	14 995
957	(199)	91	(119)	(5)	0	725	194	234
0	0	2	(2)	0	0	0	528	708
49 078	(229)	3 468	(1 795)	0	(72)	50 450	20 353	22 406
832	0	23	0	0	0	855	80 608	64 490
37	0	15	0	0	(1)	51	1 048	787
112	0	0	(16)	0	0	96	123	172
0	0	0	0	0	0	0	10	11
981	0	38	(16)	0	(1)	1 002	81 789	65 460
50 665	(238)	3 821	(2 045)	0	(73)	52 130	102 892	88 619

[13] Vorräte

	31.12.2007 Mio. €	31.12.2006 Mio. €
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	16	20
Unfertige Leistungen	27	18
Waren	104	89
	147	127

Zu den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen zählen im Wesentlichen Netzabschlussgeräte sowie fernmeldetechnische Ersatzteile und Bauelemente.

Die unfertigen Leistungen resultieren insbesondere aus Kundenaufträgen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Netzzugangsmöglichkeiten für Mitbewerber (Kollokation).

Der Anstieg der Handelswaren erklärt sich im Wesentlichen aus der Bevorratung neuer Hardware, wie z. B. für Triple Play-Produkte und die Einführung von Entertain.

[14] Forderungen

	31.12.2007 Mio. €	31.12.2006 Mio. €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0 Mio. €; Vj.: 0 Mio. €)	1 425	943
Forderungen gegen verbundene Unternehmen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 28 Mio. €; Vj.: 0 Mio. €)	1 921	3 425
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0 Mio. €; Vj.: 0 Mio. €)	3	20
	3 349	4 388

Vom Dezember 2001 bis zum November 2007 wurden im Rahmen einer „Asset-Backed-Securitization“ bestimmte gegenwärtige und zukünftige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen an eine Zweckgesellschaft im Wege der Globalzession veräußert. Zum 16. Dezember 2007 liefen die Transaktionsverträge aus. Seit dem 30. November 2007 wurden keine Forderungen mehr veräußert. Im Zusammenhang mit der Beendigung der ABS-Transaktion ergab sich ein Anstieg der Forderungen in Höhe von 350 Mio. €.

Der Posten Forderungen gegen verbundene Unternehmen umfasst mit 1,2 Mrd. € überwiegend Finanzforderungen (Vorjahr: 2,7 Mrd. €) und mit 459 Mio. € nur zu einem geringeren Anteil Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr: 537 Mio. €). Der Rückgang der Finanzforderungen gegen verbundene Unternehmen resultiert zum einen aus auf den Betrag von 562 Mio. € (Vorjahr: 700 Mio. €) gesunkenen Forderungen aus ausgereichten kurzfristigen Darlehen und zum anderen aus dem durch gesunkene Ergebnisabführungen bzw. gestiegene Verlustübernahmen bedingten Rückgang der Forderungen aus dem konzerninternen Zahlungsverkehr (Cash-Pooling).

[15] Sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2007 Mio. €	31.12.2006 Mio. €
Forderungen aus Steuern		
Forderungen aus Ertragsteuern		
Körperschaftsteuer	89	335
Gewerbeertragsteuer	65	205
Solidaritätszuschlag	5	18
	159	558
Forderungen aus sonstigen Steuern	15	24
	174	582
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	236	306
Forderungen aus Derivaten	93	8
Forderungen aus Collaterals	54	52
Forderungen aus Kostenerstattungen	43	52
Forderungen gegen Mitarbeiter	17	19
Forderungen aus Asset-Backed-Securitization	0	60
Übrige sonstige Vermögensgegenstände	78	53
	521	550
	695	1 132

Die Forderungen aus Ertragsteuern entfallen mit 31 Mio. € (Vorjahr: 415 Mio. €) auf das laufende Geschäftsjahr und mit 128 Mio. € (Vorjahr: 143 Mio. €) auf Vorjahre. Die Forderungen resultieren im Wesentlichen aus den die jeweilige Steuerschuld übersteigenden Vorauszahlungen der Jahre 2005, 2006 und 2007 sowie aus anrechenbaren Steuern. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr beruht im Wesentlichen auf den im Geschäftsjahr erfolgten Erstattungen der Finanzbehörden und Gemeinden.

Die Forderungen aus sonstigen Steuern beruhen mit 11 Mio. € im Wesentlichen auf Vorsteuerforderungen aus Leistungsbeziehungen, bei denen die gesetzlichen Voraussetzungen zum Vorsteuerabzug am Bilanzstichtag noch nicht erfüllt waren.

Bei den Forderungen aus Zinsabgrenzungen handelt es sich im Wesentlichen um Stückzinsen aus Zinsderivaten.

Unter den Forderungen aus Derivaten sind Abrechnungserfolge aus ausgelaufenen Sicherungsgeschäften bei rollierender Sicherung ausgewiesen (Prolongationserfolge).

Collaterals sind Barsicherheiten und werden zur Absicherung des Ausfallrisikos von Finanzinstrumenten eingesetzt. Die Deutsche Telekom leistet in diesem Zusammenhang Sicherheiten in Form von Barmitteln gegenüber ihren Vertragspartnern, falls die Marktwerte der derivativen Finanzinstrumente einen bestimmten Betrag, den so genannten Freibetrag, überschreiten.

Die in den sonstigen Vermögensgegenständen enthaltenen Forderungen haben in Höhe von 6 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

[16] Wertpapiere

	31.12.2007 Mio. €	31.12.2006 Mio. €
Eigene Anteile	5	5
Unternehmensanteile	54	0
Sonstige Wertpapiere	227	279
	286	284

Der Anteil der eigenen Anteile am gezeichneten Kapital beträgt 0,04 Prozent. Der im Vergleich zum Vorjahresstichtag unveränderte Bestand an eigenen Anteilen in Höhe von 1 881 508 Stück setzt sich wie folgt zusammen:

	Anzahl
Mitarbeiterprogramm 1999	5 185 278
Abgang durch das Mitarbeiterprogramm 2000	(2 988 980)
Abgang durch das Mitarbeiterprogramm 2005	(314 790)
	1 881 508

Die Bilanzierung der eigenen Anteile erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten.

Die bei den Wertpapieren ausgewiesenen Unternehmensanteile betreffen die Bild.T-Online.de AG & Co. KG, Berlin, und die Bild.T-Online.de Verwaltungs AG, Berlin. Diese Anteile sind zur Veräußerung bestimmt.

Der Bestand der sonstigen Wertpapiere umfasst Wertpapiere, die zur Absicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeitverpflichtungen im so genannten Contractual Trust Agreement (CTA) auf einen Treuhänder übertragen wurden. Der Betrag in Höhe von 227 Mio. € deckt die Erfüllungsrückstände der Deutschen Telekom gegenüber den Altersteilzeitbeschäftigten zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2007 vollständig ab. Die Verminderung im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus der Übertragung von CTA-Vermögen an die Servicegesellschaften.

[17] Flüssige Mittel

	31.12.2007 Mio. €	31.12.2006 Mio. €
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	593	1 325

Die Gesamtlauzeit der flüssigen Mittel beträgt weniger als drei Monate. Die Entwicklung der flüssigen Mittel wird im Lagebericht bei der Erläuterung der Finanzlage dargestellt.

[18] Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 539 Mio. € (Vorjahr: 286 Mio. €) enthält abgegrenzte Personalaufwendungen in Höhe von 304 Mio. € (Vorjahr:

114 Mio. €), Disagien in Höhe von 99 Mio. € (Vorjahr: 128 Mio. €) und sonstige Vorauszahlungen in Höhe von 136 Mio. € (Vorjahr: 44 Mio. €).

[19] Eigenkapital

	31.12.2007 Mio. €	31.12.2006 Mio. €
Gezeichnetes Kapital	11 165	11 164
Kapitalrücklage	26 646	26 628
Gewinnrücklagen		
Rücklage für eigene Anteile	5	5
Andere Gewinnrücklagen	15 895	9 253
	15 900	9 258
Bilanzgewinn	6 679	3 160
Eigenkapital	60 390	50 210

Das Eigenkapital erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 10,2 Mrd. €. Die Veränderungen werden im Einzelnen in den folgenden Abschnitten erläutert.

[20] Gezeichnetes Kapital

	Gezeichnetes Kapital (genehmigt und ausgegeben)		Genehmigtes Kapital (nicht ausgegeben)		Bedingtes Kapital (nicht ausgegeben)	
	in Tsd. Aktien	in Tsd. €	in Tsd. Aktien	in Tsd. €	in Tsd. Aktien	in Tsd. €
Stand am 31.12.2005	4 198 078	10 747 079	1 000 000	2 560 000	443 386	1 135 068
Verschmelzung T-Online	62 730	160 589	(62 730)	(160 589)	-	-
Aktienrückkauf/-einziehung	(62 730)	(160 589)	-	-	-	-
Aktienoptionsplan 2001	53	137	-	-	(53)	(137)
Wandlung Pflichtwandelanleihe	162 988	417 249	-	-	(162 988)	(417 249)
Neu beschlossenes Kapital	-	-	15 000	38 400	-	-
Stand am 31.12.2006	4 361 119	11 164 465	952 270	2 437 811	280 345	717 682
Aktienoptionsplan 2001	179	457	-	-	(179)	(457)
Wegfall bedingtes Kapital I	-	-	-	-	(32 318)	(82 734)
Wegfall bedingtes Kapital III	-	-	-	-	(1 024)	(2 621)
Stand am 31.12.2007	4 361 298	11 164 922	952 270	2 437 811	246 824	631 870

Am 31. Dezember 2007 beträgt das Grundkapital der Deutschen Telekom 11,2 Mrd. €. Das Grundkapital ist in 4 361 297 603 Stück nennwertlose, auf den Namen lautende Stammaktien eingeteilt. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Die direkte Anteilsquote des Bundes, vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen, an der Deutschen Telekom AG beträgt 14,8 Prozent (Vorjahr: 14,8 Prozent),

die Anteilsquote der KfW beläuft sich auf 16,9 Prozent (Vorjahr: 16,9 Prozent) und die Anteilsquote der privaten Investmentgesellschaft Blackstone Group beträgt 4,4 Prozent (Vorjahr: 4,4 Prozent). Das Grundkapital entfällt somit zum 31. Dezember 2007 mit 646 575 126 Stückaktien auf den Bund (1,7 Mrd. €), mit 735 667 390 Stückaktien auf die KfW (1,9 Mrd. €) und mit 192 000 000 Stückaktien auf den Finanzinvestor Blackstone Group (491 Mio. €). Die übrigen Aktien befinden sich im Streubesitz.

Im Zuge des Erwerbs von T-Mobile USA Inc., Bellevue (USA)/Powertel Inc., Bellevue (USA), hat die Deutsche Telekom im Tausch gegen die zum Zeitpunkt der Akquisition zwischen der Deutschen Telekom und T-Mobile USA/Powertel in Umlauf befindlichen Optionsscheine

Bezugsrechte auf die Aktien der Deutschen Telekom AG ausgegeben. Am 31. Dezember 2007 betrug die Anzahl der hinterlegten Deutsche Telekom Aktien für die noch ausstehenden, an T-Mobile USA/Powertel Mitarbeiter gewährten Bezugsrechte 7 079 479 Stück.

Genehmigtes Kapital

Zum 31. Dezember 2007 bestehen die folgenden genehmigten Kapitale:

Genehmigtes Kapital 2004.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital in der Zeit bis zum 17. Mai 2009 mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu 2 399 410 734,08 € durch Ausgabe von bis zu 937 269 818 auf den Namen lautende Stückaktien gegen Sacheinlage zu erhöhen. Die Ermächtigung kann vollständig oder ein- oder mehrmals in Teilbeträgen ausgenutzt werden. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, um neue Aktien im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder im Rahmen des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen, Beteiligungen an Unternehmen, einschließlich der Erhöhung bestehenden Anteilsbesitzes, oder anderen, mit einem solchen Akquisitionsvorhaben in Zusammenhang stehenden einlagefähigen Wirtschaftsgütern, einschließlich Forderungen gegen die Gesellschaft, auszugeben. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen.

Von der ursprünglich in Höhe von 2 560 000 000 € bestehenden Ermächtigung hat der Vorstand im August 2005 mit Zustimmung des Aufsichtsrats Gebrauch gemacht und beschlossen, das Grundkapital in Höhe von 160 589 265,92 € (62 730 182 Stückaktien) zum Zwecke der Verschmelzung der T-Online auf die Deutsche Telekom zu erhöhen. Die Durchführung dieser Kapitalerhöhung

wurde am 12. September 2005 in das Handelsregister eingetragen; sie ist mit Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister am 6. Juni 2006 wirksam geworden.

Die bisherigen Aktien der T-Online wurden mit Wirksamwerden der Verschmelzung entsprechend den Regelungen des Verschmelzungsvertrages im Verhältnis 25 Aktien der T-Online gegen 13 Aktien der Deutschen Telekom getauscht. Dies führte zu einer Erhöhung des gezeichneten Kapitals in Höhe von insgesamt 161 Mio. €. Um zu vermeiden, dass die Verschmelzung dauerhaft zu einer erhöhten Anzahl von Aktien der Deutschen Telekom AG führt, hat der Vorstand der Deutschen Telekom am 10. August 2006 gemäß der von der Hauptversammlung vom 3. Mai 2006 erteilten Ermächtigung den Rückkauf und die Einziehung von 62 730 182 Aktien der Gesellschaft (dies entspricht der Zahl der Aktien, die im Rahmen der Verschmelzung der T-Online auf die Deutsche Telekom neu ausgegeben worden sind) beschlossen. Der Aufsichtsrat hat dieser Einziehung zugestimmt. In der Zeit vom 14. bis zum 25. August 2006 wurden von der Gesellschaft insgesamt 62 730 182 Aktien mit einem auf sie entfallenen Betrag des Grundkapitals von 160 589 269,92 €, somit ca. 1,4 Prozent des damaligen Grundkapitals, zu einem durchschnittlichen Preis von 11,29 € und einem Gesamtpreis von 708 482 743,99 € zurückgekauft.

Genehmigtes Kapital 2006.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital in der Zeit bis zum 2. Mai 2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu 38 400 000 € durch Ausgabe von bis zu 15 000 000 auf den Namen lautende Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen. Die Ermächtigung kann vollständig oder ein- oder mehrmals in Teilbeträgen ausgenutzt werden. Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Die neuen Aktien dürfen nur zur Gewährung von Aktien an Mitarbeiter der Deutschen Telekom AG und der nachgeordneten verbundenen Unternehmen (Belegschaftsaktien) ausgegeben werden. Die neuen Aktien können dabei auch an ein Kreditinstitut oder ein anderes die Voraussetzungen des § 186 Abs. 5 Satz 1 AktG erfüllen-

des Unternehmen ausgegeben werden, das die Aktien mit der Verpflichtung übernimmt, sie ausschließlich zur Gewährung von Belegschaftsaktien zu verwenden. Die als Belegschaftsaktien auszugebenden Aktien können auch im Wege von Wertpapierdarlehen von einem Kreditinstitut oder einem anderen die Voraussetzungen des § 186 Abs. 5 Satz 1 AktG erfüllenden Unternehmen beschafft und die neuen Aktien zur Rückführung dieser Wertpapierdarlehen verwendet werden. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienausgabe festzulegen.

Bedingtes Kapital

Zum 31. Dezember 2007 bestehen folgende bedingte Kapitale:

Bedingtes Kapital II.

Das Grundkapital ist um bis zu 31 870 407,68 €, eingeteilt in bis zu 12 449 378 neue auf den Namen lautende Stückaktien, bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient ausschließlich der Erfüllung von Bezugsrechten auf Aktien aus Aktienoptionen, die auf Grund des Ermächtigungsbeschlusses für einen Aktienoptionsplan 2001 der Hauptversammlung vom 29. Mai 2001 in der Zeit bis zum 31. Dezember 2003 begeben wurden.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden im Rahmen des Aktienoptionsplans 2001 178 353 gewährte Bezugsrechte ausgeübt. Dadurch hat sich das bedingte Kapital II in Höhe von 32 326 991,36 € um 456 583,68 € (178 353 Stückaktien) auf 31 870 407,68 € verringert. Das Grundkapital hat sich im Geschäftsjahr 2007 entsprechend erhöht.

Bedingtes Kapital IV.

Das Grundkapital ist um 600 000 000 €, eingeteilt in bis zu 234 375 000 Stückaktien, bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie dies zur Bedienung von bis zum 25. April 2010 ausgegebenen oder garantierten Wandelschuld- oder Optionsschuldverschreibungen benötigt wird.

Das bedingte Kapital I und das bedingte Kapital III sind im Berichtsjahr weggefallen.

Eigene Anteile.

Die Hauptversammlung vom 3. Mai 2007 hat den Vorstand ermächtigt, bis zum 2. November 2008 insgesamt bis zu 436 117 555 Stückaktien der Gesellschaft mit einem auf diese entfallenden Betrag am Grundkapital von insgesamt bis zu 1 116 460 940,80 € unter folgender Maßgabe zu erwerben: Auf die auf Grund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt oder die ihr gemäß §§ 71 d und 71 e AktG zuzurechnen sind, entfallen zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 Prozent des Grundkapitals der Gesellschaft.

Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilen ausgeübt werden. Der Erwerb kann innerhalb des Ermächtigungszeitraums bis zur Erreichung des maximalen Erwerbsvolumens in Teiltranchen erfolgen, verteilt auf verschiedene

Erwerbszeitpunkte. Zum Erwerb berechtigt sind auch von der Deutschen Telekom AG im Sinn von § 17 AktG abhängige Konzernunternehmen oder Dritte auf Rechnung der Deutschen Telekom AG sowie nach § 17 AktG abhängige Konzernunternehmen auf Rechnung der Deutschen Telekom. Der Erwerb kann unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebotes erfolgen. Der Vorstand ist nach dem Hauptversammlungsbeschluss vom 3. Mai 2007 unter anderem dazu ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Aktien der Deutschen Telekom AG einzuziehen, die auf Grund der vorstehenden Ermächtigung erworben werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

[21] Kapitalrücklage Die Kapitalrücklage erhöhte sich im Jahr 2007 um 18 Mio. €. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus ausgeübten Aktienoptionen der T-Mobile USA/PowerTel.

[22] Gewinnrücklagen Die Gewinnrücklagen beinhalten neben den Einstellungen aus den Jahresüberschüssen der Vorjahre in die anderen Gewinnrücklagen auch die gemäß § 272 Abs. 4 HGB zu bildende Rücklage für eigene Anteile in Höhe des unter den Wertpapieren des Umlaufvermögens ausgewiesenen Betrags. Im Berichtsjahr wurden 6,6 Mrd. € in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt (vgl. Ziffer [11]).

[23] Aktienorientierte Vergütungssysteme Auf Grund der im Jahr 2006 wirksam gewordenen Verschmelzung der T-Online auf die Deutsche Telekom werden im Folgenden ebenfalls die vor der Verschmelzung durch die T-Online International AG begebenen AOP aufgeführt.

**Aktienoptionsplan
Deutsche Telekom**

	Aktienoptionsplan 2001					
	2007		2006		2005	
	Aktienoptionen Tsd. Stück	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis €	Aktienoptionen Tsd. Stück	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis €	Aktienoptionen Tsd. Stück	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis €
Ausstehende Aktienoptionen zu Beginn des Berichtsjahres	10 790	24,62	11 096	24,59	11 444	24,36
Gewährt	0	-	0	-	0	-
Ausgeübt	(179)	12,36	(53)	12,36	(217)	12,36
Verfallen	(865)	28,83	(253)	25,98	(131)	24,11
Ausstehende Aktienoptionen zum Ende des Berichtsjahres	9 746	24,47	10 790	24,62	11 096	24,59
Ausübbar zum Ende des Berichtsjahres	9 746	24,47	10 790	24,62	11 096	24,59

Ergänzende Angaben.

Im Mai 2001 bewilligte die Hauptversammlung den Aktienoptionsplan 2001, der zur Ausgabe von Aktienoptionen im August 2001 und im Juli 2002 führte. Des Weiteren gewährte die Deutsche Telekom in 2001 und 2002 Mitarbeitern in den Ländern, in denen es rechtlich nicht möglich war, Aktienoptionen auszugeben, Rechte auf einen Barausgleich an Stelle von Aktien (Stock Appreciation Rights, „SAR“).

Für den Aktienoptionsplan 2001 hat die Hauptversammlung im Mai 2001 das Grundkapital der Deutschen Telekom AG um 307 200 000 € durch Ausgabe von bis zu 120 000 000 neuen auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung diente ausschließlich der Ausgabe von bis zu 120 000 000 Bezugsrechten im Rahmen des Deutsche Telekom Aktienoptionsplans 2001 an Mitglieder des Vorstands, weitere Führungskräfte sowie an Spezialisten der Gesellschaft und ihrer verbundenen Unternehmen.

50 Prozent der einem Bezugsberechtigten gewährten Bezugsrechte dürfen erst nach Ablauf einer Wartezeit von zwei Jahren – gerechnet von dem Ausgabetag der Bezugsrechte an – ausgeübt werden. Die übrigen 50 Prozent der einem Bezugsberechtigten gewährten Bezugsrechte dürfen frühestens nach Ablauf einer Wartezeit von drei Jahren nach dem Ausgabetag der Bezugsrechte ausgeübt werden. Alle Wartezeiten sind zwischenzeitlich abgelaufen. Die Optionsrechte sind rechtsgeschäftlich nicht veräußerbar, übertragbar, verpfändbar oder anderweitig wirtschaftlich verwertbar, mit Ausnahme des Todesfalls, in welchem die Optionen auf den Erben übergehen.

Der Ausübungspreis, der bei Ausübung der Bezugsrechte zu zahlen ist, ist zugleich das Erfolgsziel. Der Ausübungspreis je Aktie beträgt 120 Prozent des Referenzkurses. Der Referenzkurs entspricht dem höheren der Werte aus dem Vergleich des nicht gewichteten Durchschnitts der Schlusskurse der T-Aktie im Xetra-Handel der Deutschen Börse AG, Frankfurt am Main (oder in einem an die Stelle des Xetra-Systems getretenen Nachfolgesystem) während der letzten 30 Handelstage vor dem Tag der Ausgabe der Bezugsrechte und dem Schlusskurs der T-Aktie im Xetra-Handel der Deutschen Börse AG am Tag der Ausgabe der Bezugsrechte.

Die Deutsche Telekom behält sich das Recht vor, nach eigenem Ermessen den Bezugsberechtigten an Stelle neuer Aktien einen Barausgleich zu zahlen (SAR). Durch die Ausübung eines SAR erlischt die entsprechende Option, und durch die Ausübung einer Option erlischt das entsprechende SAR. Bis zum 31. Dezember 2007 wurde kein entsprechender Wandlungsbeschluss gefasst.

Am 13. August 2001 gab die Deutsche Telekom an die Teilnehmer des Aktienoptionsplans auf Basis des von der Hauptversammlung im Mai 2001 gefassten Beschlusses 8 220 803 Optionen zum Bezug von 8 220 803 Aktien zu einem Ausübungspreis von 30,00 € (basierend auf einem Referenzkurs von 25,00 €) aus. Der Aktienkurs der Deutschen Telekom entsprechend der Xetra-Schlussnotierung (Frankfurt am Main) am Tag der Gewährung betrug 19,10 € pro Aktie. Die Optionen haben eine Laufzeit bis zum 12. August 2011.

Im Geschäftsjahr 2002 gewährte die Deutsche Telekom bestimmten Beschäftigten weitere Aktienoptionen. Am 15. Juli 2002 gab die Deutsche Telekom an die Teilnehmer des Aktienoptionsplans auf Basis des von der Hauptversammlung im Mai 2001 gefassten Beschlusses weitere 3 927 845 Optionen zum Bezug von 3 927 845 Aktien zu einem Ausübungspreis von 12,36 € aus. Der Aktienkurs der Deutschen Telekom entsprechend der Xetra-Schlussnotierung (Frankfurt am Main) am Tag der Gewährung, auf dessen Basis der Ausübungspreis ermittelt wurde, betrug 10,30 € pro Aktie. Die Optionen haben eine Laufzeit bis zum 14. Juli 2012.

Die Optionswerte zum Zeitpunkt der Begebung beliefen sich auf 4,87 € für die Tranche 2001 und auf 3,79 € für die Tranche 2002.

Von der Hauptversammlung 2004 wurde die Ermächtigung von Vorstand und Aufsichtsrat zur Ausgabe weiterer Bezugsrechte für den Aktienoptionsplan 2001 aufgehoben und das Bedingte Kapital teilweise zurückgenommen.

In den Jahren 2001 und 2002 wurden von der Deutschen Telekom weiterhin 167 920 SARs an Mitarbeiter in solchen Ländern ausgegeben, in denen es rechtlich nicht möglich war, Aktienoptionen auszugeben. Im Berichtsjahr sind 7 020 SARs verfallen. Zum 31. Dezember 2007 standen noch 141 620 Stock Appreciation Rights aus.

Seit dem Jahr 2003 wurden keine neuen Aktienoptionspläne aufgelegt.

Während des Ausübungszeitraums im Jahr 2007 belief sich der durchschnittliche Kurs für Aktien der Deutschen Telekom (T-Aktien) auf 13,65 €.

**Aktienoptionsplan
T-Online (vor Ver-
schmelzung)**

Mit dem Eintrag in das Handelsregister am 6. Juni 2006 wurde die Verschmelzung der T-Online auf die Deutsche Telekom wirksam. Ab diesem Zeitpunkt gewährt die Deutsche Telekom gemäß den Regelungen des Verschmelzungsvertrags für die von der T-Online gewährten Aktienoptionen gleichwertige Rechte. Der Vorstand der Deutschen Telekom hat hierbei von der laut Verschmelzungsvertrag und Optionsbedingungen bestehenden Möglichkeit eines künftigen Barausgleichs Gebrauch gemacht.

Aus den einzelnen von der T-Online aufgelegten Aktienoptionsplänen resultiert folgende Entwicklung der Optionsrechte.

Aktienoptionsplan 2001						
	2007		2006		2005	
	Aktienoptionen Tsd. Stück	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis €	Aktienoptionen Tsd. Stück	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis €	Aktienoptionen Tsd. Stück	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis €
Ausstehende Aktienoptionen zu Beginn des Berichtsjahres	3 392	10,30	3 551	10,30	3 868	10,31
Gewährt	0	-	0	-	0	-
Ausgeübt	0	-	0	-	0	-
Verfallen	(307)	10,32	(159)	10,31	(317)	10,31
Ausstehende Aktienoptionen zum Ende des Berichtsjahres	3 085	10,30	3 392	10,30	3 551	10,30
Ausübbar zum Ende des Berichtsjahres	3 067	10,30	3 374	10,30	3 518	10,31

Im Mai 2001 bewilligte die Hauptversammlung der T-Online International AG den Aktienoptionsplan 2001, der zur Ausgabe von Aktienoptionen im August 2001 und im Juli 2002 führte. Für den Aktienoptionsplan 2001 hatte die ordentliche Hauptversammlung am 30. Mai 2001 das Grundkapital der T-Online um 51 000 000 € bedingt erhöht und den Aufsichtsrat ermächtigt, Bezugsrechte an die Mitglieder des Vorstands der T-Online auszugeben, sowie den Vorstand ermächtigt, Bezugsrechte an Führungskräfte unterhalb des Vorstands auszugeben. Dazu gehörten Direktoren, Senior-Manager, ausgewählte Spezialisten und Vorstände, Mitglieder der Geschäftsleitung sowie weitere Direktoren, Senior-Manager und ausgewählte Spezialisten von Konzernunternehmen im In- und Ausland, an denen unmittelbar oder mittelbar eine Mehrheitsbeteiligung der T-Online bestand.

Der Aktienoptionsplan war als „Premium Priced Plan“ ausgestaltet, wobei der Ausübungspreis, der bei Ausübung der Bezugsrechte zu zahlen war, als Erfolgsziel diente. Der Ausübungspreis je Aktie betrug 125 Prozent des Referenzkurses. Der Referenzkurs entsprach dem nicht gewichteten Durchschnitt des Schlusskurses der T-Online Aktie im Xetra-Handel der Deutsche Börse AG, Frankfurt am Main, während der letzten 30 Handelstage vor dem Tag der Ausgabe der Bezugsrechte.

Hinsichtlich der Ausübung wurde geregelt, dass 50 Prozent der einem Bezugsberechtigten gewährten Optionen erst nach einer Wartezeit von zwei Jahren – gerechnet

von dem Tag der Ausgabe der Bezugsrechte an – ausgeübt werden durften. Die übrigen 50 Prozent der einem Bezugsberechtigten gewährten Optionen durften frühestens nach Ablauf einer Wartezeit von drei Jahren nach dem Ausgabetag der Bezugsrechte ausgeübt werden. Die jeweilige Laufzeit der Optionen betrug vom Ausgabetag 10 Jahre. Alle Wartezeiten sind zwischenzeitlich abgelaufen. Die Optionsrechte sind rechtsgeschäftlich nicht veräußerbar, übertragbar, verpfändbar oder anderweitig wirtschaftlich verwertbar, mit Ausnahme des Todesfalls, in welchem die Optionen auf den Erben übergehen.

Die Ausgabe der Bezugsrechte erfolgte für die Jahre 2001 und 2002 in jährlichen Tranchen. Auf der Grundlage des Beschlusses der Hauptversammlung im Mai 2001 wurden am 13. August 2001 im Rahmen der ersten Tranche 2 369 655 Bezugsrechte gewährt. Der Ausübungspreis betrug 10,35 €. Die Bezugsrechte der ersten Tranche verfallen spätestens am 12. August 2011 ersatz- und entschädigungslos. Am 15. Juli 2002 wurden weitere 2 067 460 Bezugsrechte im Rahmen der zweiten Tranche gewährt. Der Ausübungspreis betrug 10,26 €. Die Bezugsrechte der zweiten Tranche verfallen spätestens am 14. Juli 2012 ersatz- und entschädigungslos.

Von der Hauptversammlung 2004 der T-Online wurde die Ermächtigung von Vorstand und Aufsichtsrat zur Ausgabe weiterer Bezugsrechte für den Aktienoptionsplan 2001 aufgehoben und das bedingte Kapital II teilweise aufgehoben.

Mid-Term Incentive Plan 2004/2005/2006/2007.

Im Geschäftsjahr 2004 führte die Deutsche Telekom zur Gewährleistung einer marktgerechten Gesamtvergütung für Vorstandsmitglieder, Senior Executives des Deutschen Telekom Konzerns sowie für weitere Berechtigte vor allem aus den USA und Großbritannien erstmals einen Mid-Term Incentive Plan (MTIP) ein. Mit dem MTIP ist ein globales, konzernweites Vergütungsinstrument für die Deutsche Telekom und weitere teilnehmende Konzernunternehmen geschaffen worden, das die mittel- und langfristige Wertsteigerung des Konzerns fördert und so die Interessen von Management und Anteilseignern bündelt.

Der MTIP gewinnt seinen Charakter als Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung durch seine revolvingierende Auflage im jährlichen Rhythmus für 5 Jahre. Über die Neuauflage und über die konkrete Ausgestaltung, insbesondere der Erfolgsziele, wird jährlich neu entschieden.

Für jeden revolvingierend neu aufzulegenden MTIP werden die Erfolgsziele auf ihre Ambitioniertheit und ihre strategische Relevanz hin überprüft und gegebenenfalls entsprechend geändert. Nach Planbeginn sind jegliche Änderungen von Art oder Höhe der Erfolgsziele ausgeschlossen.

Der MTIP ist ein cash-basierter Plan, der an zwei gleich gewichtete, aktienbezogene Erfolgsparameter – ein absoluter und ein relativer – gebunden ist. Werden beide Erfolgsziele erfüllt, so wird den Planteilnehmern der gesamte durch das jeweilige Arbeitgeberunternehmen ausgelobte Betrag ausgezahlt; wird ein Erfolgsziel erreicht, werden 50 Prozent des ausgelobten Betrages ausgezahlt; wird keines der beiden Erfolgsziele erreicht, erfolgt keine Auszahlung.

Nach Ablauf der Laufzeit der einzelnen Pläne stellt der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Telekom AG die Zielerreichung des absoluten sowie des relativen Erfolgsziels für den Vorstand fest. Auf Grundlage dieser Feststellungen stellt der Vorstand die Zielerreichung einheitlich für die Deutsche Telekom und alle teilnehmenden Unternehmen fest und kommuniziert diese. Im Anschluss an die Feststellung der Zielerreichung erfolgt bei Erreichung eines oder beider Ziele unabhängig voneinander die Auszahlung an die Planteilnehmer.

Das absolute Erfolgsziel ist erfüllt, wenn am Ende der einzelnen Pläne der Aktienkurs der T-Aktie um mindestens 30 Prozent im Vergleich zum Kurs der T-Aktie bei Planbeginn gestiegen ist. Maßstab für die Betrachtung sind die nicht gewichteten Durchschnitte der Schlusskurse der T-Aktie im Xetra-Handel der Deutschen Börse AG während der letzten 20 Börsenhandelstage vor Planbeginn bzw. vor Planende.

Das relative Erfolgsziel ist erfüllt, wenn sich der Total Return der T-Aktie während der jeweiligen Planlaufzeit prozentual besser entwickelt hat als der Dow Jones Euro STOXX Total Return Index im gleichen Zeitraum. Maßstab sind die nicht gewichteten Durchschnitte der T-Aktie (auf Basis der Schlusskurse der T-Aktie im Xetra-Handel) zuzüglich des in die T-Aktie reinvestierten Wertes der Dividendenzahlungen, der Bonusaktien etc. sowie die nicht gewichteten Durchschnitte des Dow Jones Euro STOXX Total Return Index, jeweils während der letzten 20 Börsenhandelstage vor Planbeginn bzw. vor Planende.

Im Rahmen der jährlichen Überprüfung der Erfolgsziele wurden bisher keine Änderungen vorgenommen, so dass die vorstehend beschriebenen Ziele auf alle bisher aufgelegten Pläne Anwendung fanden.

Der MTIP 2004, MTIP 2005, MTIP 2006 und MTIP 2007 sind in den Jahren 2004 bis 2007 in Kraft getreten und haben jeweils eine Laufzeit von drei Jahren. Der MTIP 2004 ist im Vorjahr ausgelaufen, ohne dass es dabei zu einer Auszahlung kam. Die MTIP der Jahre 2005, 2006 und 2007 haben ein maximales Budget von 83 Mio. €, 86 Mio. € bzw. 83 Mio. €. Der anteilig zurückzustellende und als Aufwand zu erfassende Betrag wird nach dem Monte Carlo-Modell berechnet.

Für den MTIP 2005 ist ein Ausgangswert von 16,43 € relevant mit einem absoluten Erfolgsziel von mindestens 21,36 €. Der Ausgangswert des Index für das relative Erfolgsziel des MTIP 2005 liegt bei 358,99 Punkten. Der Ausgangswert des Total Return der T-Aktie entspricht dem Kurs der T-Aktie vor Planbeginn (14,08 € beim MTIP 2004 und 16,43 € beim MTIP 2005).

Der MTIP 2006 ist am 1. Januar 2006 in Kraft getreten. Der Plan hat eine Laufzeit von drei Jahren. Ausgangswert für das absolute Erfolgsziel des MTIP 2006 ist ein Kurs der T-Aktie von 14,00 €. Das Erfolgsziel ist mithin erreicht, wenn während des definierten Zeitraums vor Planende ein durchschnittlicher Aktienkurs von mindestens 18,20 € vorliegt. Der Ausgangswert des Index für das relative Erfolgsziel des MTIP 2006 beträgt 452,02 Punkte und der Ausgangswert des Total Return der T-Aktie 14,00 €.

Ausgangswert für das absolute Erfolgsziel des MTIP 2007 ist ein Kurs der T-Aktie von 13,64 €. Das Erfolgsziel ist mithin erreicht, wenn während des definierten Zeitraums vor Planende ein durchschnittlicher Aktienkurs von mindestens 17,73 € vorliegt. Der Ausgangswert des Index für das relative Erfolgsziel des MTIP 2007 beträgt 551,91 Punkte und der Ausgangswert des Total Return der T-Aktie 13,64 €.

Mid-Term Incentive Plan 2004/2005/2006.

Mid-Term Incentive Plan (MTIP) T-Online

Der MTIP der T-Online basierte ebenfalls grundsätzlich auf den gleichen Konditionen wie der der Deutschen Telekom AG, mit der Ausnahme, dass sich die Performance an der Entwicklung der T-Online-Aktie sowie der des TecDAX-Aktienindex orientierte.

Die Erfolgsziele der einzelnen MTIPs der T-Online können infolge der Verschmelzung und der damit einhergehenden Einstellung der Börsennotierung der T-Online-Aktie nicht mehr gemessen werden. Insofern wurden diese Pläne auf die Deutsche Telekom AG angepasst.

[24] Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensions- und Rentenverpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern (ohne Beamte) beruhen auf mittelbaren und unmittelbaren Versorgungszusagen. Zu den mittelbaren Versorgungszusagen zählen die Verpflichtungen der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) sowie der Unterstützungskasse Deutsche Telekom Betriebsrenten-Service e.V. (DTBS).

Die unmittelbaren Versorgungszusagen der Deutschen Telekom umfassen die Direktzusagen und die VAP-Parallelverpflichtungen. Die VAP-Parallelverpflichtungen beruhen auf unmittelbar gegenüber der Deutschen Telekom bestehenden Rechtsansprüchen, die ursprünglich gegenüber der VAP bestanden. Die Verpflichtungen der VAP ruhen insoweit.

Die VAP-Leistungen, die die Rentenbezüge aus der gesetzlichen Altersversorgung bis zu der nach der Rentenformel festgelegten Höhe aufstocken, werden grundsätzlich auf Basis der Bezüge der Mitarbeiter zu bestimmten Zeiten ihrer Beschäftigung berechnet. Für die in der Vergangenheit erworbenen Ansprüche auf VAP-Leistungen haben die Tarifparteien im Rahmen der Neuordnung der betrieblichen Altersversorgung im Jahr 1997 eine Besitzstandsregelung vereinbart.

Danach werden die Ansprüche von Rentnern und renten nahen Jahrgängen unverändert fortgeführt. Bei jüngeren Anwärtern wurden die Ansprüche abhängig von der bisherigen Versicherungsdauer in eine Initialgutschrift auf ein vom Arbeitgeber geführtes Kapitalkonto umgerechnet. Die Deutsche Telekom leistet jährliche Gutschriften auf dieses Konto; im Versorgungsfall wird der erreichte Kontostand als Einmalbetrag oder in Raten ausgezahlt oder alternativ in eine Rente umgewandelt. Sofern diese Beschäftigten das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und weniger als zehn Versicherungsjahre aufweisen (für Versorgungszusagen vor dem 1. Januar 2001) bzw. das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und weniger als fünf Versicherungsjahre aufweisen (für Versorgungszusagen ab dem 1. Januar 2001), bestehen ihre Versorgungsansprüche unmittelbar gegenüber der Deutschen Telekom.

Auf Grund des Tarifvertrages zur Neuregelung der betrieblichen Altersversorgung bei der Deutschen Telekom vom 17. August 2005 erfolgte eine Änderung der Durchführungform. Demnach werden alle Leistungen der betrieblichen Altersversorgung für aktive und ruhende Arbeitsverhältnisse nunmehr unmittelbar und mit Rechtsanspruch gewährt.

Für die Versorgungszusagen wird handelsrechtlich eine Pensionsrückstellung nach § 6a EStG gebildet. Diese Rückstellung ist durch ein versicherungsmathematisches Gutachten belegt.

Den versicherungsmathematischen Berechnungen für die Versorgungszusagen liegen die neuen Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde. Bei der Berechnung der Pensionsverpflichtungen wird gemäß § 6a EStG ein Rechnungszins in Höhe von 6 Prozent zugrunde gelegt.

Der Rückgang der Rückstellungen gegenüber der Vorperiode basierte im Wesentlichen auf der Gründung der drei Servicegesellschaften. Die Deutsche Telekom hat die Servicegesellschaften von der Erfüllung aller bis zum Übertragungsstichtag entstandenen Ansprüche sowie für alle nach dem Stichtag entstehenden Ansprüche freigestellt. Die dafür bei der Deutschen Telekom zu bildenden Rückstellungen werden als sonstige Rückstellungen ausgewiesen (vgl. Ziffern [7], [26]). Für die bis zum Übertragungsstichtag entstandenen Pensionsansprüche wurden daher

Rückstellungen in Höhe des Teilwertes von 851 Mio. € in die sonstigen Rückstellungen umgegliedert.

Auf Basis der versicherungsmathematischen Gutachten ergibt sich zum jeweiligen Abschlussstichtag folgender Bilanzansatz der Pensionsverpflichtungen:

	31.12.2007 Mio. €	31.12.2006 Mio. €
Unmittelbare Pensionsverpflichtungen davon Parallelverpflichtung: 1,5 Mrd. € (Vj.: 1,6 Mrd. €)	2 498	3 388
Mittelbare Pensionsverpflichtungen	142	118
	2 640	3 506
Verpflichtungen gemäß Artikel 131 GG	3	4
	2 643	3 510

[25] Steuerrückstellungen

	31.12.2007 Mio. €	31.12.2006 Mio. €
Körperschaftsteuer	220	241
Gewerbeertragsteuer	1	36
Sonstige Steuern	67	114
	288	391

[26] Sonstige Rückstellungen

	31.12.2007 Mio. €	31.12.2006 Mio. €
Verpflichtungen aus dem Personalbereich		
Vorruhestand (BPS-PT)	1 820	1 569
Altersteilzeit	343	657
Postbeamtenkrankenkasse	278	270
Personalanpassung	162	89
Übrige Verpflichtungen	233	355
Sonstige Verpflichtungen		
Rückstellung aus dem Schuldbeitritt für Pensionen und Altersteilzeit	1 265	0
Ausstehende Rechnungen	524	431
Prozessrisiken	257	230
Drohverluste Devisentermingeschäfte	106	29
Risiken im Auftragsbestand	91	69
Drohverluste aus Zinsderivaten	41	542
Unterlassene Instandhaltung	18	19
Rückbauverpflichtungen	18	17
Übrige sonstige Rückstellungen	275	281
	5 431	4 558

Im Vorjahr wurde das „Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Verbesserung der personellen Struktur beim Bundeseisenbahnvermögen und in den Unternehmen der Deutschen Bundespost“ verabschiedet. Demnach können Beamte nach Vollendung des 55. Lebensjahres und bei Erfüllung aller im Gesetz festgelegten Kriterien den vorzeitigen Ruhestand beantragen. Die Deutsche Telekom gleicht die hierbei entstehenden Abschläge bei der Altersversorgung für die Beamten durch Abschlagszahlungen an den BPS-PT sowie sonstige Kosten teilweise aus. Auf Grund des im Berichtsjahr gefassten Vorstandsbeschlusses, diese Regelung bis zum 31. Dezember 2010 zum Personalumbau zu nutzen, wurde die Rückstellung um 1,4 Mrd. € erhöht.

Die Rückstellung für Altersteilzeit reduzierte sich im Wesentlichen auf Grund einer Umgliederung in die Rückstellung für Schuldbeitritt aus Pensionen und Altersteilzeit.

Auf Grund der Bereitstellung neuer Abfindungsprogramme für Arbeitnehmer ergab sich im Berichtsjahr ein Anstieg der Rückstellung für Personalanpassungsmaßnahmen.

Die Rückstellung aus dem Schuldbeitritt für Pensionen und Altersteilzeit umfasst die durch die Deutsche Telekom wirtschaftlich übernommenen Verpflichtungen der Servicegesellschaften für Pensions- (997 Mio. €) und Altersteilzeitanprüche (268 Mio. €).

Der Anstieg der Rückstellungen für ausstehende Rechnungen beruht im Wesentlichen auf den gegenüber dem Vorjahr angestiegenen Rückstellungen für bezogene Logistik-, Marketing- und Vertriebsleistungen.

Der starke Rückgang der Drohverlustrückstellungen aus Zinsderivaten um 501 Mio. € auf 41 Mio. € ist im Wesentlichen mit der Umgliederung der Vorfälligkeitsentschädigungen in die Forderungen/Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen begründet.

Die übrigen sonstigen Rückstellungen umfassen unter anderem Rückstellungen für Altlasten, Rückstellungen für Rückvergütungen aus Skonti und Boni, Rückstellungen für Zuschüsse an durch die Deutsche Telekom unterstützte Lehrstühle, Rückstellungen für Jahresabschluss- und Archivierungskosten.

[27] Verbindlichkeiten

	31.12.2007				31.12.2006			
	Insgesamt Mio. €	davon mit einer Restlaufzeit			Insgesamt Mio. €	davon mit einer Restlaufzeit		
		≤ 1 Jahr Mio. €	> 1 – 5 Jahre Mio. €	> 5 Jahre Mio. €		≤ 1 Jahr Mio. €	> 1 – 5 Jahre Mio. €	> 5 Jahre Mio. €
Finanzverbindlichkeiten								
Anleihen	1 164	111	254	799	1 189	105	337	747
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3 769	2 038	1 025	706	1 658	445	533	680
	4 933	2 149	1 279	1 505	2 847	550	870	1 427
Übrige Verbindlichkeiten								
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	4	4	-	-	3	3	-	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	839	837	2	-	1 254	1 254	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	31 041	14 269	10 107	6 665	30 967	9 236	12 118	9 613
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	16	16	-	-	21	21	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	2 868	889	918	1 061	2 374	1 298	318	758
davon aus Steuern	282	282	-	-	276	276	-	-
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	10	1	4	5	-	-	-	-
	34 768	16 015	11 027	7 726	34 619	11 812	12 436	10 371
Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten	39 701	18 164	12 306	9 231	37 466	12 362	13 306	11 798

Die **Anleihen** betreffen mit 799 Mio. € im Wesentlichen Postschatzanweisungen der Deutschen Post AG, Bonn, sowie mit 260 Mio. € Medium Term Notes.

Im Einzelnen gliedern sich die Anleihen wie folgt:

fällig zum 31. Dezember	bis 4% Mio. €	bis 5% Mio. €	bis 6% Mio. €	bis 7 % Mio. €	bis 8 % Mio. €	Gesamt Mio. €
2008	93	18	0	0	0	111
2009	0	0	0	205	0	205
2010	12	0	0	0	0	12
2011	37	0	0	0	0	37
2012	0	0	0	0	0	0
2013 bis 2020	0	0	0	0	799	799
Summe	142	18	0	205	799	1 164

Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ist im Wesentlichen auf eine Geldaufnahme in Höhe von 1,4 Mrd. € zurückzuführen. Größter Posten innerhalb der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind mit 19,6 Mrd. € (Vorjahr: 23,1 Mrd. €) die Verbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Telekom International Finance B.V., Amsterdam. Wesentlicher Bestandteil dieser

Verbindlichkeiten sind die von der Deutschen Telekom International Finance B.V. emittierten Bonds. Der Rückgang ist auf Tilgungen zurückzuführen.

Die wesentlichen von der Deutschen Telekom International Finance B.V. emittierten und an die Deutsche Telekom weitergereichten Bonds haben folgende Ausstattung:

Tranche 2000	Nominalbetrag in Währung	Zinssatz %	Laufzeit
EUR	33 044 593	6,715	2010
Tranche 2001	Nominalbetrag in Währung	Zinssatz %	Laufzeit
EUR	1 645 718 223	6,715	2011
Tranche 2002	Nominalbetrag in Währung	Zinssatz %	Laufzeit
EUR	1 841 269 841	8,195	2012
GBP	250 000 000	7,195	2012
USD	500 000 000	9,330	2032
Tranche 2003	Nominalbetrag in Währung	Zinssatz %	Laufzeit
EUR	1 000 000 000	5,830	2008
USD	400 000 000	3,956	2008
EUR	365 000 000	4,800	2010
USD	1 250 000 000	5,335	2013
Tranche 2004	Nominalbetrag in Währung	Zinssatz %	Laufzeit
EUR	500 000 000	4,654	2009
EUR	500 000 000	4,884	2009

Tranche 2005	Nominalbetrag in Währung	Zinssatz %	Laufzeit
EUR	390 000 000	4,584	2008
EUR	128 526 567	4,839	2009
EUR	500 000 000	3,075	2009
EUR	1 250 000 000	3,325	2010
GBP	250 000 000	4,950	2014
EUR	1 750 000 000	4,075	2015

Tranche 2006	Nominalbetrag in Währung	Zinssatz %	Laufzeit
EUR	500 000 000	4,774	2008
EUR	500 000 000	3,075	2009
EUR	132 458 944	4,580	2009
USD	1 000 000 000	4,884	2009
USD	500 000 000	5,450	2011
EUR	250 000 000	4,075	2011
GBP	250 000 000	5,700	2013
EUR	1 099 063 254	4,575	2013
USD	1 000 000 000	5,825	2016
EUR	500 000 000	4,825	2016

Tranche 2007	Nominalbetrag in Währung	Zinssatz %	Laufzeit
EUR	500 000 000	4,765	2012

Neben den oben erläuterten Verbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Telekom International Finance B.V., die im Berichtsjahr um 3,5 Mrd. € zurückgingen, beinhalten die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen unter anderem auch Verbindlichkeiten gegenüber der T-Mobile Global Holding GmbH, Bonn, die auf Grund des Cash-Poolings um 1,0 Mrd. € rückläufig waren. Ein weiterer Rückgang betraf insbesondere die DeTeAsia Holding GmbH, Bonn, mit 200 Mio. €.

Darüber hinaus bestehen Verbindlichkeiten unter anderem gegenüber der T-Mobile International AG, Bonn, die sich im Berichtsjahr um 3,2 Mrd. € erhoheten, und gegenüber der T-Mobile USA Inc., Bellevue (USA), die um 739 Mio. € anstiegen. Dies begründete sich im Wesentlichen aus einer Verlustübernahme des laufenden Geschäftsjahrs bzw. der Aufnahme eines Darlehens. Ferner erhoheten sich unter anderem die Verbindlichkeiten gegenüber der T-Systems Enterprise Services GmbH, Frankfurt am Main, um 484 Mio. €, der Vivento Technical Services

GmbH, Bonn, um 277 Mio. € und der T-Systems Business Services GmbH, Bonn, um 114 Mio. €. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Verlustübernahmen des laufenden Geschäftsjahres zurückzuführen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2007 Mio. €	31.12.2006 Mio. €
Verbindlichkeiten aus der Vorruhestandsregelung für Beamte	1 221	414
Verbindlichkeiten aus Schuldscheindarlehen	770	750
Verbindlichkeiten aus Steuern	282	276
Verbindlichkeiten aus Zinsen	247	204
Verbindlichkeiten aus Derivaten	223	28
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern	10	574
übrige Verbindlichkeiten	115	128
	2 868	2 374

Die Verbindlichkeiten aus der Vorruhestandsregelung für Beamte bestehen gegenüber dem BPS-PT und resultieren aus Zahlungsverpflichtungen aus bereits unterzeichneten Verträgen. Die Verpflichtungen sind in bis zu sieben Jahresraten zu zahlen.

Die Verbindlichkeiten aus Schuldscheindarlehen bestehen gegenüber Versicherungen und anderen institutionellen Anlegern. Sie sind, mit Ausnahme der im Jahr 2002 (248 Mio. €), im Jahr 2006 (30 Mio. €) und im Jahr 2007 (20 Mio. €) erhaltenen Darlehen, durch die Bundesrepublik Deutschland gesichert.

Die Steuerverbindlichkeiten setzen sich im Wesentlichen aus Umsatzsteuerverbindlichkeiten in Höhe von 254 Mio. € und Lohnsteuerverbindlichkeiten in Höhe von 23 Mio. € zusammen. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Anstieg der Umsatzsteuerverbindlichkeiten um 43 Mio. €, der auf die Reintegration der T-Mobile Gruppe in den umsatzsteu-

erlichen Organkreis der Deutschen Telekom zurückzuführen ist. Der Rückgang der Lohnsteuerverbindlichkeiten um 35 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus der Gründung der drei Servicegesellschaften.

Bei den Verbindlichkeiten aus Zinsen handelt es sich um Zinsabgrenzungen aus Schuldscheindarlehen, Anleihen, Zinsderivaten und sonstigen Verbindlichkeiten.

Unter den Verbindlichkeiten aus Derivaten sind Abrechnungserfolge aus ausgelaufenen Sicherungsgeschäften bei rollierender Sicherung ausgewiesen (Prolongationserfolge).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern betreffen insbesondere Abfindungsvereinbarungen, die im Rahmen des Personalumbauprogramms abgeschlossen wurden und sich durch Auszahlungen im Berichtsjahr reduzierten.

Sonstige Angaben.

[28] Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Haftungsverhältnisse.

	31.12.2007 Mio. €	31.12.2006 Mio. €
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften	234	156
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen (davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 0 Mio. €; Vj.: 0 Mio. €)	19 470	18 522
	19 704	18 678

Die Bürgschaften beinhalten Prozess-, Mietkautions- und Gewährleistungsbürgschaften. Die Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen bestehen gegenüber Dritten und werden zum Teil für verbundene Unternehmen eingegangen.

Die Haftungsverhältnisse wegen Sicherheitsbestellungen sowie die Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen beinhalten Garantien sowie Patronatserklärungen und bestehen im Wesentlichen zu Gunsten der Deutschen Telekom International Finance B.V., Amsterdam (Niederlande) (13,8 Mrd. €), der T-Mobile Deutschland GmbH, Bonn (4,0 Mrd. €) sowie der T-Systems Enterprise Services GmbH, Frankfurt am Main (355 Mio. €).

Die Deutsche Telekom (45 Prozent), die Daimler Financial Services AG (45 Prozent) und die Compagnie Financière et Industrielle des Autoroutes S.A. (Cofiroute; 10 Prozent) – zusammen die Konsorten – haben sich im „Vertrag über die Erhebung von Maut für die Benutzung von Autobahnen durch schwere LKW und die Errichtung und den Betrieb eines Mautsystems zur Erhebung von Autobahnmaut für schwere LKW“ (Betriebsvertrag), zuletzt geändert durch Umsetzungsvereinbarung im April 2004 und Beitrittsvertrag im Dezember 2004, gegenüber der Bundesrepublik Deutschland – vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Bundesverkehrsministerium) – zum Aufbau und Betrieb eines Systems zur elektronischen Erhebung von Mautgebühren für schwere

LKW in einer Projektgesellschaft in der Rechtsform einer GmbH – der Toll Collect GmbH – verpflichtet. Darüber hinaus haben sich die Konsorten gegenüber der Bundesrepublik Deutschland gesamtschuldnerisch verpflichtet, in der Projektgesellschaft bis zum 31. August 2004 eine Eigenkapitalquote von 20 Prozent und danach von 15 Prozent der Bilanzsumme des nach den Vorschriften des HGB aufgestellten Einzelabschlusses der Toll Collect GmbH vorzuhalten, wobei das Gesamtrisiko für das Toll Collect Projekt von Cofiroute auf 70 Mio. € begrenzt ist.

Im Rahmen der Haftung der Konsorten können negative Veränderungen innerhalb des Toll Collect Projekts zu einer Nachschusspflicht führen. Der Betreibervertrag sieht nach der genehmigten Inbetriebnahme des Systems (Erteilung der besonderen vorläufigen Betriebserlaubnis) weitere Vertragsstrafen im Falle einer Schlechterfüllung bzw. wesentlicher Vertragsverletzungen vor. Die Bundesrepublik Deutschland hat wegen der verspäteten Inbetriebnahme des Mautsystems beim Konsortium Schadensersatzansprüche für entgangene Mauteinnahmen für den Zeitraum vom 1. September 2003 bis zum 31. Dezember 2004 in Höhe von 3,5 Mrd. € zuzüglich Zinsen eingefordert. Darüber hinaus macht die Bundesrepublik Deutschland unter anderem Vertragsstrafen in Höhe von ca. 1,7 Mrd. € zuzüglich Zinsen bis einschließlich 30. Juni 2005 geltend. Die Bundesrepublik Deutschland hat zur Geltendmachung ihrer angeblichen Forderungen Schiedsklage im Rahmen des vertraglich vorgesehenen Schiedsgerichtsverfahrens erhoben. Die Konsorten Deutsche Telekom und Daimler Financial Services AG sowie die Toll Collect GbR halten die Ansprüche der Bundesrepublik Deutschland für unbegründet. Sie reichten am 30. Juni 2006 Klageerwidern ein. Auf die darauf folgende Replik des Bundes erwiderten sie mit einem weiteren Schriftsatz (Duplik), den sie am 1. Oktober 2007 einreichten. Die maximalen künftigen Verpflichtungen aus dem Toll Collect Projekt können nicht mit ausreichender Sicherheit bestimmt werden, eine betragsmäßige Angabe in den Haftungsverhältnissen kann daher nicht erfolgen.

Der Bund verweigert die endgültige Betriebserlaubnis (EBE) mit der Begründung, dass angebliche weitere Verpflichtungen aus dem Betreibervertrag, insbesondere die Ausstattung der Toll Collect GmbH mit bestimmten gewerblichen Schutzrechten, nicht erfüllt seien.

Die Toll Collect GmbH erhob am 25. Mai 2007 Schiedsklage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Mit der

Schiedsklage begehrt die Toll Collect GmbH unter anderem die Erteilung der endgültigen Betriebserlaubnis sowie die Zahlung von nach Auffassung der Toll Collect GmbH noch offenen Vergütungsansprüchen.

Die Deutsche Telekom garantiert darüber hinaus für Bankkredite der Toll Collect GmbH in Höhe von maximal 230 Mio. €.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen.

	31.12.2007			31.12.2006		
	Insgesamt	davon mit einer Fälligkeit		Insgesamt	davon mit einer Fälligkeit	
		im kommenden Geschäftsjahr	ab dem zweiten folgenden Geschäftsjahr		im kommenden Geschäftsjahr	ab dem zweiten folgenden Geschäftsjahr
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Barwert der Zahlungen an den BPS-PT	7 267	733	6 534	8 300	850	7 450
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen (davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 7,7 Mrd. €; Vj.: 9,4 Mrd. €)	8 311	1 687	6 624	9 838	1 808	8 030
Bestellobligo aus begonnenen Investitionen, einschließlich Verpflichtungen aus künftigen Aufwendungen (davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 797 Mio. €; Vj.: 855 Mio. €)	1 845	1 222	623	1 646	1 405	241
Verpflichtungen aus ausstehenden Einlagen, der Übernahme von Gesellschaftsanteilen sowie aus schwebenden Geschäften (davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 3,7 Mrd. €; Vj.: 1,7 Mrd. €)	4 228	1 380	2 848	2 234	980	1 254
Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen	21 651	5 022	16 629	22 018	5 043	16 975

Der Barwert der von der Deutschen Telekom an den BPS-PT gemäß den Vorschriften des PTNeuOG zu leistenden Zahlungen unter Berücksichtigung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck beläuft sich zum 31. Dezember 2007 auf 7,3 Mrd. €. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr resultiert einerseits aus der Erhöhung des Rechnungszinssatzes und andererseits aus der Verminderung der beschäftigten Beamten als Folge des Vorruhestandseffektes.

Von den Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen bestehen 7,7 Mrd. € gegenüber verbundenen

Unternehmen. Diese teilen sich wie folgt auf: 6,5 Mrd. € gegenüber der GMG Generalmietgesellschaft mbH, Münster (GMG); 143 Mio. € gegenüber der DFMG Deutsche Funkturm GmbH, Münster (DFMG); 529 Mio. € gegenüber der DeTelImmobilien, Deutsche Telekom Immobilien und Service GmbH, Münster (DTI); 288 Mio. € gegenüber der DeTeFleetServices GmbH, Bonn; 136 Mio. € gegenüber der T-Systems International Desktop Services GmbH, Frankfurt am Main. Der Rückgang der Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen ist hauptsächlich auf die fortgeschrittene Laufzeit der Verträge mit der GMG, der DTI und der DFMG zurückzuführen.

Das Bestellobligo aus begonnenen Investitionen, einschließlich Verpflichtungen aus künftigen Aufwendungen, setzt sich im Wesentlichen aus Abnahmeverpflichtungen für den nicht investiven Bereich (1,7 Mrd. €) zusammen.

Ausstehende, aber noch nicht eingeforderte Einlagen ergeben sich insbesondere bei den Gesellschaften Vivento Customer Services GmbH, Bonn (96 Mio. €), T-Online Venture Fund GmbH & Co. KG, Bonn (65 Mio. €), T-Com Venture Fund GmbH & Co. KG, Bonn (37 Mio. €), Vivento Technical Services GmbH, Bonn (31 Mio. €) und T-Corporate Venture Fund GmbH & Co. KG, Bonn (21 Mio. €). Die Verpflichtungen aus schwebenden Geschäften betreffen insbesondere Geschäfte mit der Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH, Bonn (1,5 Mrd. €), der T-Systems Business Services GmbH, Bonn (749 Mio. €), der Vivento Customer Services GmbH, Bonn (553 Mio. €), der GMG Gene-

ralmietgesellschaft mbH, Münster (214 Mio. €) und der Deutsche Telekom Kundenservice GmbH, Bonn (193 Mio. €).

Weitere Zahlungsverpflichtungen gegenüber Dritten bestehen bei der Ausübung vereinbarter Put-Optionen durch die Gesellschafter (Kommanditisten) der Sireo Immobilienfonds No. 1 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main (maximal 490 Mio. €).

Die Deutsche Telekom ist im Rahmen des allgemeinen Geschäftsbetriebs an einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten, anderen Verfahren und Angelegenheiten beteiligt. Die Rechtsberatungskosten und die voraussichtlichen Kosten auf Grund negativer Verfahrensergebnisse werden bei den Rückstellungen für Prozessrisiken berücksichtigt.

[29] Derivative Finanzinstrumente

Das Volumen der zum Bilanzstichtag ausstehenden Transaktionen stellt sich wie folgt dar:

	Nominalbetrag				Beizulegender Zeitwert			
	Summe	Restlaufzeiten			Summe	Restlaufzeiten		
		Mio. €	≤ 1 Jahr Mio. €	> 1 – 5 Jahre Mio. €		> 5 Jahre Mio. €	Mio. €	≤ 1 Jahr Mio. €
Zinsbezogene Instrumente								
Zinsswaps	31 826	9 173	15 961	6 692	(348)	(23)	(45)	(280)
Zins-/Währungsswaps	9 985	2 095	5 008	2 882	(699)	(77)	(261)	(361)
	41 811	11 268	20 969	9 574	(1 047)	(100)	(306)	(641)
Devisenbezogene Instrumente								
Devisentermingeschäfte short	1 374	987	387	0	77	54	23	0
Devisentermingeschäfte long	3 525	2 993	532	0	(131)	(112)	(19)	0
	4 899	3 980	919	0	(54)	(58)	4	0
	46 710	15 248	21 888	9 574	(1 101)	(158)	(302)	(641)

In den folgenden Bilanzposten werden die auf die derivativen Finanzinstrumente entfallenden Zinsabgrenzungen und die im Rahmen von Drohverlustrückstellungen

abgebildeten Verlustüberhänge aus der Bewertung von Portfolios mit den angegebenen Buchwerten erfasst:

	Forderungen aus Zinsen Mio. €	Verbindlichkeiten aus Zinsen Mio. €	Forderungen aus Vorfälligkeitsentschädigungen Mio. €	Verbindlichkeiten aus Vorfälligkeitsentschädigungen Mio. €	Übrige Rückstellungen Mio. €
Zinsswaps	324	(309)	30	(435)	(37)
Zins-/Währungsswaps	99	(76)	-	-	(4)
Devisentermingeschäfte	-	-	-	-	(106)
	423	(385)	30	(435)	(147)

Derivative Finanzinstrumente werden zur Begrenzung der Änderungsrisiken für Währungen und Zinsen eingesetzt. Oberster Grundsatz jeglichen Derivate-Einsatzes ist die Absicherung von Risiken aus Grundgeschäften. Derivative Finanzinstrumente dürfen daher nur zum Schließen von Positionen, niemals zum Eingehen von neuen Risiken aus spekulativen Gründen eingesetzt werden. Des Weiteren werden derivative Finanzinstrumente in der Regel für Vorfälligkeitsentschädigungen aus vorzeitig getilgten konzern-internen Krediten abgeschlossen.

Ziel des Einsatzes von Derivaten ist es, Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte und Zinszahlungsveränderungen der zugeordneten Finanzanlagen und -verbindlichkeiten auszugleichen. Die Wirksamkeit des Sicherungszusammenhangs wird fortlaufend überprüft. Die derivativen Finanzinstrumente unterliegen internen Risikokontrollen.

Die Nominalwerte der derivativen Finanzinstrumente stellen in der Regel lediglich die Basis für die Bemessung von Ausgleichszahlungen, keine zwischen den Vertragspartnern vereinbarten Zahlungen, dar. Sie geben nicht den Risikogehalt der Finanzderivate wieder. Die tatsächlichen Zahlungen aus den Derivaten basieren auf dem Marktwert, der sich auf der Grundlage aktueller Zinssätze, Wechselkurse und sonstiger Konditionen bestimmt.

Bei den Zinsinstrumenten handelt es sich im Wesentlichen um Zinsswaps. Zinsswaps werden mit dem Ziel abgeschlossen, die Zinsausstattung von Anleihen und Krediten gemäß eines einmal pro Jahr festgelegten Mixes

aus fest und variabel verzinslichen Finanzierungsmitteln zu transformieren. Zinsswaps sind einzelnen Finanzinstrumenten (Mikrozinsswaps) oder einem Portfolio von Finanzinstrumenten (Makrozinsswaps) zugeordnet.

Devisentermingeschäfte werden zur Devisenkurssicherung und Zins-/Währungsswaps zur Eliminierung von Risiken im Finanzierungsbereich eingesetzt.

Devisentermingeschäfte werden mit den entsprechenden Grundgeschäften zu währungsspezifischen Portfolios zusammengefasst und am Bilanzstichtag zu ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Der beizulegende Zeitwert gehandelter derivativer Finanzinstrumente entspricht dem Marktwert. Devisentermingeschäfte werden mit den Devisenterminkursen am Bilanzstichtag bewertet; nicht börsengehandelte Zinsswaps werden mit dem Barwert der zukünftigen Zahlungen angesetzt. Bewertungsgewinne und -verluste werden pro Portfolio saldiert. In Höhe des Verlustüberhangs wird für das jeweilige Portfolio eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Gewinnüberhänge bleiben außer Ansatz.

Zins-/Währungsswaps werden im Wesentlichen zur Transformation anderer Währungen aus Anleihen, Medium Term Note-Ziehungen und Schuldscheindarlehen in die Zielwährungen der Deutschen Telekom, d. h. EUR, GBP und USD, eingesetzt. Zusätzlich werden verschiedene Zins-/Währungsswaps zur währungsrisikogesicherten Finanzierung von Tochtergesellschaften eingesetzt.

[30] Umrechnungskurse

	Durchschnittskurs		Stichtagskurs	
	2007 €	2006 €	31.12.2007 €	31.12.2006 €
100 Schweizer Franken (CHF)	60,8676	63,5749	60,4100	62,2351
100 Tschechische Kronen (CZK)	3,6015	3,5284	3,7636	3,6377
1 Britisches Pfund (GBP)	1,4614	1,4667	1,3613	1,4897
100 Hong Kong Dollar (HKD)	9,3545	10,2494	8,7076	9,7540
100 Kroatische Kuna (HRK)	13,6283	13,6532	13,6384	13,6067
100 Ungarische Forint (HUF)	0,3978	0,3784	0,3962	0,3973
100 Japanische Yen (JPY)	0,6202	0,6848	0,6061	0,6378
100 Polnische Zloty (PLN)	26,4290	25,6656	27,8921	26,0855
100 Singapur-Dollar (SGD)	48,4622	50,1359	47,2607	49,4505
100 Slowakische Kronen (SKK)	2,9607	2,6856	2,9780	2,8976
1 US-Dollar (USD)	0,7297	0,7963	0,6791	0,7585

[31] Honorare und Dienstleistungen der Abschlussprüfer

Das für die Abschlussprüfer der Deutschen Telekom im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar gliedert sich wie folgt:

PwC	2007 Mio. €	2006 Mio. €	Ernst & Young	2007 Mio. €	2006 Mio. €
Honorare für Abschlussprüfungen	9	11	Honorare für Abschlussprüfungen	5	8
Honorare für sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	5	6	Honorare für sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	4	6
Übrige Honorare	4	4	Übrige Honorare	0	0
	18	21		9	14

Unter den Honoraren für Abschlussprüfungen werden insbesondere Honorare für die Prüfung des Jahresabschlusses ausgewiesen sowie Honorare für weitere Prüfungshandlungen insbesondere im Zusammenhang mit der Prüfung des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung nach dem Sarbanes Oxley Act 404.

Bei den Honoraren für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen handelt es sich vor allem um Entgelte für die prüferische Durchsicht der Zwischenabschlüsse sowie die prüferische Begleitung im Rahmen der Dokumentation des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung nach dem Sarbanes Oxley Act 404.

Die übrigen Honorare umfassen überwiegend projektbezogene Beratungsleistungen.

[32] **Der Vorstand der Deutschen Telekom AG im Jahr 2007 einschließlich der Aufsichtsratsmandate bei anderen Gesellschaften**

René Obermann

Vorstandsvorsitzender seit 13. November 2006

Aufsichtsratsmandate in Tochtergesellschaften und Beteiligungen:

- T-Mobile International AG, Bonn (seit 11/2006), Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 12/2006)
- T-Mobile USA Inc., Bellevue, USA, (seit 1/2003), Vorsitzender des Board of Directors (seit 12/2006)
- T-Systems Enterprise Services GmbH, Frankfurt am Main, Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 12/2006)
- T-Systems Business Services GmbH, Bonn, Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 12/2006)

Dr. Karl-Gerhard Eick

Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

Vorstand Finanzen

Vorstand Personal (kommissarisch vom 1. Januar 2007 bis 2. Mai 2007)

Vorstand Geschäftskunden (kommissarisch vom 1. Juni 2007 bis 30. November 2007)

Aufsichtsratsmandate in Tochtergesellschaften und Beteiligungen:

- DeTe Immobilien, Deutsche Telekom Immobilien und Service GmbH, Münster (seit 2/2002)
- Sireo Real Estate Asset Management GmbH, Heusenstamm, Vorsitzender des Aufsichtsrats (5/2001 bis 12/2007)
- T-Mobile International AG, Bonn (seit 3/2000)
- T-Systems Business Services GmbH, Bonn (seit 12/2005)
- T-Systems Enterprise Services GmbH, Frankfurt am Main (seit 6/2002)

Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien in Wirtschaftsunternehmen:

- Corpus Immobiliengruppe GmbH & Co. KG, Düsseldorf, Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 9/2007)
- Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main (seit 8/2004)
- FC Bayern München AG, München (seit 10/2004)

Hamid Akhavan

Vorstand T-Mobile, Produktentwicklung und Technologie- und IT-Strategie seit 5. Dezember 2006

Aufsichtsratsmandate in Tochtergesellschaften und Beteiligungen:

- T-Mobile Deutschland GmbH, Bonn (seit 1/2007)
- T-Mobile Czech Republic a.s., Prag, Tschechien (seit 2/2003)
- T-Mobile Netherlands Holding B.V., Den Haag, Niederlande (seit 1/2004)
- T-Mobile UK Ltd., Hertfordshire, Großbritannien (seit 3/2004)
- T-Venture Telekom Funds Beteiligungs GmbH, Bonn (seit 8/2004), Investment Committee

Reinhard Clemens

Vorstand Geschäftskunden seit 1. Dezember 2007

- keine weiteren Mandate -

Timotheus Höttges

Vorstand T-Home, Sales und Service seit 5. Dezember 2006

Aufsichtsratsmandate in Tochtergesellschaften und Beteiligungen:

- Deutsche Telekom Technischer Service GmbH, Bonn, Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 10/2007)
- Deutsche Telekom Kundenservice GmbH, Bonn, Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 11/2007)
- Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH, Bonn, Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 10/2007)
- T-Mobile Austria GmbH, Wien, Österreich (5/2006 bis 2/2007)
- T-Mobile Austria Holding GmbH, Wien, Österreich (2/2003 bis 2/2007)
- T-Mobile Deutschland GmbH, Bonn (seit 4/2005)
- T-Mobile Czech Republic a.s., Prag, Tschechien (2/2003 bis 2/2007)
- T-Mobile Netherlands Holding B.V., Den Haag, Niederlande (2/2003 bis 2/2007)
- T-Mobile UK Ltd., Hertfordshire, Großbritannien (3/2004 bis 2/2007)
- T-Punkt Vertriebsgesellschaft mbH, Bonn (seit 6/2004), Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 12/2006)

Thomas Sattelberger

Vorstand Personal seit 3. Mai 2007

Aufsichtsratsmandate in Tochtergesellschaften und Beteiligungen:

- T-Mobile International AG, Bonn (seit 6/2007)
- T-Systems Business Services GmbH, Bonn (seit 6/2007)
- T-Systems Enterprise Services GmbH, Frankfurt am Main (seit 6/2007)

In 2007 ausgeschiedene Vorstände:

Lothar Pauly

Vorstand Geschäftskunden vom 1. Oktober 2005 bis 31. Mai 2007

Aufsichtsratsmandate in Tochtergesellschaften und Beteiligungen:

- Detecon International GmbH, Bonn, Vorsitzender des Aufsichtsrats (10/2005 bis 6/2007)

[33] Der Aufsichtsrat der Deutschen Telekom AG im Jahr 2007 einschließlich der Mandate bei anderen Gesellschaften

Dr. Klaus Zumwinkel

Mitglied des Aufsichtsrats seit 7. März 2003

Vorsitzender des Aufsichtsrats seit 14. März 2003

Vorsitzender des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn

- Arcandor AG, Essen (seit 5/2003); (vormals Karstadt Quelle AG)
- Deutsche Lufthansa AG, Köln (seit 6/1998)
- Deutsche Postbank AG, Bonn¹, Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1/1999)

Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien in Wirtschaftsunternehmen:

- Morgan Stanley, New York, USA, Board of Directors (seit 1/2004)

Lothar Schröder

Mitglied des Aufsichtsrats seit 22. Juni 2006

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats seit 29. Juni 2006

Mitglied des Bundesvorstands ver.di, Berlin

- T-Mobile Deutschland GmbH, Bonn (seit 8/2003), Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 9/2003)

Hermann Josef Becker

Mitglied des Aufsichtsrats seit 1. Januar 2008

Mitglied der Geschäftsleitung Deutsche Telekom Direktvertrieb und Beratung sowie Vorsitzender des Konzernsprecher-ausschusses und des Unternehmenssprecher-ausschusses Deutsche Telekom AG, Bonn

- keine weiteren Mandate -

Monika Brandl

Mitglied des Aufsichtsrats seit 6. November 2002

Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats der Konzernzentrale/GHS der Deutschen Telekom AG, Bonn

- keine weiteren Mandate -

Josef Falbisoner

Mitglied des Aufsichtsrats seit 2. Oktober 1997

Landesbezirksleiter ver.di Bayern, München

- PSD Bank eG, München, Sitz Augsburg (seit 6/1994)

Dr. Hubertus von Grünberg

Mitglied des Aufsichtsrats seit 25. Mai 2000

Aufsichtsrat, unter anderem bei der Continental Aktiengesellschaft, Hannover

- Allianz Versicherungs-AG, München (seit 5/1998)
- Continental AG, Hannover, Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 6/1999)
- Deutsche Post AG, Bonn (5/2006 bis 7/2007)
- MAN Aktiengesellschaft, München (2/2000 bis 3/2007)

Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien in Wirtschaftsunternehmen:

- ABB Ltd., Zürich, Schweiz, Präsident des Verwaltungsrats (seit 5/2007)
- Schindler Holding AG, Hergiswil, Schweiz, Verwaltungsrat (seit 5/1999)

Lawrence H. Guffey

Mitglied des Aufsichtsrats seit 1. Juni 2006

Senior Managing Director, The Blackstone Group International Ltd., London, Großbritannien

Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien in Wirtschaftsunternehmen:

- Axtel Ote Corp., San Pedro Giza Garcia, Nuevo Leon, Mexiko (seit 4/2000)
- Cineworld Corp., London, Großbritannien (seit 10/2004)
- TDC AS Corp., Kopenhagen, Dänemark (seit 2/2006)
- Paris Review, New York, USA (seit 7/2006)

Ulrich Hocker

Mitglied des Aufsichtsrats seit 14. Oktober 2006

Hauptgeschäftsführer Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V. (DSW), Düsseldorf

- Arcandor AG, Essen (seit 7/1998) (vormals Karstadt Quelle AG)
- E.ON AG, Düsseldorf (seit 6/2000)
- Feri Finance AG, Bad Homburg (seit 12/2001), Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 12/2005)
- ThyssenKrupp Stainless AG, Duisburg (seit 11/2005)

Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien in Wirtschaftsunternehmen:

- Gartmore SICAV, Luxemburg, Luxemburg (seit 5/2005)
- Phoenix Mecano AG, Stein am Rhein, Schweiz (seit 8/1988), Präsident des Verwaltungsrats (seit 7/2003)

Lothar Holzwarth

Mitglied des Aufsichtsrats seit 6. November 2002

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats T-Systems Business Services GmbH, Bonn

- PSD Bank RheinNeckarSaar eG (seit 1/1996), Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 7/2006)
- T-Systems Business Services GmbH, Bonn (seit 9/2006)

Sylvia Kühnast

Mitglied des Aufsichtsrats seit 3. Mai 2007

Sachverständige des Gesamtbetriebsrats T-Mobile Deutschland GmbH, Hannover

- keine weiteren Mandate -

Waltraud Litzenberger

Mitglied des Aufsichtsrats seit 1. Juni 1999

Stellvertretende Vorsitzende des Konzernbetriebsrats der Deutschen Telekom AG, Bonn

- PSD Bank Koblenz eG, Koblenz (seit 9/1998)

Michael Löffler

Mitglied des Aufsichtsrats seit 1. Januar 1995

Mitglied des Betriebsrats der Deutschen Telekom Netzproduktion GmbH, Bonn, TI NL MO

- keine weiteren Mandate -

Ingrid Matthäus-Maier

Mitglied des Aufsichtsrats seit 3. Mai 2006

Sprecherin des Vorstands der KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main

- Deutsche Post AG, Bonn (seit 10/2006)
- Deutsche Steinkohle AG, Herne (seit 11/2007)
- RAG Aktiengesellschaft, Essen (seit 3/2005)
- EVONIK Industries AG, Essen (9/2006 bis 11/2007); (vormals RAG Beteiligungs-AG)
- Salzgitter Mannesmann Handel GmbH, Düsseldorf (seit 3/2000)

Dr. Thomas Mirow

Mitglied des Aufsichtsrats seit 17. Januar 2006

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Berlin

- keine weiteren Mandate -

¹ Konzernmandat im Sinne von § 100 Abs. 2 Satz 2 AktG

Jahresabschluss und Lagebericht Deutsche Telekom AG

Sonstige Angaben

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Reitzle

Mitglied des Aufsichtsrats seit
10. Februar 2005

Vorsitzender des Vorstands der Linde AG,
München

- Allianz Lebensversicherungs-AG,
Stuttgart (12/2002 bis 7/2007)
- KION Group GmbH, Wiesbaden
(seit 6/2007)
- The BOC Group plc.¹, Guildford,
Großbritannien (9/2007)

Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann

Mitglied des Aufsichtsrats seit 3. Mai 2006

Ehemaliger Vorsitzender des Vorstands
Deutsche Postbank AG, Bonn (seit 6/2007)

- BHW Bausparkasse AG, Hameln¹,
Vorsitzender des Aufsichtsrats
(1/2006 bis 6/2007)
- BHW Holding AG, Berlin/Hamel¹
(6/2005 bis 6/2007), Vorsitzender des
Aufsichtsrats (1/2006 bis 6/2007)
- Deutsche Post AG, Bonn (seit 8/2007)
- Deutsche Postbank Financial Services
GmbH, Frankfurt am Main¹, Stellvertretender
Vorsitzender des Aufsichtsrats
(6/2001 bis 6/2007)
- maxingvest AG, Hamburg (seit 8/2003);
(vormals Tchibo Holding AG)
- Postbank Filialvertrieb AG, Bonn (vormals
Deutsche Post Retail GmbH)¹, (5/2005 bis
6/2007), Vorsitzender des Aufsichtsrats
(2/2006 bis 6/2007)
- Postbank Finanzberatung AG, Hameln¹
(7/2006 bis 6/2007), Vorsitzender des
Aufsichtsrats (8/2006 bis 6/2007)
- PB Lebensversicherung AG, Hilden¹
(2/1999 bis 6/2007)
- PB Versicherung AG, Hilden¹
(2/1999 bis 6/2007)

Mitgliedschaften in vergleichbaren in-
und ausländischen Kontrollgremien in
Wirtschaftsunternehmen:

- accenture Corp., Irving, Texas, USA
(seit 10/2001)
- Altadis S.A., Madrid, Spanien (seit 5/2004)
- BAWAG P.S.K. AG, Wien, Österreich,
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 7/2007)
- Bundesverband deutscher Banken e.V.,
Berlin, Mitglied des Vorstands
(1/2005 bis 6/2007)
- PB Capital Corp., Wilmington, Delaware,
USA¹, Vorsitzender des Board of Directors
(9/2001 bis 6/2007)
- PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington,
Delaware, USA¹, Vorsitzender des Board of
Directors (9/2001 bis 6/2007)

Dr. Klaus G. Schlede

Mitglied des Aufsichtsrats seit 20. Mai 2003

Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen
Lufthansa AG, Köln

- Deutsche Postbank AG, Bonn (seit 4/2000)
- Deutsche Lufthansa AG, Köln (seit 6/1998)

Mitgliedschaften in vergleichbaren in-
und ausländischen Kontrollgremien in
Wirtschaftsunternehmen:

- Swiss International Air Lines AG, Basel,
Schweiz (seit 9/2005)

Michael Sommer

Mitglied des Aufsichtsrats seit 15. April 2000

Vorsitzender des Deutschen
Gewerkschaftsbundes, Berlin

- Deutsche Postbank AG, Bonn,
Stellvertretender Vorsitzender des
Aufsichtsrats (seit 11/1997)
- Salzgitter AG, Salzgitter (seit 9/2005)

Mitgliedschaften in vergleichbaren in-
und ausländischen Kontrollgremien in
Wirtschaftsunternehmen:

- KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main,
Verwaltungsrat (seit 1/2003)

Bernhard Walter

Mitglied des Aufsichtsrats seit 27. Mai 1999

Ehemaliger Sprecher des Vorstands der
Dresdner Bank AG, Frankfurt am Main

- Bilfinger Berger AG, Mannheim (seit 7/1998),
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 5/2006)
- Daimler AG, Stuttgart (seit 5/1998); (vormals
DaimlerChrysler AG)
- Henkel KGaA, Düsseldorf (seit 5/1998)
- Staatliche Porzellan-Manufaktur Meißen
GmbH, Meißen, Stellvertretender
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1/2001)
- Wintershall AG, Kassel, Stellvertretender
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 2/2001)
- Wintershall Holding AG, Kassel (seit 11/2006)

Wilhelm Wegner

Mitglied des Aufsichtsrats seit 1. Juli 1996

Vorsitzender des Konzernbetriebsrats und
des Europäischen Betriebsrats der Deutschen
Telekom AG, Bonn

- VPV Allgemeine Versicherungs-AG, Köln
(seit 8/1995)
- VPV Holding AG, Stuttgart (seit 1/2002)
- Vereinigte Postversicherung VVaG, Stuttgart
(seit 7/1998)

In 2007 ausgeschiedene Aufsichtsratsmitglieder:

Wolfgang Schmitt

Mitglied des Aufsichtsrats vom
2. Oktober 1997 bis 31. Dezember 2007

Leiter der Geschäftsberatung, T-Com Zentrale,
Deutsche Telekom AG, Bonn

- PSD Bank RheinNeckarSaar eG (seit 1993)
- Telemarkt AG, Reutlingen (seit 1/2004)

Ursula Steinke

Mitglied des Aufsichtsrats vom
1. Januar 1995 bis 3. Mai 2007

Sachverständige des Betriebsrats der
T-Systems Enterprise Services GmbH,
Frankfurt am Main

- keine weiteren Mandate –

¹ Konzernmandat im Sinne von § 100 Abs. 2 Satz 2 AktG

[34] Bezüge des
Vorstands und
des Aufsichtsrats

Vergütung des Vorstands.

Bei den nachfolgenden Angaben zur Vorstandsvergütung handelt es sich um gesetzlich vorgesehene Anhangsangaben nach dem Handelsgesetzbuch (vgl. § 285 HGB) sowie um Angaben auf Grund der Vorgaben des Corporate Governance Kodex.

Der Vorstand der Deutschen Telekom AG besteht derzeit aus sechs Mitgliedern.

Der Vertrag mit Dr. Karl-Gerhard Eick wurde mit Wirkung zum 1. Dezember 2007 um 5 Jahre verlängert. Thomas Sattelberger ist am 3. Mai 2007 neu in den Vorstand bestellt worden, Reinhard Clemens mit Wirkung zum 1. Dezember 2007. Im Verlauf des Geschäftsjahres ist das Vorstandsmitglied Lothar Pauly mit Wirkung zum 1. Juni 2007 aus dem Vorstand ausgeschieden.

Systematik der Vorstandsvergütung und Überprüfung.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus verschiedenen Bestandteilen zusammen. Die Mitglieder des Vorstands haben auf Basis der mit ihnen geschlossenen Dienstverträge einen Anspruch auf eine fixe und eine jährliche variable Vergütung, auf eine langfristig ausgelegte variable Vergütungskomponente (Mid-Term Incentive

Plan) sowie auf Nebenleistungen und auf Anwartschaften aus einer betrieblichen Pensionszusage. Die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand sowie die Angemessenheit der Vergütung werden regelmäßig vom Präsidialausschuss des Aufsichtsrats überprüft und festgelegt.

Fixe Vergütung, variable Erfolgsvergütung und Nebenleistungen.

Die Gesamtvergütung ist bei voller Zielerreichung grundsätzlich zu etwa zwei Drittel variabel und zu etwa einem Drittel fix ausgestaltet. Die erfolgsunabhängigen Teile bestehen aus dem Fixgehalt und den Nebenleistungen sowie Pensionszusagen, während die erfolgsbezogenen Komponenten in variable Erfolgsvergütung und eine Komponente mit langfristiger Anreizwirkung aufgeteilt sind.

Die fixe Vergütung ist bei allen Vorstandsmitgliedern gemäß den aktienrechtlichen Anforderungen unter Beachtung der marktüblichen Vergütungen festgelegt (individualisierte Angaben siehe Tabelle: „Vergütung des Vorstands 2006/2007“).

Die jährliche variable Vergütung der Vorstandsmitglieder bestimmt sich nach dem Grad der Erreichung der vom Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Telekom AG vor Beginn des Geschäftsjahres jedem Mitglied des Vorstands erteilten Zielvorgabe. Die Zielvorgabe setzt sich aus Konzernzielen und Individualzielen der einzelnen Vorstandsmitglieder zusammen, für die die Parameter Umsatz,

EBITDA, Konzernüberschuss vor Sondereinflüssen und Kundenzufriedenheit verwendet wurden. Die Zielerreichung wird vom Präsidialausschuss des Aufsichtsrats für das jeweilige Geschäftsjahr festgelegt (Detailangaben hierzu siehe Tabelle: „Vergütung des Vorstands 2006/2007“).

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft kann zudem nach seinem pflichtgemäßen Ermessen außerordentliche Leistungen einzelner oder aller Vorstandsmitglieder in Form einer besonderen Erfolgstantieme vergüten.

In markt- und konzernüblicher Weise gewährt die Gesellschaft allen Mitgliedern des Vorstands aus ihren Vorstandsverträgen weitere Leistungen, die zum Teil als geldwerte Vorteile angesehen und entsprechend versteuert werden, so vor allem die Überlassung eines Geschäftsfahrzeugs sowie die Gewährung von Unfallversicherungs- und Haftpflichtschutz, ferner Erstattungen im Rahmen von Dienstreisen und Leistungen im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung.

Nebentätigkeiten sind grundsätzlich genehmigungspflichtig. Die Übernahme von Management- und Aufsichtsratsfunktionen in Konzerngesellschaften erfolgt unentgeltlich.

Regelungen für den Fall der Beendigung der Vorstandstätigkeit.

Die Laufzeiten der Verträge der Mitglieder des Vorstands sind an die Laufzeit der Bestellung zum Mitglied des Vorstands gekoppelt. Ist die Gesellschaft berechtigt, die Bestellung zu beenden, ohne dass dies zivilrechtlich auch einen so genannten „wichtigen Grund“ für die gleichzeitige Beendigung des Dienstvertrags darstellt, so erhält das Vorstandsmitglied einen Anspruch auf eine vertraglich festgelegte Abfindung. Diese berechnet sich (abgezinst) für die fiktive Restlaufzeit der Bestellung in der laufenden Vorstandsamtsperiode (maximal für 36 Monate) auf Basis von 100 Prozent des festen Jahresgehalts und 75 Prozent der variablen Vergütung auf Basis einer unterstellten Zielerreichung von 100 Prozent.

Die Vorstandsverträge der Deutschen Telekom AG enthalten keine Zusagen für Leistungen aus Anlass der Beendigung der Vorstandstätigkeit infolge eines Kontrollwechsels.

Die Verträge der Vorstandsmitglieder sehen grundsätzlich ein nachvertragliches Wettbewerbsverbot vor. Den Mitgliedern des Vorstands ist es ansonsten vertraglich untersagt, während der Dauer von einem Jahr nach Ausscheiden Leistungen an oder für einen Wettbewerber zu erbringen. Hierfür erhalten sie als Karenzentschädigung eine Zahlung in Höhe der zuletzt bezogenen jährlichen Festvergütung.

Zusage einer betrieblichen Altersversorgung.

Die Mitglieder des Vorstands haben eine Zusage auf eine betriebliche Altersversorgung. Diese ist in Abhängigkeit des individuellen Jahresgehalts ausgestaltet. Das bedeutet, dass die Vorstände im Versorgungsfall pro abgeleisteten Dienstjahr einen festgelegten Prozentsatz des letzten festen Jahresgehalts vor Eintritt des Versorgungsfalles als betriebliche Altersversorgung erhalten. Die wesentlichen Inhalte der Versorgungszusagen der im Geschäftsjahr 2007 aktiven Vorstandsmitglieder sind im Folgenden beschrieben:

Die Vorstandsmitglieder erhielten eine Zusage auf Versorgungsleistungen in Form eines lebenslangen Ruhegeldes ab Vollendung des 62. Lebensjahres bzw. einer Invalidenrente oder in Form einer vorgezogenen Altersrente mit Vollendung des 60. Lebensjahres (mit den üblichen versicherungsmathematischen Abschlägen). Die Höhe des betrieblichen Ruhegeldes berechnet sich auf Basis der bis zum Ausscheiden abgeleisteten anrechenbaren Dienstzeit als Vorstand. Den Herren Clemens und Sattelberger wurden im Rahmen ihres Wechsels zur Gesellschaft da-

rüber hinaus auf Grund der vorherigen Vertragskonstellation anrechenbare Dienstzeiten in Höhe von 24 bzw. 17 Monaten zugesagt.

Das jährliche Ruhegeld errechnet sich aus einem Basisprozentsatz (6 Prozent für die Herren Obermann und Dr. Eick bzw. 5 Prozent für die übrigen Vorstandsmitglieder) des festen Jahresgehaltes bei Beendigung des Dienstverhältnisses, multipliziert mit der in Jahren ausgedrückten anrechenbaren Dienstzeit. Nach zehn Jahren Vorstandszugehörigkeit ist der maximale Versorgungsgrad (60 Prozent bzw. 50 Prozent) erreicht. Versorgungszahlungen unterliegen einer üblichen jährlichen Dynamisierung (1 Prozent für die Herren Clemens, Höttges und Sattelberger bzw. 3 Prozent für die übrigen Vorstandsmitglieder). Im Fall einer dauernden Arbeitsunfähigkeit (Invalidität) wird jeweils die Dienstzeit bis zum Ende der laufenden Bestellperiode für die Berechnung der Versorgung zugrunde gelegt. Thomas Sattelberger hat darüber hinaus seit seinem Wechsel zur Gesellschaft eine zusätzliche Altersversorgung in Form eines einmaligen Alterskapitals in Höhe von

1 700 000,00 €, wenn sein Dienstverhältnis mit der Gesellschaft mit oder nach Vollendung des 62. Lebensjahres endet. Dieses Sonderalterskapital dient der Abgeltung von entgangenen Stock-Options seines früheren Arbeitgebers. Mit Hamid Akhavan ist auf Grund seiner US-Staatsbürgerschaft an Stelle einer Versorgungszusage eine Regelung im Sinne eines „pension substitute“ vereinbart. Die hieraus für jedes vollständig abgeleistete Dienstjahr resultierende jährliche Zahlung wird in der Tabelle „Vergütung des Vorstands 2006/2007“ innerhalb der Angaben der sonstigen Bezüge ausgewiesen.

Darüber hinaus enthalten die Versorgungsvereinbarungen Regelungen zur Hinterbliebenenversorgung in Form von Witwen- und Waisenrentenansprüchen. Ein Anspruch auf Witwenrente ist in speziell geregelten Sonderfällen ausgeschlossen. Schlussendlich sind in den Versorgungszusagen Anrechnungstatbestände marktüblich geregelt. Die Gesellschaft übernimmt für einige Vorstandsmitglieder noch die Beiträge inklusive deren Versteuerung für eine Risikolebensversicherung mit marktüblicher Deckung (1,3 Mio. €). Die hieraus entstandenen Kosten werden im Rahmen der geldwerten Vorteile mit ausgewiesen.

Komponenten mit mittel- bzw. langfristiger Anreizwirkung.

Mid-Term Incentive Plan.

Die Mitglieder des Vorstands nehmen an dem im Geschäftsjahr 2004 eingeführten Mid-Term Incentive Plan der Deutschen Telekom AG (MTIP) teil (siehe hierzu die vorstehenden Ausführungen zum MTIP unter Anmerkung [24]). Die Herren Akhavan und Höttges nehmen an dem MTIP 2005 und 2006 auf Grund ihrer vorhergehenden Tätigkeit als Mitglieder des Vorstands der T-Mobile International AG teil.

Die Planhürden für den MTIP 2005 wurden gemäß Feststellung des Präsidialausschusses des Aufsichtsrats am 6. Februar 2008 nicht erreicht. Somit erfolgt auch keine Incentivierung des Vorstands aus dieser Tranche des Plans.

Vergütung mit Anreizwirkung aus MTIP^a

	MTIP 2007 ^c Maximaler Aus- lobungsbetrag €	MTIP 2007 Fair Value zum Zeitpunkt der Gewährung €	Gesamtaufwand aktienbasierte Vergütungs- systeme 2007 €	MTIP 2006 Maximaler Aus- lobungsbetrag €	Gesamtaufwand aktienbasierte Vergütungs- systeme 2007 €
René Obermann	750 000,00	16 981,09	97 580,53	504 000,00	20 969,11
Dr. Karl-Gerhard Eick	596 250,00	13 499,97	84 736,99	596 250,00	24 807,20
Hamid Akhavan	480 000,00	10 867,90	61 625,55	300 000,00	12 481,61
Timotheus Höttges	450 000,00	10 188,65	56 263,65	240 000,00	9 985,29
Lothar Pauly	450 000,00	10 188,65	63 952,44	450 000,00	18 722,41
Thomas Sattelberger ^b	457 777,78	10 364,75	35 528,96	0,00	0,00
	3 184 027,78	72 091,01	399 688,12	2 090 250,00	86 965,62

^a Fair Value ermittelt nach dem sog. „Monte Carlo“-Modell.

^b Auf Grund des Konzernbeitritts von Herrn Sattelberger zum 3. Mai 2007 erfolgte die MTIP-Auslobung für 2007 pro rata temporis.

^c Nach den Bestimmungen des Plan-Designs bestand für Herrn Clemens auf Grund seiner Bestellung zum 1. Dezember 2007 keine Möglichkeit mehr, an der MTIP-Tranche 2007 zu partizipieren.

Aktienoptionsplan 2001.

Der Aktienoptionsplan 2001 der Gesellschaft wurde mit Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 18. Mai 2004 geschlossen. Bereits ab dem Geschäftsjahr 2002 wurden für Mitglieder des Konzernvorstands keine Aktienoptionen mehr ausgegeben.

Dr. Karl-Gerhard Eick hat an der Tranche 2001 teilgenommen.

René Obermann hat ebenfalls an der Tranche 2001 des Aktienoptionsplans 2001 teilgenommen.

Hamid Akhavan, Timotheus Höttges und René Obermann nehmen noch aus ihrer vorherigen Tätigkeit für T-Mobile an der Tranche 2002 des Aktienoptionsplans 2001 teil.

Die gewährten Aktienoptionen sind im Rahmen der Vorgaben ausübbar; bislang erfolgte jedoch noch keine Ausübung. Der Bestand an Aktienoptionen ist im Bezug auf die im Geschäftsjahr 2007 aktiven Vorstandsmitglieder unverändert zum Vorjahr.

Die Anzahl der Aktienoptionen ergibt sich im Einzelnen aus der nachfolgenden Tabelle.

Vergütung mit Anreizwirkung aus Aktienoptionsplänen						
		Optionen AOP 2001 Tranche 2001	Wert der Optionen bei Begebung (2001)	Optionen AOP 2001 Tranche 2002	Wert der Optionen bei Begebung (2002)	Gewichteter Durchschnitt der Ausübungspreise der Aktienoptionen
		Anzahl	€	Anzahl	€	€
René Obermann	2007	48 195	4,87	28 830	3,79	23,40
	2006	48 195		28 830		
Dr. Karl-Gerhard Eick	2007	163 891	4,87	0	0,00	30,00
	2006	163 891		0		
Hamid Akhavan	2007	0	0,00	19 840	3,79	12,36
	2006	0		19 840		
Timotheus Höttges	2007	0	0,00	17 050	3,79	12,36
	2006	0		17 050		
Insgesamt^a	2007	212 086		65 720		
	2006	212 086		65 720		

^a Die Herren Clemens, Pauly und Sattelberger sind in dieser Tabelle deswegen nicht enthalten, weil sie auf Grund des Zeitpunktes ihrer Bestellung zu Vorständen an keinem Aktienoptionsplan mehr partizipieren konnten.

Die Bandbreite der Ausübungspreise der Optionen von René Obermann variiert zwischen 12,36 € und 30,00 €.

Auf Grund der Teilnahme der verbleibenden Vorstandsmitglieder an nur jeweils einer Tranche des Aktienoptionsplans sind keine Bandbreiten anzugeben.

Aus den am 31. Dezember 2007 ausstehenden Optionen für Vorstandsmitglieder ergibt sich ein gewichteter Durchschnitt der restlichen Vertragslaufzeit von 3,8 Jahren.

Siehe im Übrigen die Ausführungen zum AOP vorstehend unter Anmerkung [23].

Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2007.

Unter Zugrundelegung der rechtlichen und sonstigen Vorgaben werden im Folgenden Bezüge der derzeitigen und im Geschäftsjahr 2007 ausgeschiedenen Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2007 mit insgesamt 11 549 060,77 € (2006: 15 328 555,72 €) ausgewiesen. Diese beinhalten das feste Jahresgehalt sowie sonstige Leistungen, geldwerte Vorteile und Sachbezüge, die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2007 und den Fair Value des MTIP 2007 zum Zeitpunkt der Gewährung. Der aus der betrieblichen Altersversorgung resultierende Pensionsaufwand wird durch die Angabe der Service Costs dargestellt. Die sonstigen Bezüge sind vollständig erfolgsunabhängig.

In der Spalte des festen Jahresgehalts 2007 ist zu berücksichtigen, dass der im Zeitpunkt Mai 2007 bestellte Vorstand anlässlich der bevorstehenden Ausgliederung der T-Service Gesellschaften einen Gehaltsverzicht erklärt hat, um auf diese Weise deutlich zu machen, dass dieser Schritt nicht nur für die betroffenen Mitarbeiter eine Einschränkung darstellt. René Obermann – in seiner besonderen Verantwortung als Vorstandsvorsitzender – hat deshalb auf zwei Monatsgrundvergütungen verzichtet. Die übrigen Vorstandsmitglieder verzichteten in Höhe von einem Monats-

grundgehalt auf die feste Jahresvergütung. Auf Grund seiner unterjährigen Erstbestellung erfolgte der Verzicht von Thomas Sattelberger pro rata temporis.

Im Vergleich zu den Vorjahreszahlen ist zu berücksichtigen, dass René Obermann erst mit Wirkung zum 13. November 2006 von einem bis dahin ordentlichen Vorstandsmitglied zum Vorstandsvorsitzenden ernannt und die Herren Akhavan und Höttges erstmalig mit Wirkung zum 5. Dezember 2006 zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern bestellt wurden und somit in den Vorjahreszahlen mit weniger als einem Zwölftel ihrer Jahresbezüge enthalten sind. Auf Grund der erst unterjährigen Bestellungen von Thomas Sattelberger (Mai 2007) und Reinhard Clemens (Dezember 2007) in den Vorstand der Deutschen Telekom AG liegen hier keine Vorjahreszahlen vor, so dass der in der nachstehenden Tabelle ausgewiesene Gesamtanstieg der Vorstandsvergütungen einerseits auf die fehlenden Vorjahreswerte der aktuellen Vorstandsmitglieder zurückzuführen ist und andererseits auf die in den Vorjahreszahlen enthaltenen Vergütungen von insgesamt drei Vorständen, die die Deutsche Telekom im November und Dezember 2006 verlassen haben.

Gesamtbezüge und Aufwand.

Die Vergütung des Vorstands ergibt sich im Einzelnen aus der nachfolgenden Tabelle.

		Vergütung des Vorstands 2006/2007					
		Festes Jahresgehalt	Sonstige Bezüge	Variable Vergütung	MTIP (Fair-Value zum Zeitpunkt der Gewährung)	Summe	Pensions- aufwand
		€	€	€	€	€	€
René Obermann	2007	1 041 666,60	224 479,59	1 375 000,00	16 981,09	2 658 127,28	383 084,00
	2006	894 666,66	28 730,71	805 537,00	20 969,11	1 749 903,48	378 979,00
Dr. Karl-Gerhard Eick	2007	915 625,00	56 529,37	1 098 281,25	13 499,97	2 083 935,59	550 522,00
	2006	993 750,00	88 962,04	894 375,00	24 807,20	2 001 894,24	747 257,00
Hamid Akhavan	2007	733 333,37	608 693,26 ^a	934 000,00	10 867,90	2 286 894,53	0,00
	2006	58 064,52	43 238,07	53 260,27	12 481,61	167 044,47	0,00
Reinhard Clemens	2007	54 166,67	0,00	68 750,00	0,00	122 916,67	194 460,00
(ab 1.12.2007)	2006	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Timotheus Höttges	2007	687 500,00	20 482,41	825 000,00	10 188,65	1 543 171,06	159 236,00
	2006	54 435,48	949,44	49 931,51	9 985,29	115 301,72	28 315,00
Lothar Pauly	2007	250 000,00	98 830,66	0,00	10 188,65	359 019,31	878 398,00
(bis 31.5.2007)	2006	750 000,00	77 131,26	600 000,00	18 722,41	1 445 853,67	283 286,00
Thomas Sattelberger	2007	484 587,84	1 328 742,13 ^b	671 301,61	10 364,75	2 494 996,33	1 106 824,00 ^c
(ab 3.5.2007)	2006	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	2007	4 166 879,48	2 337 757,42	4 972 332,86	72 091,01	11 549 060,77	3 272 524,00
	2006	2 750 916,66	239 011,52	2 403 103,78	86 965,62	5 479 997,58	1 437 837,00

^a Hamid Akhavan erhält wegen seiner US-Staatsbürgerschaft neben der pension substitute einen pauschalen monatlichen Steuerausgleich auf Grund unterschiedlicher Besteuerungsregeln in Deutschland und den USA.

^b In diesem Betrag ist eine Zahlung in Höhe von 1 300 000,00 € enthalten, die Thomas Sattelberger zum Ausgleich entgangener Stock-Options seines früheren Arbeitgebers bei Eintritt in den Vorstand der Deutschen Telekom AG gewährt wurde.

^c Der Betrag berücksichtigt das einmalige Sonderkapital zum Ausgleich des Verlustes von Aktienoptionsrechten aus Anlass seines Wechsels zur Deutschen Telekom AG.

Die in 2007 vorgenommenen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen betragen 3 272 524,00 € (2006: 3 803 797,23 €).

Herr Lothar Pauly hat im besten gegenseitigen Einvernehmen sein Amt als Vorstandsmitglied der Deutschen Telekom AG mit Wirkung zum 1. Juni 2007 niedergelegt. Die mit ihm getroffene Vereinbarung sieht für sein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Vorstand periodische Zahlungen in monatlicher Höhe von 117 188,00 € bis zum 31. Januar 2009 vor, um seine Ansprüche auf feste und variable Vergütungsbestandteile aus dem noch laufenden Vorstandsvertrag abzugelten. Die weiteren Ansprüche auf feste und variable Vergütungsbestandteile aus dem Vorstandsvertrag werden statt mit monatlichen Zahlungen mit einer Einmalzahlung in Höhe von 2 125 000,00 €

abgegolten. Die Zahlung ist im Februar 2009 fällig. Seine Teilnahme an den laufenden Tranchen des Mid-Term Incentive Plan wird durch die Aufhebungsvereinbarung nicht tangiert. Eventuelle Auszahlungen aus diesen Tranchen ergeben sich aus den jeweiligen Planbestimmungen. Auf seine erworbene betriebliche Altersversorgung wird eine Dienstzeit bis zum 30. September 2010 angerechnet. Das bestehende Wettbewerbsverbot wurde korrespondierend zu den bestehenden vertraglichen Regelungen entschädigungslos aufgehoben.

Kein Mitglied des Vorstands hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Leistungen oder entsprechende Zusagen von einem Dritten im Hinblick auf seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied erhalten.

Frühere und ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands.

Für Leistungen und Ansprüche früherer und ausgeschiedener Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene sind 15 014 605,30 € (2006: 11 852 133,15 €) als Gesamtbezüge ausgewiesen.

Für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen wurden für diesen Personenkreis sowie deren Hinterbliebene 67 813 584,00 € (2006: 71 532 477,00 €) als Rückstellung passiviert.

Einige ausgeschiedene Vorstandsmitglieder haben einen Anspruch auf Beamtenversorgung gegenüber der Postbeamtenversorgungskasse (heute BPS-PT). Im Geschäftsjahr 2007 fiel hierfür kein Aufwand an. Per 31. Dezember 2007 beträgt der Barwert der erwarteten Ruhegehälter dieser Vorstandsmitglieder 2 734 543,00 € (2006: 3 275 322,00 €).

Sonstiges.

Die Gesellschaft hat keine Kredite an Vorstandsmitglieder bzw. ehemalige Vorstandsmitglieder gewährt.

Vergütung des Aufsichtsrats.

Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats ist in § 13 der Satzung der Deutschen Telekom AG geregelt. Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung von 20 000,00 €. Sie können bei entsprechender Entwicklung des Konzernüberschusses je Stückaktie eine variable erfolgsorientierte Vergütung erhalten, die sich in kurzfristige und langfristige Bestandteile unterteilt.

Die kurzfristige erfolgsorientierte Vergütung beträgt 300,00 € je volle 0,01 €, um die der Konzernüberschuss pro Stückaktie im jeweiligen Geschäftsjahr, für das die Vergütung gezahlt wird, den Betrag von 0,50 € übersteigt.

Die langfristige erfolgsorientierte Vergütung beträgt 300,00 € für jeweils 4,0 Prozent, um die der Konzernüberschuss pro Stückaktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres (Referenzjahr) den Konzernüberschuss pro Stückaktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt. Die langfristige erfolgsorientierte Vergütung ist jedoch höchstens so hoch wie die langfristige erfolgsorientierte jährliche Vergütung für das dem jeweiligen Geschäftsjahr vorausgegangene Geschäftsjahr, sofern nicht der Konzernumsatz im Referenzjahr den Konzernumsatz des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Die kurzfristige und die langfristige erfolgsorientierte Vergütung sind jeweils auf maximal 20 000,00 € begrenzt.

Darüber hinaus darf die kurzfristige erfolgsorientierte Vergütung insgesamt 0,02 Prozent des im festgestellten Jahresabschluss des jeweiligen Geschäftsjahres ausgewiesenen Bilanzgewinns der Gesellschaft, dieser vermindert um einen Betrag von 4,0 Prozent der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen zum Ende des Geschäftsjahres, nicht überschreiten.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte, der stellvertretende Vorsitzende das Eineinhalbfache der Vergütung eines einfachen Aufsichtsratsmitglieds. Die Vergütung erhöht sich außerdem für jede Mitgliedschaft in einem Aufsichtsratsausschuss (außer Vermittlungsausschuss sowie Nominierungsausschuss) jeweils um das 0,5 fache und für jeden Vorsitz in einem Aufsichtsratsausschuss zusätzlich jeweils um das 0,5 fache, höchstens jedoch um das 2 fache der jährlichen Vergütung. Aufsichtsratsmitglieder, die nicht während des ganzen Geschäftsjahres im Amt waren, erhalten für jeden angefangenen Monat ihrer Tätigkeit ein Zwölftel der Vergütung.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilgenommen haben, ein Sitzungsgeld von 200,00 €. Die auf die Vergütung und Auslagen zu zahlende Umsatzsteuer wird von der Gesellschaft erstattet.

Die Gesamtvergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für 2007 beträgt 709 066,66 € (zzgl. Umsatzsteuer).

Kredite wurden den Mitgliedern des Aufsichtsrats nicht gewährt.

Die Aufsichtsratsvergütung 2007 verteilt sich auf die einzelnen Mitglieder wie folgt:

Aufsichtsratsmitglied	Fixvergütung zzgl. Sitzungsgeld €	Kurzfristige Variable €	Summe (netto) €	Bewertung des langfristigen Vergütungsanspruchs ^a €
Brandl, Monika	21 600,00	0,00	21 600,00	0,00
Falbisoner, Josef	21 400,00	0,00	21 400,00	0,00
Dr. von Grünberg, Hubertus	32 000,00	0,00	32 000,00	0,00
Guffey, Lawrence H.	42 600,00	0,00	42 600,00	0,00
Hocker, Ulrich	21 600,00	0,00	21 600,00	0,00
Holzwarth, Lothar ^b	21 400,00	0,00	21 400,00	0,00
Kühnast, Sylvia (seit 3.5.2007)	14 333,33	0,00	14 333,33	0,00
Litzenberger, Waltraud	21 400,00	0,00	21 400,00	0,00
Löffler, Michael	21 400,00	0,00	21 400,00	0,00
Matthäus-Maier, Ingrid	21 400,00	0,00	21 400,00	0,00
Dr. Mirow, Thomas	34 000,00	0,00	34 000,00	0,00
Prof. Dr. Reitzle, Wolfgang	21 200,00	0,00	21 200,00	0,00
Prof. Dr. von Schimmelmann, Wulf	21 400,00	0,00	21 400,00	0,00
Dr. Schlede, Klaus G.	62 400,00	0,00	62 400,00	0,00
Schmitt, Wolfgang	42 600,00	0,00	42 600,00	0,00
Schröder, Lothar (stellvertr. Vorsitzender) ^c	75 400,00	0,00	75 400,00	0,00
Sommer, Michael	21 400,00	0,00	21 400,00	0,00
Steinke, Ursula (bis 3.5.2007)	8 733,33	0,00	8 733,33	0,00
Walter, Bernhard	42 400,00	0,00	42 400,00	0,00
Wegner, Wilhelm	65 600,00	0,00	65 600,00	0,00
Dr. Zumwinkel, Klaus (Vorsitzender)	74 800,00	0,00	74 800,00	0,00
Summen	709 066,66	0,00	709 066,66	0,00

^a Zum Zwecke der Ermittlung eines Rückstellungsbetrags wurde hypothetisch zugrunde gelegt, dass der Konzernüberschuss pro Stückaktie in 2009 dem Konzernüberschuss pro Stückaktie in 2007 entsprechen wird. Ausgehend von dieser Prämisse ergibt sich für den Vergleichszeitraum 2006 bis 2009 kein Anspruch auf eine langfristige variable Vergütung, so dass der Rückstellungsbetrag mit 0,00 € angesetzt wurde.

^b Für ein Aufsichtsratsmandat bei der T-Systems Business Services GmbH, Bonn, einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft der Deutschen Telekom AG, hat Herr Holzwarth von dieser Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2007 eine Aufsichtsratsvergütung in Höhe von 4 466,67 € erhalten.

^c Für ein Aufsichtsratsmandat bei der T-Mobile Deutschland GmbH, Bonn, einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft der Deutschen Telekom AG, hat Herr Schröder von dieser Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2007 eine Aufsichtsratsvergütung in Höhe von 17 400,00 € erhalten.

[35] Erklärung gemäß § 161 AktG zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Der Vorstand und der Aufsichtsrat haben gemäß § 161 AktG die vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären auf der Internetseite der Deutschen Telekom zugänglich gemacht.

[36] Gewinnverwendungs-vorschlag

Der Vorstand der Deutschen Telekom schlägt der Hauptversammlung vor, von dem Bilanzgewinn in Höhe von 6 678 623 284,42 € eine Dividende von 0,78 € je dividendenberechtigter Stückaktie an die Aktionäre auszuschütten und den Restbetrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter.

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss der Deutschen Telekom AG ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Ge-

schäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Bonn, den 11. Februar 2008

Deutsche Telekom AG
Der Vorstand

René Obermann

Dr. Karl-Gerhard Eick

Hamid Akhavan

Reinhard Clemens

Timotheus Höttges

Thomas Sattelberger

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz und Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Telekom AG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit

und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart/Frankfurt, den 11. Februar 2008

Ernst & Young AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

(Prof. Dr. Pfitzer) (Forst)
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Frings) (Menke)
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Impressum.

Deutsche Telekom AG

Unternehmenskommunikation

Postfach 2000, D-53105 Bonn

Telefon (0228) 181 – 49 49

Telefax (0228) 181 – 9 40 04

Internet: www.telekom.com

Investor Relations:

Telefon (0228) 181 – 8 88 80

Telefax (0228) 181 – 8 88 99

E-Mail Investor.Relations@telekom.de

Zusätzliche Exemplare des Berichts
schicken wir Ihnen gerne zu:

Telefon +49 (0) 228 181 – 8 83 33

Telefax +49 (0) 228 181 – 8 83 39

E-Mail Forum-TAktie@telekom.de

Das Forum T-Aktie steht Privatanlegern für
Fragen und Anregungen zur Verfügung.

Der Bericht liegt auch in Englisch vor.
Im Zweifelsfall ist die deutsche Version maßgeblich.

KNr. 642 200 135 – deutsch

KNr. 642 200 136 – englisch